



**Raiffeisen Bank
International**

Member of RBI Group

Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal 2020

Überblick

Raiffeisen Bank International (RBI)

Monetäre Werte in € Millionen	2020	2019	Veränderung
Erfolgsrechnung	1.1.-30.9.	1.1.-30.9.¹	
Zinsüberschuss	2.476	2.531	-2,2%
Provisionsüberschuss	1.272	1.307	-2,7%
Verwaltungsaufwendungen	-2.164	-2.245	-3,6%
Betriebsergebnis	1.800	1.588	13,3%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-497	-80	>500,0%
Ergebnis vor Steuern	920	1.299	-29,2%
Ergebnis nach Steuern	679	985	-31,0%
Konzernergebnis	599	874	-31,5%
Bilanz	30.9.	31.12.	
Forderungen an Kreditinstitute	9.868	9.435	4,6%
Forderungen an Kunden	91.711	91.204	0,6%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.212	23.607	28,0%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	99.800	96.214	3,7%
Eigenkapital	14.036	13.765	2,0%
Bilanzsumme	164.779	152.200	8,3%
Kennzahlen	1.1.-30.9.	1.1.-30.9.¹	
Return on Equity vor Steuern	9,1%	13,9%	-4,8 PP
Return on Equity nach Steuern	6,7%	10,6%	-3,8 PP
Konzern-Return-on-Equity	6,4%	10,4%	-4,0 PP
Cost/Income Ratio	54,6%	58,6%	-4,0 PP
Return on Assets vor Steuern	0,77%	1,17%	-0,40 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,21%	2,43%	-0,22 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,72%	0,13%	0,59 PP
Bankspezifische Kennzahlen	30.9.	31.12.	
NPE Ratio	1,9%	2,1%	-0,2 PP
NPE Coverage Ratio	63,8%	61,0%	2,8 PP
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	80.146	77.966	2,8%
Harte Kernkapitalquote ²	13,1%	13,9%	-0,9 PP
Kernkapitalquote ²	15,1%	15,4%	-0,3 PP
Eigenmittelquote ²	17,8%	17,9%	-0,1 PP
Aktienkennzahlen	1.1.-30.9.	1.1.-30.9.	
Ergebnis je Aktie in €	1,66	2,52	-33,9%
Schlusskurs in € (30.9.)	13,07	21,29	-38,6%
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	22,92	24,31	-5,7%
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	11,25	18,69	-39,8%
Anzahl der Aktien in Millionen (30.9.)	328,94	328,94	0,0%
Marktkapitalisierung in € Millionen (30.9.)	4.299	7.003	-38,6%
Ressourcen	30.9.	31.12.	
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	46.071	46.873	-1,7%
Geschäftsstellen	1.958	2.040	-4,0%
Kunden in Millionen	16,8	16,7	0,6%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

² Fully loaded - inklusive Ergebnis

Mit RBI wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet.

In den Tabellen und Grafiken können sich Rundungsdifferenzen ergeben. Die Veränderungswerte in den Tabellen basieren auf nicht gerundeten Ausgangswerten. Die im Bericht erwähnten Kennzahlen sind im Konzernabschluss unter Kennzahlen definiert.

Inhalt

RBI auf dem Kapitalmarkt.....	4
Konzern-Lagebericht	7
Entwicklung der Märkte.....	7
Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode	9
Ergebnis- und Finanzentwicklung.....	11
Bilanz.....	16
Eigenmittel gemäß CRR/BWG.....	18
Risikomanagement.....	18
Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode	18
Ausblick.....	18
Segmentbericht.....	19
Grundlagen der Segmentierung.....	19
Zentraleuropa.....	20
Südosteuropa	25
Osteuropa	30
Group Corporates & Markets	34
Corporate Center	36
Konzernzwischenabschluss.....	38
Gesamtergebnisrechnung.....	39
Bilanz.....	41
Eigenkapitalveränderungsrechnung	42
Kapitalflussrechnung.....	43
Segmentberichterstattung.....	45
Anhang	50
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	55
Erläuterungen zur Bilanz.....	65
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	76
Risikobericht.....	106
Sonstige Angaben.....	123
Regulatorische Angaben.....	131
Kennzahlen.....	135
Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode	136
Impressum/Disclaimer.....	137

RBI auf dem Kapitalmarkt

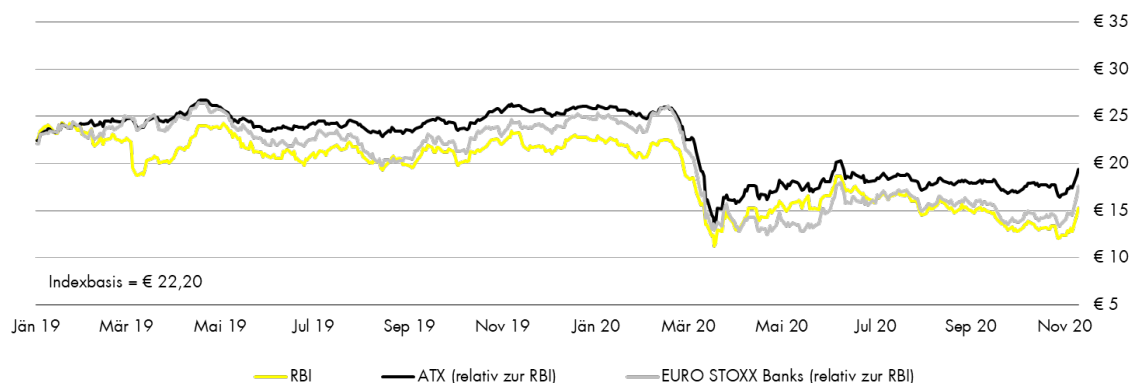
Entwicklung der RBI-Aktie

Den Kursanstiegen an den internationalen Aktienmärkten im zweiten Quartal folgte im dritten Quartal eine Konsolidierungsphase. Während wichtige Indikatoren eine deutliche Erholung der Wirtschaft signalisierten, waren vorwiegend das Wiederaufflammen der COVID-19-Infektionen in vielen Ländern weltweit und der Beginn einer sogenannten zweiten Welle der Pandemie Auslöser für die Kursrückgänge gegen Ende des dritten Quartals. Die Verhängung erneuter Lockdown-Maßnahmen und Beschränkungen der Wirtschaftsaktivitäten in einigen Sektoren dürften eine Verzögerung der wirtschaftlichen Erholung, die sich gerade erst abzuzeichnen begann, und weitere finanzielle Belastungen für Unternehmen und die Staatshaushalte zur Folge haben. Hinzu kamen zuletzt auch die Verhängung neuer Sanktionen der EU gegenüber Russland und Sorgen um eine damit verbundene Verschlechterung der wechselseitigen Beziehungen, die sich auch auf den Kurs der RBI-Aktie auswirkten.

In diesem Umfeld verzeichnete die RBI-Aktie im dritten Quartal 2020 einen Rückgang um 18 Prozent und notierte am 30. September 2020 bei € 13,07. Der EURO STOXX Banks verlor im gleichen Zeitraum 13 Prozent, der österreichische Aktienindex ATX gab um 6 Prozent nach.

Von Quartalsende bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts am 10. November 2020 gewann die RBI-Aktie 16,8 Prozent und lag bei € 15,27.

Kursentwicklung seit 1. Jänner 2019 im Vergleich zu ATX und EURO STOXX Banks



Aktive Kapitalmarktkommunikation

Am 11. August 2020 publizierte die RBI den Halbjahres-Finanzbericht und hielt dazu eine Telefonkonferenz mit rund 250 Teilnehmern ab. Angesichts der in Österreich weiterhin geltenden Kontaktbeschränkungen fanden die sonst üblichen persönlichen Gespräche mit Pressevertretern, Investoren und Analysten in Wien rund um die Präsentation der Quartalszahlen telefonisch oder per Videokonferenz statt.

Die Telefonkonferenzen sowie die Investoren-Präsentationen sind im Internet unter www.rbinternational.com → Investoren → Präsentationen & Webcasts abrufbar.

Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten der RBI ist es, mit flexiblen und innovativen Informationsformaten den Kapitalmarktakteuren auch in der aktuellen Situation ein Höchstmaß an Transparenz zu bieten. Die sonst zahlreichen persönlichen Informationsmöglichkeiten im Rahmen von Roadshows und Konferenzen waren von den Maßnahmen rund um die COVID-19-Pandemie betroffen. So fanden im dritten Quartal die zahlreichen Termine einschließlich der ansonsten üblichen internationalen Bankkonferenzen mit Analysten, Eigen- und Fremdkapitalinvestoren wiederum ausschließlich telefonisch oder als Videokonferenz statt. Diese Praxis gilt seit der Publikation des Geschäftsberichts 2019 Mitte März und wird zum Schutz sowohl der Mitarbeiter als auch der Gesprächspartner bis auf Weiteres beibehalten.

Die wesentlichen Themen der Kommunikation waren die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Geschäft der RBI sowie insbesondere auf die Risikokosten. Aber auch Fragen zur Eigenkapitalsituation, zur geplanten Dividendenausschüttung sowie zu den jüngsten geopolitischen Spannungen mit Russland wurden erörtert.

Neben 20 Aktienanalysten gaben zum Ende des dritten Quartals 2020 22 Anleiheanalysten Empfehlungen zur RBI als Investment ab.

Hauptversammlung und Dividende

Ebenfalls aufgrund der weiter bestehenden Kontakt- und Versammlungsbeschränkungen fand die ursprünglich für den 18. Juni 2020 vorgesehene Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2019 nunmehr am 20. Oktober 2020 statt. Zum Schutz der Gesundheit aller Teilnehmer wurde die Hauptversammlung erstmals als rein virtuelle Veranstaltung durchgeführt. Die Teilnahmemöglichkeit über das webbasierte HV-Portal der RBI wurde von den Aktionären rege wahrgenommen. Alle Beschlussvorschläge der Tagesordnung wurden mit großer Mehrheit angenommen. Über die ursprünglich vorgeschlagene Dividendenausschüttung wurde, der Empfehlung der EZB Ausschüttungen bis zum 1. Jänner 2021 auszusetzen folgend, nicht abgestimmt. Mit einem seit Jahresbeginn erhöhten Kreditvolumen konnte die RBI einen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft und ihrer Kunden leisten. Gleichzeitig hätte die Finanzkraft der RBI auch die Ausschüttung einer Dividende noch im Jahr 2020 ermöglicht. Es wurde von der RBI jedoch beschlossen, der Empfehlung der EZB zu folgen. Der Bilanzgewinn 2019 wird auf neue Rechnung vorgetragen und sobald die EZB ihre Empfehlung aufhebt, soll eine nachträgliche Dividendenausschüttung erneut geprüft werden.

Emission von AT1-Kapital

Am 22. Juli 2020 platzierte die RBI zusätzliches Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen. Dies ist die dritte Platzierung von zusätzlichem Kernkapital durch die RBI seit 2017, womit ihre Kapitalstruktur sowie ihre Erfüllung der Anforderungen gemäß den Säulen 1 und 2 für regulatorisches Kapital weiter optimiert wird. Darüber hinaus erhöht sich der Puffer auf den MDA-Auslöser-Level auf 2,38 Prozent (basierend auf den Zahlen zum 31. März 2020 unter Hinzurechnung dieser AT1-Emission sowie einer im Juni durch die RBI begebenen Tier-2-Anleihe).

Der Coupon beträgt bis Dezember 2026 6,00 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Die Emission war mit einem Ordervolumen von € 1,6 Milliarden deutlich überzeichnet und stieß auf großes Interesse bei Investoren, vor allem aus Großbritannien, Kontinentaleuropa und Asien. Nach der erfolgreichen Platzierung einer nachrangigen Tier-2-Benchmark-Anleihe Anfang Juni untermauerte die RBI mit dieser Emission erneut ihre Attraktivität als Emittent am internationalen Kapitalmarkt.

Aktionärsstruktur

Die Raiffeisen Landesbanken halten unverändert rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien, die restlichen 41,2 Prozent befinden sich im Streubesitz. Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf. Institutionelle Anleger kommen vor allem aus Nordamerika und Europa sowie zunehmend aus Asien und Australien. Darunter befinden sich auch Staatsfonds und supranationale Organisationen, die aufgrund ihrer bevorzugt langfristigen Investitionsstrategien Stabilität versprechen. Ebenso befindet sich eine große Anzahl von österreichischen Privatanlegern unter den Aktionären der RBI.

Aktienkennzahlen und Details zur Aktie

Die Aktie der RBI notiert seit dem 25. April 2005 an der Wiener Börse.

Schlusskurs zum 30. September 2020	€ 13,07
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) im dritten Quartal 2020	€ 16,90/€ 12,90
Ergebnis je Aktie vom 1. Jänner bis zum 30. September 2020	€ 1,66
Buchwert je Aktie zum 30. September 2020	€ 35,34
Marktkapitalisierung zum 30. September 2020	€ 4,3 Milliarden
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) im dritten Quartal 2020	472.066 Stück
Streubesitz zum 30. September 2020	rund 41,2%
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse) RBI AV (Bloomberg) RBIV.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 30. September 2020	328.939.621

Details zum Rating

Rating	Moody's Investors Service	Standard & Poor's
Langfrist-Rating	A3	A-
Ausblick	stabil	negativ
Kurzfrist-Rating	P- 2	A- 2
Subordinated (Tier 2)	Baa3	BBB
Additional Tier 1	Ba3(hyb)	BB+
Junior Subordinated (Legacy Tier 1)	Ba3	BB+

Finanzkalender 2021

29. Jänner 2021	Beginn der Quiet Period
5. Februar 2021	Vorläufige Geschäftszahlen 2020
17. März 2021	Geschäftsbericht 2020, Conference Call
12. April 2021	Nachweisstichtag Hauptversammlung
22. April 2021	Ordentliche Hauptversammlung
23. April 2021	Beginn der Quiet Period
28. April 2021	Ex-Dividendentag
29. April 2021	Nachweisstichtag Dividenden
30. April 2021	Dividenden-Zahltag
7. Mai 2021	Zwischenbericht 1. Quartal, Conference Call
16. Juli 2021	Beginn der Quiet Period
30. Juli 2021	Zwischenbericht 1. Halbjahr, Conference Call
20. Oktober 2021	Beginn der Quiet Period
3. November 2021	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

Kontakt für Eigen- und Fremdkapitalinvestoren

E-Mail: ir@rbinternational.com
 Internet: www.rbinternational.com → Investoren
 Telefon: +43- 1- 71 707- 2089

Raiffeisen Bank International AG
 Group Investor Relations
 Am Stadtpark 9
 1030 Wien, Österreich

Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte

Die weltweite Ausbreitung von COVID-19 bzw. die damit einhergehenden Restriktionen zur Eindämmung der Pandemie prägen im Jahr 2020 die Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklung. Zu Frühlingsbeginn führten die stark steigenden Fallzahlen zu harschen Einschränkungen der Geschäftsaktivität. Damit ging eine beispiellose Rezession, die alle Wirtschaftsbereiche betraf, insbesondere aber den Dienstleistungssektor, einher. Nachdem in den meisten Ländern nach einigen Wochen die Neuinfektionen stark reduziert werden konnten, erfolgte eine stufenweise Lockerung der Geschäftsrestriktionen. Beginnend ab Mai zog die Wirtschaftsaktivität wieder signifikant an. Dennoch lag die Aktivität Anfang Herbst – mit Ausnahme ausgesuchter Bereiche – immer noch klar unter dem Niveau zu Jahresanfang. Für das Winterhalbjahr 2020/21 bestehen aufgrund der erneut stark steigenden Verbreitung von COVID-19 hohe Unsicherheiten. In vielen Ländern sind die täglichen Neuinfektionen über die im Frühjahr verzeichneten Werte gestiegen. Um die Ausbreitung des Virus unter Kontrolle zu bringen, wurden in Europa erneut zum Teil starke Einschränkungen eingeführt. Allerdings ist es erklärte Absicht der Politik, eine zweite flächendeckende Stilllegung des Wirtschaftslebens zu vermeiden. Bis zur Verfügbarkeit einer nachhaltigen medizinischen Abhilfe wird es laut allgemeiner Erwartung noch bis ins Jahr 2021 dauern. Aktuelle Schätzungen gehen von der Möglichkeit einer flächendeckenden Impfung im Frühjahr 2021 aus.

Für die Eurozone wird im Jahr 2020 ein Rückgang des BIP um rund 7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erwartet (2021: plus 4,3 Prozent). Nach einem ersten Hochschnellen der Wirtschaftsaktivität im dritten Quartal 2020 droht im vierten Quartal ein erneuter Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Staatliche Hilfsprogramme federn den Anstieg der Arbeitslosenquote und die Einkommensverluste ab. Diese Unterstützungen sollen zwar kein jähes Ende finden und noch weit ins Jahr 2021 fortgesetzt werden. Allerdings ist Kurzarbeit keine dauerhafte Lösung und so passen immer mehr Unternehmen ihren Personalstand an die veränderten Rahmenbedingungen an. Somit wird die Corona-Krise auch einen maßgeblichen mittelfristigen Schaden zur Folge haben. Das BIP dürfte in den meisten Ländern erst Ende 2022 an das Vorkrisenniveau heranreichen. Die umfangreichen fiskalischen Gegenmaßnahmen führen in allen Ländern zu einem hohen Budgetdefizit. Der Rückgang der Energiepreise und Steuersenkungen führten im Jahresverlauf 2020 die Inflationsrate nach unten. Die Teuerungsrate fiel im August sogar in den negativen Bereich zurück. Ab Anfang 2021 entfallen diese preisdämpfenden Einflüsse, und so ist in der ersten Jahreshälfte 2021 mit einer merklichen Zunahme der Teuerung zu rechnen.

Die EZB reagierte auf die COVID-19-Krise mit umfassenden Maßnahmen. Das bestehende Anleihekaufprogramm (APP) von € 20 Milliarden pro Monat wurde bis Jahresende 2020 um einen Gesamtbetrag von € 120 Milliarden aufgestockt. Im Rahmen eines zusätzlichen Kaufprogramms (PEPP) sollen bis Juni 2021 Anleihen im Volumen von € 1.350 Milliarden gekauft werden. Zusätzlich wurden neue Refinanzierungsgeschäfte aufgesetzt und die Konditionen bestehender verbessert. Angesichts der mit der Corona-Pandemie einhergehenden anhaltenden Belastungen bzw. Unsicherheiten signalisiert die Notenbank die Bereitschaft, bestehende Impulse im Jahr 2021 zu verlängern bzw. aufzustocken.

Die US-Notenbank Federal Reserve setzte mit dem Abschluss der strategischen Evaluierung der Geldpolitik ein neuerliches Zeichen, dass die Leitzinsen für eine längere Phase nahe Null bleiben werden. Ein moderates Überschießen der Inflationsrate wird nun explizit toleriert, um im mittelfristigen Durchschnitt eine Inflationsrate von 2 Prozent zu erreichen. Unkonventionelle Maßnahmen wie Anleihekaufprogramme werden auch in Zukunft als integraler Bestandteil der Geldpolitik angesehen. Die US-Wirtschaft konnte sich über den Sommer schneller als gedacht vom Corona-Lockdown (März/April) erholen, wenn auch politische sowie epidemiologische Unsicherheit den weiteren Konjunkturverlauf belasten.

Nach dem konjunkturellen Einbruch im ersten Halbjahr verzeichnete die österreichische Konjunktur im dritten Quartal einen deutlichen Zuwachs des realen BIP. Angesichts zumindest im November gültiger neuerlicher Beschränkungen ist für das vierte Quartal ein abermaliger, wenn auch merklich geringerer BIP-Rückgang als im zweiten Quartal absehbar. Auch über den November hinaus dürfte das Wirtschaftsgeschehen gewissen Beschränkungen unterliegen, weshalb erst ab dem zweiten Quartal 2021 wieder klar positive BIP-Zuwachsraten zu erwarten sind. Die Prognosen für das Gesamtjahr 2020 (minus 7,2 Prozent) und 2021 (plus 3,5 Prozent) bleiben angesichts des besser als erwartet ausgefallenen dritten Quartals und des zuvor schon in den Prognosen enthaltenen vorsichtigen Ausblicks für das Winterhalbjahr 2020/21 trotz der neuerlichen Beschränkungen unverändert.

Die zentraleuropäischen Länder (CE) waren bei der Eindämmung der ersten Welle des Virus im Frühjahr sehr erfolgreich. Die zweite COVID-19-Welle traf diese Länder jedoch hart, insbesondere Tschechien war besonders stark betroffen. Die Eindämmungsmaßnahmen wurden in der Region bereits verstärkt. Das Jahr 2020 wird einen BIP-Rückgang von rund 5,2 Prozent aufweisen (2021: plus 3,2 Prozent), der hauptsächlich auf die Eindämmungsmaßnahmen und den Rückgang des Handels zurückzuführen ist. Tschechien (minus 7,6 Prozent) und Ungarn (minus 6,5 Prozent) dürften stärker betroffen sein. Mehrere Länder verordneten erneut landesweite Lockdowns.

Die Region Südosteuropa (SEE) dürfte im Jahr 2020 einen BIP-Rückgang um 5,5 Prozent verzeichnen. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Lockdown-Maßnahmen im zweiten Quartal zurückzuführen. Besonders stark betroffen sind touristisch geprägte

Länder wie Kroatien (minus 9,4 Prozent im Jahr 2020) und jene Länder, die stark auf Geldtransfers von im Ausland lebenden Privatpersonen angewiesen sind, wie Albanien (minus 6,5 Prozent). Serbien dürfte aufgrund umfangreicher fiskalischer und monetärer Stimuli und einer teilweisen Erholung des privaten Konsums relativ unbeschadet aus der Krise hervorgehen (minus 2,5 Prozent). In einigen Ländern gab es in den letzten Wochen einen rapiden Anstieg der COVID-19-Fallzahlen, aber die Regierungen sind derzeit nicht bereit, landesweite Lockdowns durchzuführen. Das Jahr 2021 dürfte auf Jahresbasis eine BIP-Erhholung von etwa 4,3 Prozent bringen. Positive Effekte für Teile der Region dürften vom Wirtschafts- und Investitionsplan der EU für den Westbalkan ausgehen. In dessen Rahmen sollten bis zu € 9 Milliarden zur Finanzierung von Investitionen in den Bereichen Verkehr, Energie sowie ökologische und digitale Wende bereitgestellt werden.

In der Region Osteuropa (EE), zu der Belarus, Russland und die Ukraine gehören, sind die wirtschaftlichen Aussichten aufgrund der großen Abhängigkeit von den Rohstoffpreisen in Russland und der Ukraine sowie der instabilen politischen Lage nach wie vor schwierig. Selbst wenn die zweite COVID-19-Welle auch Russland erfasst hat, hat sich die Regierung zurückgehalten, außerhalb Moskaus wieder Restriktionen einzuführen, was entsprechend geringere negative konjunkturelle Effekte bedeutet. In ähnlicher Weise widersetzte sich Belarus allen größeren landesweiten Maßnahmen, während sich die Regierung in der Ukraine für Teilbeschränkungen entschied. Eine Quelle der Instabilität bleibt jedoch die ukrainische Politik. Dies gilt auch für Belarus, wo die Straßenproteste im Nachgang der Präsidentschaftswahlen den dritten Monat in Folge andauern. Diese lösten bereits eine vorübergehende Abwertung des Belarus Rubels aus. In der Ukraine hatte die Verzögerung bei der Auszahlung der zweiten Tranche des IWF-Kreditprogramms im September in Verbindung mit wachsenden Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Zentralbank auch negative Auswirkungen auf den ukrainischen Finanzmarkt. In Belarus dürfte sich die Wirtschaft nach einem Einbruch um 3,0 Prozent im Jahr 2020 im nächsten Jahr nur um 1,5 Prozent erholen, während die Erholung in der Ukraine ebenfalls flacher ausfallen könnte. In Russland hängt die wirtschaftliche Erholung (2,3 Prozent 2021 nach minus 4,0 Prozent 2020) auch von der Entwicklung des Ölpreises ab. Das Risiko neuer Sanktionen, vor allem von amerikanischer Seite, wirkt sich auch auf das Vertrauen der Unternehmen und die Investitionsaussichten aus. Vor diesem Hintergrund könnte es der Erholung an externen Faktoren mangeln, während inländische Konjunkturimpulse auf staatlich geförderte Investitionsprogramme beschränkt bleiben dürften.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2019	2020e	2021f	2022f
Polen	4,2	-3,3	3,2	1,9
Slowakei	2,3	-6,0	5,0	2,5
Tschechien	2,3	-7,6	1,0	6,0
Ungarn	4,6	-6,5	4,0	4,0
Zentraleuropa	3,8	-5,2	3,2	3,3
Albanien	2,2	-6,5	5,0	3,5
Bosnien und Herzegowina	2,6	-5,2	3,0	3,2
Bulgarien	3,7	-6,0	4,0	3,0
Kroatien	2,9	-9,4	5,1	3,0
Kosovo	4,2	-5,5	5,0	3,5
Rumänien	4,1	-5,0	4,2	4,0
Serbien	4,2	-2,5	4,5	3,0
Südosteuropa	3,8	-5,5	4,3	3,6
Belarus	1,2	-3,0	1,5	2,0
Russland	1,3	-4,0	2,3	1,3
Ukraine	3,2	-5,8	3,8	3,5
Osteuropa	1,5	-4,1	2,4	1,5
Österreich	1,4	-7,2	3,5	2,5
Deutschland	0,6	-5,9	3,7	2,3
Eurozone	1,3	-7,0	4,3	3,7

Quelle: Raiffeisen Research – Die oben angeführten Werte basieren auf den Einschätzungen (Basisszenario) der Analysten per Anfang November 2020, für bereits abgeschlossene Jahre sind nachträgliche Revisionen möglich, (e: Schätzung, f: Prognose)

Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode

Massive Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Der im März 2020 durch die COVID-19-Pandemie verursachte Shutdown der Volkswirtschaften hat bisher beispiellose wirtschaftliche Auswirkungen in Gang gebracht. In rascher Abfolge wurden in Ländern, in denen die RBI aktiv ist, Beschränkungen zur Eindämmung der Übertragung von COVID-19 verordnet. Um die daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen abzufedern, wurden politische Maßnahmen für Einzelpersonen, Haushalte und Unternehmen sowie vorübergehende aufsichtsrechtliche Erleichterungen für Kreditinstitute beschlossen. Die RBI betreffende Stabilisierungsmaßnahmen setzen sich unter anderem aus Zahlungsmoratorien, direktstaatlichen Programmen und Subventionierungen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen sowie Beschränkungen des länderübergreifenden Kapitalverkehrs und von Dividendenzahlungen zusammen.

Die von vielen Regierungen im März 2020 eingeführten Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung führten zu einem Lockdown der Volkswirtschaft. Etwa Mitte Mai 2020 begannen die meisten Länder, in denen die RBI tätig ist, mit einer allmählichen und kontrollierten Wiederöffnung. Seit Ende Sommer stiegen in vielen Ländern die täglichen Neuinfektionen über die im Frühjahr verzeichneten Werte. Mit der erneuten Einführung von Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung versuchen die Regierungen die Ausbreitung des Virus wieder unter Kontrolle zu bringen. Allerdings ist es erklärte Absicht der Politik, eine zweite flächendeckende Stilllegung des Wirtschaftslebens zu vermeiden. Längerfristige, negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation bestimmter Branchen sind weiterhin zu erwarten.

Aufgrund der massiven globalen Rezession zeichnet sich ein deutlicher Ergebnisrückgang für das laufende Geschäftsjahr ab. Als unmittelbare Auswirkung in den ersten neun Monaten wurden über das ECL-Modell hinausgehende zusätzliche zu erwartende Kreditrisikoversorgen im Ausmaß von rund € 201 Millionen gebucht. Dabei handelt es sich um nachträgliche Modellanpassungen an Schätzungen der erwarteten Kreditverluste. Die Anpassungen waren notwendig, da die Modelle die Geschwindigkeit der Veränderungen und die Tiefe der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie nicht vollständig erfassen. Einzelne Branchen wie Tourismus (inkl. Freizeiteinrichtungen), Flugverkehr (inkl. Frachtverkehr), Gewinnung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas sowie die Automobilindustrie sind dabei am stärksten betroffen. Weitere Details zur Entwicklung der Kreditrisikoversorgen sind im Anhang erläutert.

Neben den wesentlich höheren Kreditrisikoversorgen wurden aufgrund geänderter Parameter der Mittelfristplanungen Wertminderungen auf Beteiligungen und Firmenwerte in Höhe von rund € 138 Millionen berücksichtigt. Modifikationen von Krediten aufgrund von Zahlungsmoratorien wurden im Ausmaß von minus € 17 Millionen erfolgswirksam erfasst. Weitere Details sind in den einzelnen Posten im Anhang erläutert.

Zahlungsmoratorien

In vielen Märkten der RBI wurden unterschiedliche Moratorien eingeführt, die sich im Wesentlichen als Zahlungsmoratorien zusammenfassen lassen. Dem Kreditnehmer wird in Bezug auf seine Verpflichtungen zur Tilgung des Kredits sowie der Zahlung der Zinsen und Gebühren ein zeitlich befristeter Zahlungsaufschub gewährt. Abhängig von der jeweiligen lokalen Gesetzgebung oder den regulatorischen Richtlinien im jeweiligen Bankensektor kommt es zu unterschiedlichen Ausgestaltungen dieser Zahlungsmoratorien. In einzelnen Ländern (z. B. Kroatien, Rumänien, Österreich) liegt die Nutzung des Zahlungsmoratoriums im Ermessen des Kreditnehmers, in anderen Ländern (z. B. Ungarn, Serbien) ist das Zahlungsmoratorium automatisch für den Kreditnehmer nutzbar. Neben der Befristung des Zahlungsaufschubs (zwischen drei und neun Monaten) ist auch die Kapitalisierung der Zinsen (mit oder ohne Zinseszins) während der zahlungsfreien Perioden in den einzelnen Ländern unterschiedlich geregelt. Zum 30. September 2020 waren € 6,2 Milliarden an Krediten einem Moratorium unterworfen.

Aufgrund der geänderten Zahlungspläne kann es zu einem Barwertverlust des einzelnen Kreditvertrags kommen, der in der Regel mit einer einmaligen Anpassung des Bruttobuchwerts als unwesentliche Modifikation dieses Vertrags im übrigen Ergebnis der RBI erfasst wird. In den ersten neun Monaten wurden diesbezüglich minus € 17 Millionen im Ergebnis berücksichtigt. Mit weiteren Effekten in den Folgeperioden ist zu rechnen.

Direktstaatliche Programme

Um dem durch die COVID-19-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Abschwung gegenzusteuern, wurden in vielen Ländern verschiedene Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft und zum Erhalt der Arbeitsplätze eingeleitet. Diese Maßnahmen umfassen einerseits direkte finanzielle Unterstützungen in verschiedensten Ausprägungen für Einzelpersonen, Haushalte sowie Unternehmen und andererseits durch Kreditinstitute gewährte Überbrückungsfinanzierungen in Verbindung mit staatlichen Haftungsübernahmen, um sicherzustellen, dass Unternehmen während der COVID-19-Pandemie über ausreichend Liquidität verfügen.

Beschränkungen des Kapitalverkehrs und von Dividendenzahlungen

Um das Eigenkapital von Kredit- und Finanzinstituten während der COVID-19-Pandemie zu stärken, wurden in vielen Ländern Beschränkungen von Dividendenausschüttungen für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 entweder durch Empfehlungen von Aufsichtsbehörden oder durch erlassene Gesetze für die Dauer der COVID-19-Pandemie eingeführt. Im Gegensatz zu vielen EU-Staaten erhielt die RBI jedoch Dividendenzahlungen in Höhe von € 299 Millionen aus Russland und der Ukraine.

Regulatorische Erleichterungen

Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie verabschiedeten sowohl die EZB als auch die EBA regulatorische Erleichterungen, damit die von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute weiterhin ihrer wichtigen Rolle bei der Finanzierung von Haushalten und Unternehmen nachkommen können. Den von der EZB beaufsichtigten Kreditinstituten wird demnach gestattet, die Säule-2-Empfehlung, den Kapitalerhaltungspuffer und die Liquiditätsdeckungsquote zu unterschreiten. Den Kreditinstituten wird zudem ermöglicht, die Eigenmittelquote neben dem harten Kernkapital auch mit anderen Kapitalinstrumenten zu erfüllen. Diese Maßnahme wäre ursprünglich erst Anfang 2021 durch die Umsetzung der CRD V (Capital Requirements Directive) in Kraft getreten. Außerdem ist die EZB der Ansicht, dass diese Maßnahmen durch eine angemessene Lockerung des antizyklischen Kapitalpuffers durch die nationalen Aufsichtsbehörden unterstützt werden sollen. Die EBA geht zudem von einer konsistenten Anwendung der Regularien zur Default-Definition, Forbearance und IFRS 9 aus und ruft zur Nutzung der vollen Flexibilität dieser Regularien auf.

Bankenabgabe in der Slowakei

Im Juni 2020 wurde durch die slowakische Regierung entschieden, die Bankenabgabe für das zweite Halbjahr 2020 abzuschaffen. Die RBI zahlte im Jahr 2020 in der Slowakei € 26 Millionen an Bankenabgaben (Vorjahresperiode: € 18 Millionen).

Änderung des Gewinnverwendungsvorschlags für das Geschäftsjahr 2019

Der Empfehlung der Europäischen Zentralbank zu Dividendenausschüttungen folgend hat der Vorstand am 16. September 2020 beschlossen, der Hauptversammlung am 20. Oktober 2020 vorzuschlagen, den gesamten Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2019 (€ 331.662.036,45) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Hauptversammlung nahm diesen Vorschlag an.

Der Vorstand beabsichtigt jedoch, Anfang 2021 unter Berücksichtigung des Bedarfs an Eigenmitteln für die kommende Periode, einer gegebenenfalls weiter bestehenden Dividendenempfehlung der Aufsichtsbehörden sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise neuerlich zu evaluieren, ob im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung eine nachträgliche Ausschüttung aus dem im Geschäftsjahr 2019 ausgewiesenen Bilanzgewinn vorgeschlagen werden soll.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Die RBI sieht sich im laufenden Geschäftsjahr wie alle Banken mit einem äußerst herausfordernden Marktumfeld konfrontiert, das nicht nur von der Pandemie, sondern auch durch ein anhaltendes Niedrigzinsumfeld und durch einen konjunkturbedingten Rückgang der Kreditnachfrage gekennzeichnet ist. Die COVID-19-Pandemie sorgte seit Ende Februar für Turbulenzen auf den Finanzmärkten und Einschränkungen sowohl im privaten als auch im wirtschaftlichen Umfeld und überschattete die Geschäftsaktivitäten der Kunden mit direkten und indirekten Folgen auf die Geschäftsentwicklung der RBI. Zur Eindämmung der negativen Effekte für Unternehmen und Haushalte reagierten die Regierungen sowie Zentralbanken mit unterschiedlichen Maßnahmen. Eine Folge davon waren auch deutliche Währungsabwertungen seit Jahresbeginn in einigen Kernmärkten der RBI, speziell des russischen Rubels (minus 31 Prozent), der ukrainischen Hryvna (minus 25 Prozent) und der tschechischen Krone (minus 7 Prozent).

Positiv entwickelten sich die Betriebserträge, die um € 130 Millionen stiegen. Dafür war insbesondere das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen (plus € 183 Millionen aufgrund von im Vorjahr angefallenen Bewertungsverlusten) verantwortlich. Nach einer Ausweitung des Geschäftsvolumens in den vergangenen Perioden konnten die Kernerträge zunächst weiter gesteigert werden. Mit den Lockdown-Maßnahmen waren dann allerdings Einbußen im Bereich der Provisionserträge zu verzeichnen und bedingt durch die drastischen Leitzinssenkungen in einigen Märkten waren auch die Zinserträge betroffen. Auch Währungsabwertungen dämpften die Betriebserträge.

Die durch COVID-19 verursachte Rezession belastete die RBI vor allem bei den Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte in Höhe von € 497 Millionen (Zuwachs um € 417 Millionen) durch Stage-Migrationen bei der ECL-Berechnung sowie bei den im übrigen Ergebnis ausgewiesenen Wertminderungen von € 109 Millionen (Anstieg um € 87 Millionen) auf at-equity bewertete Unternehmen. Das Konzernergebnis sank dadurch im Periodenvergleich um € 276 Millionen auf € 599 Millionen.

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019 ¹	Veränderung	
Zinsüberschuss	2.476	2.531	-55	-2,2%
Dividendenerträge	19	26	-7	-27,6%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	44	51	-7	-13,9%
Provisionsüberschuss	1.272	1.307	-35	-2,7%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	95	-87	183	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	7	-7	14	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	50	13	37	284,1%
Betriebserträge	3.964	3.833	130	3,4%
Personalaufwand	-1.175	-1.181	6	-0,5%
Sachaufwand	-702	-784	82	-10,5%
Abschreibungen	-287	-280	-7	2,6%
Verwaltungsaufwendungen	-2.164	-2.245	81	-3,6%
Betriebsergebnis	1.800	1.588	211	13,3%
Übriges Ergebnis	-211	-68	-142	208,2%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-173	-141	-32	22,4%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-497	-80	-417	>500,0%
Ergebnis vor Steuern	920	1.299	-379	-29,2%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-240	-314	74	-23,6%
Ergebnis nach Steuern	679	985	-305	-31,0%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-81	-110	30	-26,8%
Konzernergebnis	599	874	-276	-31,5%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Betriebserträge

Die Betriebserträge verzeichneten im Jahresvergleich einen Anstieg um 3 Prozent oder € 130 Millionen auf € 3.964 Millionen. Die durchschnittlichen zinstragenden Aktiva des Konzerns erhöhten sich trotz signifikanter Währungsabwertungen um 8 Prozent, getragen von Zuwächsen im Kreditgeschäft und bei kurzfristigen Veranlagungen. Der Zinsüberschuss reduzierte sich jedoch um € 55 Millionen auf € 2.476 Millionen. Die Nettozinsspanne verringerte sich um 22 Basispunkte auf 2,21 Prozent. Hier sorgten vor allem Zinssenkungen im Zusammenhang mit COVID-19 in zahlreichen Ländern des Konzerns sowie ein erhöhtes kurzfristiges Veranlagungsvolumen für eine negative Margenentwicklung. Der Provisionsüberschuss verringerte sich um € 35 Millionen auf € 1.272 Millionen, vorrangig aufgrund COVID-19-bedingter Volumensreduktionen vor allem im Bereich des Zahlungsverkehrs. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verbesserte sich um € 183 Millionen auf € 95 Millionen. Im Vorjahr ergaben sich Bewertungsverluste aus emittierten Zertifikaten in Höhe von € 58 Millionen aufgrund der Entwicklung des Zinsniveaus. Zusätzlich war die Vergleichsperiode durch Bewertungsverluste eines Bausparkassenportfolios beeinflusst (€ 59 Millionen). Beide Effekte sind mittlerweile in einer Hedge-Beziehung eingebettet. In der Konzernzentrale konnten im laufenden Geschäftsjahr positive Veränderungen aus der Bewertung von Fremdwährungs- und Kreditderivaten erzielt werden. Das sonstige betriebliche Ergebnis stieg im Periodenvergleich um € 37 Millionen, vorwiegend in Rumänien aufgrund von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für Rechtsfälle im Zusammenhang mit staatlicher Bausparförderung (€ 23 Millionen) sowie aus der Auflösung einer Rückstellung für einen Rechtsfall in der Slowakei (€ 18 Millionen).

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um € 81 Millionen auf € 2.164 Millionen. Dabei resultierte aus der Währungsentwicklung im Berichtszeitraum eine Reduktion der Verwaltungsaufwendungen um € 58 Millionen, vorwiegend bedingt durch die Abwertung des Belarus Rubels um 15 Prozent, des russischen Rubels um 10 Prozent sowie des ungarischen Forints um 8 Prozent (auf Basis Periodendurchschnitt). Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter sank im Jahresabstand um 610 Vollzeit-äquivalente auf 46.612. Der Personalaufwand blieb mit € 1.175 Millionen nahezu stabil, wobei sich Gehaltssteigerungen und Währungseffekte nahezu ausglich. Der Sachaufwand sank um 10 Prozent oder € 82 Millionen auf € 702 Millionen. Haupttreiber für die Reduktion waren neben Währungseffekten vorwiegend gesunkene IT-Aufwendungen in der Konzernzentrale (Rückgang: € 14 Millionen) sowie niedrigere Beiträge zur Einlagensicherung in Russland (Rückgang: € 10 Millionen) und in Rumänien (Rückgang: € 6 Millionen). Auch in den anderen Aufwandsposten waren die Werte bedingt durch die COVID-19-Pandemie rückläufig. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen um 3 Prozent oder € 7 Millionen. Die Zahl der Geschäftsstellen verringerte sich im Jahresabstand – vorwiegend aufgrund von Optimierungsmaßnahmen in Russland (minus 44), in der Ukraine (minus 40) und in Rumänien (minus 25) – um 137 auf 1.958.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 211 Millionen nach minus € 68 Millionen in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Ausschlaggebend für diesen Rückgang waren Wertminderungen auf Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen in Höhe von € 109 Millionen (Anstieg: € 87 Millionen), vor allem auf Anteile an der UNIQA Insurance Group AG aufgrund eines niedrigeren Nutzwerts, der LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG und der Prva stavebna sporitelna a.s., im Wesentlichen aufgrund der durch die Pandemie verursachten schlechteren wirtschaftlichen Aussichten. Des Weiteren wurde der Firmenwert der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft um € 27 Millionen aufgrund des durch die Pandemie revidierten Mittelfristplans wertgemindert. Darüber hinaus stiegen die Dotierungen von kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis um € 25 Millionen auf € 44 Millionen, davon in Polen um € 28 Millionen auf € 30 Millionen und in Kroatien um € 3 Millionen auf € 10 Millionen, während diese in Rumänien mit € 3 Millionen um € 6 Millionen geringer ausfielen. Der Anstieg der Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen um € 25 Millionen auf € 26 Millionen resultierte mit € 17 Millionen aus COVID-19-Maßnahmen, wie beispielsweise einem zeitlich befristeten Zahlungsaufschub und Restrukturierungen in der Ukraine, in Ungarn, Rumänien und Tschechien. Dem stand eine in der Vorjahresperiode gebuchte Rückstellung für Grunderwerbsteuern in Deutschland in Höhe von € 23 Millionen gegenüber.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Der Aufwand für Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen erhöhte sich um € 32 Millionen auf € 173 Millionen. Die Bankenabgaben stiegen um € 9 Millionen, vor allem aufgrund der Verdoppelung der Bankenabgabe in der Slowakei im ersten Halbjahr. Zusätzlich erhöhten sich die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds in der Konzernzentrale, in Bulgarien und Rumänien.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode kam es zu einer signifikanten Erhöhung der Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte um € 417 Millionen auf € 497 Millionen, nachdem sich die Risikokosten in der Vergleichsperiode des Vorjahres auf € 80 Millionen belaufen hatten.

In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen in Höhe von netto € 268 Millionen gebucht (Anstieg: € 257 Millionen). Betroffen waren dabei vor allem folgende Industrien bzw. jene Kunden, die in diesen Bereichen beschäftigt sind: Tourismus-, Automobil-, Flug-, Öl- und Gas-, Immobilien- und Konsumgüterindustrie. Daraus resultierten Netto-Wertminderungen von € 139 Millionen auf Kredite an Nicht-Finanzunternehmen sowie € 94 Millionen auf Kredite an Haushalte. In diesen Wertminderungen sind zusätzlich zu erwartende Kreditrisikovorsorgen im Ausmaß von rund € 201 Millionen aufgrund angepasster makro-ökonomischer Daten sowie durch die COVID-19-Pandemie ausgelöste strukturelle Auswirkungen auf spezifische Branchen enthalten. Davon entfielen Neudotierungen von € 175 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen und € 26 Millionen auf Haushalte.

Für ausgefallene Kredite (Stage 3) wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen von netto € 222 Millionen (Anstieg: netto € 149 Millionen) gebildet. Davon entfielen € 118 Millionen auf Haushalte sowie € 96 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen.

Die NPE Ratio lag mit 1,9 Prozent um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert zum Jahresultimo, was primär auf den Anstieg des Kreditvolumens zurückzuführen ist, während die notleidenden Kredite nahezu stabil blieben. Die NPE Coverage Ratio verbesserte sich aufgrund der zusätzlichen Wertminderungen um 2,8 Prozentpunkte auf 63,8 Prozent.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag gingen – großteils ergebnisbedingt – um € 74 Millionen auf € 240 Millionen zurück. Die Steuerquote stieg um 2 Prozentpunkte auf 26 Prozent. Ausschlaggebend dafür war vor allem der negative Ergebnisbeitrag der Konzernzentrale aufgrund der beschriebenen Wertminderungen.

Quartalergebnisse

in € Millionen	Q3/2019 ¹	Q4/2019	Q1/2020	Q2/2020	Q3/2020
Zinsüberschuss	866	881	881	825	770
Dividendenerträge	2	5	6	8	4
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	14	120	-9	31	22
Provisionsüberschuss	468	489	448	392	433
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-8	70	37	25	33
Ergebnis aus Hedge Accounting	-7	10	12	-8	3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-8	65	29	12	8
Betriebserträge	1.327	1.642	1.405	1.286	1.273
Personalaufwand	-392	-429	-402	-405	-367
Sachaufwand	-260	-310	-259	-218	-226
Abschreibungen	-96	-109	-94	-96	-97
Verwaltungsaufwendungen	-748	-848	-755	-719	-690
Betriebsergebnis	580	794	650	567	584
Übriges Ergebnis	-35	-151	-82	-91	-38
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-11	-21	-128	-38	-7
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-68	-154	-153	-158	-185
Ergebnis vor Steuern	465	468	286	279	354
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-124	-88	-79	-66	-95
Ergebnis nach Steuern	341	380	207	213	259
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-38	-27	-31	-21	-29
Konzernergebnis	303	353	177	192	230

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Veränderung drittes Quartal 2020 versus zweites Quartal 2020

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss reduzierte sich im Quartalsvergleich um € 55 Millionen auf € 770 Millionen. Die Entwicklung des dritten Quartals war weiterhin von den durch die Pandemie verursachten Maßnahmen beeinflusst, speziell durch die Leitzinssenkungen in mehreren Märkten und durch Überliquiditäten. Den größten Rückgang gab es mit € 21 Millionen in Russland, hervorgerufen durch die Währungsabwertung sowie geringere Volumina. In der Konzernzentrale sorgten niedrigere Zinserträge aus Derivaten für einen Rückgang um € 15 Millionen. In der Ukraine reduzierte sich der Zinsüberschuss aufgrund niedrigerer Marktzinssätze um € 9 Millionen. In Tschechien kam es aufgrund der Reduktion der Leitzinssätze ebenfalls zu einem Rückgang um € 9 Millionen. In Belarus verringerte sich der Zinsüberschuss vorwiegend aufgrund niedrigerer Marktzinssätze um € 3 Millionen. Die Nettozinsspanne reduzierte sich um 20 Basispunkte auf 2,00 Prozent, überwiegend zurückzuführen auf eine deutliche Zunahme kurzfristiger Veranlagungen sowie Margenreduktionen aufgrund von Zinssenkungen im Zusammenhang mit COVID-19.

Das laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen belief sich im dritten Quartal auf € 22 Millionen gegenüber € 31 Millionen im Vorquartal. Ergebnisverbessernd wirkte sich das um € 8 Millionen gestiegene laufende Ergebnis der UNIQA Insurance Group AG aus, während die Raiffeisen Informatik einen um € 15 Millionen geringeren Betrag erwirtschaftete. Dies lag an Erlösen aus dem Teilverkauf von Aktien der SoftwareOne in der Vergleichsperiode.

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich aufgrund der Lockerungen der COVID-19-Maßnahmen gegenüber dem Vorquartal um 10 Prozent oder € 41 Millionen auf € 433 Millionen. Infolgedessen verzeichnete das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr einen volumenbedingten Anstieg um € 16 Millionen auf € 177 Millionen in nahezu allen Ländern. Ebenso erhöhte sich das Ergebnis

aus dem Fremdwährungsgeschäft um € 14 Millionen auf € 91 Millionen aufgrund volumen- und margenbedingt höherer Umsätze vor allem in Rumänien, Tschechien, Belarus und Ungarn. Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft nahm um € 7 Millionen auf € 52 Millionen zu, vorrangig aufgrund höherer Erträge in der Konzernzentrale.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen stieg im Quartalsvergleich um € 8 Millionen auf € 33 Millionen. Aus der Bewertung emittierter Zertifikate ergab sich ein Anstieg in Höhe von € 17 Millionen, im Wesentlichen aufgrund von Verlusten im Vorquartal aus der Entwicklung des eigenen Credit-Spread. Gegenläufige Effekte verzeichnete die Konzernzentrale aus der Bewertung von Schuldverschreibungen. Ebenfalls negative Veränderungen wurden in Ungarn aus der Bewertung von zum Marktwert gehaltenen Krediten und Forderungen verzeichnet, während in Belarus und Albanien positive Effekte aus der Währungsumrechnung erzielt wurden.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Quartalsvergleich um € 29 Millionen auf € 690 Millionen vorwiegend bedingt durch den im Quartalsvergleich um € 38 Millionen auf € 367 Millionen zurückgegangenen Personalaufwand. In der Konzernzentrale wurden um € 22 Millionen niedrigere Aufwendungen aufgrund saisonaler Effekte wie die Auflösung von Urlaubsrückstellungen gebucht. In Russland lag der Rückgang um € 12 Millionen primär an der Währungsabwertung. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter ging im Quartalsvergleich geringfügig um 187 Vollzeitäquivalente auf 46.612 zurück, die Zahl der Geschäftsstellen verringerte sich ebenfalls geringfügig um 24 auf 1.958.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis verbesserte sich im Quartalsvergleich um € 53 Millionen auf minus € 38 Millionen. Ausschlaggebend war die Dotierung kreditbezogener Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis um € 1 Million im dritten Quartal nach € 27 Millionen im Vorquartal. Für den Rückgang der kreditbezogenen Rückstellungen in Rumänien – Auflösung von € 14 Millionen im dritten Quartal gegenüber einer Dotierung von € 17 Millionen im zweiten Quartal – war die geänderte Einschätzung der Rückzahlungsquote hinsichtlich Gebühren verantwortlich. Des Weiteren fielen die Wertminderungen auf Anteile an assoziierten Unternehmen im Quartalsvergleich um € 17 Millionen geringer aus. Die Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen lagen um € 10 Millionen unter dem Wert des zweiten Quartals.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Die Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen verringerten sich gegenüber dem zweiten Quartal um € 31 Millionen auf € 7 Millionen. Die Bankenabgaben betrugen dabei im dritten Quartal € 6 Millionen, die überwiegend aus den laufenden Zahlungen in Österreich stammten. Ende Juni wurde die Bankenabgabe in der Slowakei abgeschafft und somit kam es hier zu einem Rückgang um € 13 Millionen. Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds betrugen € 1 Million während diese im zweiten Quartal aufgrund höherer Beiträge vor allem in der Konzernzentrale und in Bulgarien bei € 20 Millionen lagen.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte lagen mit € 185 Millionen um € 27 Millionen über dem Niveau des Vorquartals. Im dritten Quartal wurden zusätzlich zu erwartende Kreditrisikovorsorgen im Ausmaß von € 42 Millionen (€ 52 Millionen für Nicht-Finanzunternehmen, € 10 Millionen Auflösung für Haushalte) aufgrund der Berücksichtigung von durch COVID-19 ausgelöste branchenspezifische Faktoren und der Veränderung makroökonomischer Daten gebucht. Im zweiten Quartal lagen diese bei € 62 Millionen (€ 55 Millionen für Nicht-Finanzunternehmen, € 7 Millionen für Haushalte).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen im Quartalsvergleich um € 29 Millionen auf € 95 Millionen. Die Steuerquote erhöhte sich um 3 Prozentpunkte auf 27 Prozent. Ausschlaggebend dafür war eine höhere Quellensteuer in der Konzernzentrale aufgrund gestiegener Dividendenerträge.

Bilanz

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um 8 Prozent oder € 12.580 Millionen auf € 164.779 Millionen. Die Währungsentwicklung – geprägt durch den krisenbedingten Abwertungsdruck zahlreicher CEE-Währungen, insbesondere des russischen Rubels um 31 Prozent, des Belarus Rubels um 29 Prozent, der ukrainischen Hryvna um 25 Prozent, des ungarischen Forints um 11 Prozent und der tschechischen Krone um 7 Prozent – bewirkte hingegen einen Rückgang um mehr als 4 Prozent oder € 7.036 Millionen. Währungsbereinigt läge das Wachstum bei € 19.616 Millionen oder mehr als 12 Prozent.

Aktiva

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019	Veränderung	
Forderungen an Kreditinstitute	9.868	9.435	432	4,6%
Forderungen an Kunden	91.711	91.204	507	0,6%
Wertpapiere	21.921	19.538	2.383	12,2%
Barbestände und übrige Aktiva	41.280	32.022	9.257	28,9%
Gesamt	164.779	152.200	12.580	8,3%

Das Wachstum des Kreditvolumens an Kunden wurde durch die starken Währungsabwertungen gebremst und wies somit nur ein leichtes Plus von 1 Prozent auf € 91.711 Millionen auf. Der größte Zuwachs ergab sich in der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.647 Millionen oder 10 Prozent auf € 27.941 Millionen), vor allem bei Krediten an sonstige Finanzunternehmen (Anstieg: € 1.417 Millionen), bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen (Anstieg: € 804 Millionen) sowie Krediten an Regierungen (Anstieg: € 442 Millionen). In der Slowakei stieg das Kreditvolumen an Kunden insgesamt um € 399 Millionen oder 4 Prozent auf € 11.356 Millionen, dabei bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen um mehr als 6 Prozent. In Russland und in Tschechien wurden hingegen Rückgänge aufgrund der Währungsabwertungen verzeichnet, in lokaler Währung kam es jedoch zu einem Kreditwachstum bei Nicht-Finanzunternehmen als auch Haushalten. Die Forderungen an Kunden gingen währungsbedingt in Russland um € 2.314 Millionen oder 20 Prozent auf € 9.031 Millionen und in Tschechien um € 396 Millionen oder 3 Prozent auf € 11.476 Millionen zurück.

Der Posten Wertpapiere – hier vor allem Schuldverschreibungen – erhöhte sich überwiegend aufgrund von Liquiditätsveranlagungen in Staatsanleihen um € 2.383 Millionen auf € 21.921 Millionen, hauptsächlich in der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.015 Millionen), in Tschechien (Anstieg: € 696 Millionen) und in der Slowakei (Anstieg: € 634 Millionen).

Die Barbestände und übrigen Aktiva stiegen seit Jahresbeginn um € 9.257 Millionen auf € 41.280 Millionen. Dabei stiegen vor allem die Barbestände um € 9.100 Millionen auf € 33.389 Millionen, insbesondere in der Konzernzentrale (Anstieg: € 7.736 Millionen, im Wesentlichen bei Guthaben gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank und Repo-Geschäften). Die starke Liquiditätsposition ermöglicht in Krisenzeiten besonders im Falle fehlender marktsensitiver Refinanzierungsquellen, rasch zu reagieren.

Passiva

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019	Veränderung	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.212	23.607	6.605	28,0%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	99.800	96.214	3.587	3,7%
Schuldverschreibungen und übrige Passiva	20.730	18.614	2.117	11,4%
Eigenkapital	14.036	13.765	271	2,0%
Gesamt	164.779	152.200	12.580	8,3%

Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns gegenüber Kreditinstituten, das hauptsächlich kurzfristige Einlagen und Repo-Geschäfte in der Konzernzentrale betraf, nahm um 28 Prozent oder € 6.605 Millionen auf € 30.212 Millionen zu.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen trotz starker Währungsabwertungen um 4 Prozent oder € 3.587 Millionen auf € 99.800 Millionen. Die größten Zuwächse wurden dabei in der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.001 Millionen oder 9 Prozent, insbesondere bei kurzfristigen Einlagen von Nicht-Finanzunternehmen), in Rumänien (Anstieg: € 904 Millionen oder 12 Prozent, insbesondere bei Haushalten), in Bulgarien (Anstieg: € 447 Millionen), in der Slowakei (Anstieg: € 432 Millionen), in Serbien

(Anstieg: € 384 Millionen) sowie in Ungarn (Anstieg: € 323 Millionen) und Tschechien (Anstieg: € 278 Millionen) verzeichnet. Hingegen kam es zu einem währungsbedingten Rückgang in Russland (Rückgang: € 1.645 Millionen oder 12 Prozent).

Der Anstieg bei Schuldverschreibungen und übrige Passiva um € 2.117 Millionen auf € 20.730 Millionen stammte dabei überwiegend aus der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.704 Millionen) durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen (Anstieg netto: € 1.131 Millionen). Die RBI emittierte unter anderem eine Benchmark-Anleihe im Volumen von € 750 Millionen sowie eine nachrangige Emission im Volumen von € 500 Millionen.

Für Informationen zum Funding wird auf den Risikobericht des Konzernzwischenabschlusses verwiesen.

Bilanzielles Eigenkapital

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 271 Millionen auf € 14.036 Millionen.

Die RBI AG emittierte im Juli 2020 zusätzliches Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen.

Das Gesamtergebnis von minus € 169 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern von € 679 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 849 Millionen zusammen. Die Währungsentwicklung führte seit Jahresbeginn zu einem negativen Effekt von € 1.051 Millionen. Die Abwertung des russischen Rubels um 31 Prozent ergab einen negativen Beitrag von € 638 Millionen, jener der ukrainischen Hryvna um 25 Prozent einen Verlust von € 116 Millionen. Auch die tschechische Krone fiel um 7 Prozent (minus € 113 Millionen), der Belarus Rubel um 29 Prozent (minus € 90 Millionen) sowie der ungarische Forint um 11 Prozent (minus € 73 Millionen). Dem stand eine Absicherung von Nettoinvestitionen vorwiegend im russischen Rubel gegenüber, die zu einem positiven Bewertungsergebnis von € 187 Millionen führte.

Der Empfehlung der Europäischen Zentralbank zu Dividendenausschüttungen folgend hat der Vorstand am 16. September 2020 beschlossen, der Hauptversammlung am 20. Oktober 2020 vorzuschlagen, den gesamten Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2019 (€ 331.662.036,45) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Hauptversammlung nahm diesen Vorschlag an.

Der Vorstand beabsichtigt jedoch, Anfang 2021 unter Berücksichtigung des Bedarfs an Eigenmitteln für die kommende Periode, einer gegebenenfalls noch bestehenden Dividendenempfehlung der Aufsichtsbehörden sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise neuerlich zu evaluieren, ob im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung eine nachträgliche Ausschüttung aus dem im Geschäftsjahr 2019 ausgewiesenen Bilanzgewinn vorgeschlagen werden soll.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Das harte Kernkapital (CET1) betrug nach Abzugsposten € 10.055 Millionen, was eine Reduktion um € 807 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2019 bedeutet. Hauptverantwortlich waren Währungseffekte direkt im Kapital und die Neudotierung von Kreditrisikovorsorgen. Der ursprünglich kommunizierte Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2019 (€ 1 pro Aktie) als auch der budgetierte Dividendenvorschlag für 2020 bleiben weiterhin vom harten Kernkapital abgezogen. Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten reduzierte sich um € 314 Millionen auf € 11.778 Millionen. Während die Reduktion ihre Ursache in der negativen Entwicklung des harten Kernkapitals hatte, wirkte sich die Emission einer AT1-Anleihe in Höhe von € 500 Millionen im Juli positiv aus. Bei den ergänzenden Eigenmitteln gab es eine Erhöhung um € 210 Millionen auf € 2.150 Millionen. Der Anstieg basierte auf der Emission einer Tier-2-Anleihe im Juni, der die regulatorischen Amortisationen von ausstehenden Emissionen gegenüberstanden. Die gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 13.928 Millionen. Dies entspricht einer Reduktion um € 104 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2019.

Die gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) erhöhten sich seit Ende 2019 um € 2.180 Millionen auf € 80.146 Millionen. Wesentliche Treiber dafür waren das Kredit-Neugeschäft bzw. die Geschäftsentwicklung in der Konzernzentrale, in Russland und in Tschechien. Dem (organischen) Auftrieb standen negative Währungseffekte, insbesondere bedingt durch den russischen Rubel, die ukrainische Hryvna und die tschechische Krone, und die Auswirkungen von Rating-Herabstufungen gegenüber. Zudem führten eine Erhöhung beim Marktrisiko, hauptsächlich bedingt durch die COVID-19-Pandemie und damit erhöhte Volatilitäten zu einem Anstieg der RWA. Unter Berücksichtigung der Periodenergebnisse ergaben sich (fully loaded) folgende Quoten: Die harte Kernkapitalquote fiel um 0,9 Prozentpunkte auf 13,1 Prozent, die Kernkapitalquote lag bei 15,1 Prozent (minus 0,3 Prozentpunkte) und die Eigenmittelquote erreichte 17,8 Prozent (minus 0,1 Prozentpunkte).

Risikomanagement

Für weitere Informationen zum Risikomanagement wird auf den Risikobericht des Konzernzwischenabschlusses verwiesen.

Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode

Es liegen keine wesentlichen Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode vor.

Ausblick

Wir erwarten ein geringes Kreditwachstum für 2020.

Die Neubildungsquote dürfte aus aktueller Sicht im Jahr 2020 auf rund 75 Basispunkte steigen, abhängig von Dauer und Ausmaß des wirtschaftlichen Einbruchs.

Wir streben mittelfristig eine Cost/Income Ratio von etwa 55 Prozent an und prüfen, wie sich die gegenwärtigen Entwicklungen auf die Quote im Jahr 2021 auswirken werden.

Wir peilen mittelfristig einen Konzern-Return-on-Equity von etwa 11 Prozent an. Zum heutigen Zeitpunkt und basierend auf unseren Einschätzungen erwarten wir für 2020 einen Konzern-Return-on-Equity im mittleren einstelligen Bereich.

Wir bestätigen unser mittelfristiges Ziel einer CET1 Ratio von rund 13 Prozent.

Basierend auf dieser Zielquote beabsichtigen wir Dividendenausschüttungen in Höhe von 20 bis 50 Prozent des Konzernergebnisses.

Segmentbericht

Grundlagen der Segmentierung

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern jeweils ein Land fungiert. Die Märkte des Konzerns werden dabei zu regionalen Segmenten zusammengefasst, in denen jeweils Länder mit vergleichbarem wirtschaftlichem Charakter und ähnlichen langfristigen Entwicklungserwartungen gebündelt werden.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Operatives Geschäft der Konzernzentrale, unterteilt in Subsegmente: Österreichische und internationale Firmenkunden, Markets, Financial Institutions & Sovereigns, Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG) sowie Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Centrobank AG, Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Österreich Gesellschaft m.b.H., Valida Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus sind diesem Segment at-equity bewertete Unternehmen mit Banktätigkeit zugeordnet.
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der Konzernzentrale (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten (Beteiligungsunternehmen und gemeinsame Serviceunternehmen), Minderheitsbeteiligungen sowie at-equity bewertete Unternehmen des Nichtbankenbereichs.

Folgende Änderungen in der Segmentierung wurden ab dem ersten Quartal 2020 berücksichtigt, um die Segmente noch näher an die interne Steuerung anzugleichen:

- Gemeinsame Serviceunternehmen werden ab dem ersten Quartal 2020 dem Segment Corporate Center zugeordnet. Diese waren bisher Bestandteil der regionalen Segmente.
- Folgende at-equity bewertete Unternehmen wurden dem Segment Group Corporates & Markets zugeordnet: NOTARTREUHANDBANK AG, Oesterreichische Kontrollbank AG, EMCOM Beteiligungs GmbH, Posojilnica Bank eGen. Diese waren bisher Bestandteil des Segments Corporate Center.

Diese Effekte wurden aufgrund von Unwesentlichkeit in den Vorperioden nicht angepasst.

Die Berechnung des Eigenkapitals in den Segmenten basiert ab dem ersten Quartal 2020 auf dem bilanziellen Eigenkapital. Zuvor wurde das Kapital gemäß dem regulatorischen Kapitalverbrauch kalkuliert. Die Vorperioden (Eigenkapital sowie Return on Equity) wurden entsprechend angepasst.

Zentraleuropa

in € Millionen	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019 ¹	Verände- rung	Q3/2020	Q2/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	598	635	-5,7%	185	196	-5,8%
Dividendenerträge	2	4	-40,6%	0	2	-99,2%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	4	-41,7%	1	0	277,0%
Provisionsüberschuss	303	329	-7,8%	101	94	6,5%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	6	-10	-	-1	9	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	1	0	-	1	-3	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	-11	-	-5	-3	73,9%
Betriebserträge	922	950	-2,9%	281	296	-5,2%
Verwaltungsaufwendungen	-493	-533	-7,6%	-163	-156	4,9%
Betriebsergebnis	429	416	3,1%	118	141	-16,3%
Übriges Ergebnis	-39	-1	>500,0%	-14	-14	2,4%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-62	-52	19,4%	-1	-15	-92,4%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-120	21	-	-29	-41	-29,4%
Ergebnis vor Steuern	207	384	-46,2%	73	71	3,7%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-49	-93	-47,6%	-20	-13	50,2%
Ergebnis nach Steuern	158	291	-45,7%	53	57	-7,0%
Return on Equity vor Steuern	8,2%	16,1%	-7,9 PP	8,7%	8,4%	0,3 PP
Return on Equity nach Steuern	6,3%	12,2%	-6,0 PP	6,3%	6,8%	-0,5 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,92%	2,15%	-0,23 PP	1,74%	1,91%	-0,17 PP
Cost/Income Ratio	53,5%	56,2%	-2,7 PP	58,1%	52,5%	5,6 PP
Loan/Deposit Ratio	93,9%	102,6%	-8,8 PP	93,9%	95,8%	-1,9 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,54%	-0,10%	0,64 PP	0,39%	0,56%	-0,17 PP
NPE Ratio	1,9%	2,3%	-0,4 PP	1,9%	2,1%	-0,2 PP
NPE Coverage Ratio	65,0%	59,1%	5,9 PP	65,0%	63,3%	1,7 PP
Aktiva	43.986	41.593	5,8%	43.986	43.599	0,9%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	20.710	21.705	-4,6%	20.710	21.065	-1,7%
Eigenkapital	3.330	3.104	7,3%	3.330	3.367	-1,1%
Forderungen an Kunden	29.571	29.284	1,0%	29.571	29.615	-0,1%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32.995	30.367	8,7%	32.995	32.617	1,2%
Geschäftsstellen	376	393	-4,3%	376	378	-0,5%
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.325	9.909	-5,9%	9.325	9.299	0,3%
Kunden in Millionen	2,7	2,6	4,9%	2,7	2,8	-0,7%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Segmententwicklung

Das Ergebnis nach Steuern des Segments Zentraleuropa reduzierte sich im Jahresvergleich um € 133 Millionen auf € 158 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren höhere Wertminderungen aufgrund von COVID-19. Der Ergebnismrückgang nach Steuern lag in Tschechien bei € 87 Millionen, in Ungarn bei € 34 Millionen und in der Slowakei bei € 19 Millionen.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss verringerte sich im Jahresvergleich um 6 Prozent oder € 36 Millionen auf € 598 Millionen. Hauptgrund dafür war ein Rückgang des Zinsüberschusses um € 43 Millionen in Tschechien aufgrund niedrigerer Zinserträge aus Repo-Geschäften und Kundenkrediten resultierend aus Leitzinsanpassungen. In Ungarn hingegen sorgten höhere Kreditvolumina für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 6 Millionen. In der Slowakei blieb der Zinsüberschuss unverändert. Die Nettozinsspanne des Segments verringerte sich um 23 Basispunkte auf 1,92 Prozent, vorwiegend zurückzuführen auf einen Margenrückgang um 44 Basispunkte in Tschechien.

Der Provisionsüberschuss nahm im Periodenvergleich um 8 Prozent oder € 26 Millionen auf € 303 Millionen ab. Dabei reduzierte sich der Provisionsüberschuss in der Slowakei vor allem aufgrund einer geänderten Segmentzuordnung einer Konzerneinheit, während Ungarn – primär aufgrund volumen- und margenbedingter Rückgänge aus dem Zahlungsverkehr sowie aus dem Fremdwährungsgeschäft – eine Abnahme um € 9 Millionen auf € 102 Millionen verzeichnete. In Tschechien führte vorrangig die Änderung gesetzlicher Bestimmungen im Zahlungsverkehr zu einem Ertragsrückgang um € 7 Millionen auf € 91 Millionen.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen stieg im Jahresvergleich um € 16 Millionen, vorrangig durch höhere Erträge aus der Bewertung von Schuldverschreibungen in der Slowakei und von Derivaten in Ungarn.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich um € 20 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war die Auflösung einer Rückstellung für einen Rechtsfall in der Slowakei (€ 18 Millionen).

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 8 Prozent oder € 41 Millionen auf € 493 Millionen, vorwiegend aufgrund der geänderten Segmentzuordnung einer Konzerneinheit (Rückgang: € 13 Millionen), sowie von gesunkenem Personal- und Werbeaufwand in der Slowakei bedingt durch die COVID-19-Pandemie. In Ungarn reduzierte sich der Personalaufwand aufgrund der COVID-19-Kurzarbeit um € 6 Millionen, der Sachaufwand ging – vorwiegend bedingt durch geringere Beiträge zur Einlagensicherung – um € 4 Millionen zurück. In Tschechien ging der Personalaufwand aufgrund der gesunkenen durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter um € 5 Millionen zurück, der Sachaufwand reduzierte sich durch Rückgänge beim Werbe- und Beratungsaufwand um jeweils € 4 Millionen.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl des Segments sank um 344 auf 9.492 ebenfalls bedingt durch die geänderte Segmentzuordnung einer Konzerneinheit (minus 160) und Tschechien (minus 109). Die Cost/Income Ratio des Segments verringerte sich im Jahresvergleich um 2,7 Prozentpunkte auf 53,5 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich auf minus € 39 Millionen nach minus € 1 Million in der Vorjahresvergleichsperiode. Ausschlaggebend dafür war die um € 28 Millionen höhere Dotierung der kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten, die in Fremdwährung denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, in Polen. Die Anpassung der Rückstellung erfolgte aufgrund der Änderungen der statistischen Annahmen des Berechnungsmodells. Weiters wurden Verluste aus Modifikationen von Vertragskonditionen in Höhe von € 10 Millionen aufgrund von COVID-19-Maßnahmen in Ungarn und Tschechien gebucht. Dies lag am von der Regierung verordneten befristeten Zahlungsaufschub um sechs bzw. neun Monate für Kundenkredite.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Der Aufwand für Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen stieg im Periodenvergleich um € 10 Millionen auf € 62 Millionen. Der Anstieg der Bankenabgaben um € 7 Millionen auf € 43 Millionen wurde durch die Verdoppelung der Bankenabgabe in der Slowakei verursacht. Ende Juni wurde die Bankenabgabe in der Slowakei für das zweite Halbjahr abgeschafft. In Ungarn wurde der Aufwand für die Bankenabgabe wie schon im Vorjahr bereits im ersten Quartal mit € 13 Millionen für das Gesamtjahr gebucht. Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds, die zum Großteil in voller Höhe zu Jahresbeginn erfasst wurden, stiegen um € 3 Millionen auf € 20 Millionen.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 120 Millionen, nachdem in der Vorjahresvergleichsperiode eine Nettoauflösung von Risikovorsorgen in Höhe von € 21 Millionen ausgewiesen worden war. In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen in Höhe von netto € 70 Millionen gebucht (Anstieg: € 84 Millionen). Der Anstieg resultierte vor allem aus der Verschlechterung der makroökonomischen Aussichten als Folge der COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen Auswirkungen auf die jeweiligen Branchen und Branchenbeschäftigten des RBI Kundenkreises. Die Wertminderungen betrafen mit € 28 Millionen die Kredite an Haushalte, vorwiegend in Polen (€ 14 Millionen) und Ungarn (€ 8 Millionen) sowie mit € 40 Millionen die Kredite an Nicht-Finanzunternehmen, hier vor allem in der Slowakei (€ 15 Millionen), in Tschechien (€ 12 Millionen) und Ungarn (€ 10 Millionen). In Stage 3 (ausgefallene Kredite) wurden Wertminderungen von netto € 46 Millionen (Vorjahr: Auflösung von netto € 3 Millionen) gebildet. Davon entfielen € 37 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen, hier insbesondere in der Slowakei (€ 21 Millionen) und in Tschechien (€ 16 Millionen) sowie € 9 Millionen auf Haushalte.

Die NPE Ratio belief sich zum 30. September 2020 auf 1,9 Prozent (minus 0,4 Prozentpunkte im Jahresabstand), die NPE Coverage Ratio verbesserte sich um 5,9 Prozentpunkte auf 65,0 Prozent.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

in € Millionen	Polen		Slowakei	
	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019 ¹	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019 ¹
Zinsüberschuss	12	11	219	219
Dividendenerträge	0	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	2	4
Provisionsüberschuss	2	2	108	119
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	1	1	12	2
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	-1	19	2
Betriebserträge	14	13	360	346
Verwaltungsaufwendungen	-15	-16	-168	-191
Betriebsergebnis	-1	-3	192	155
Übriges Ergebnis	-30	-2	0	-1
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-4	-5	-30	-22
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-10	-15	-58	-6
Ergebnis vor Steuern	-44	-25	104	126
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-26	-22	-24
Ergebnis nach Steuern	-44	-51	83	102
Return on Equity vor Steuern	-	-	10,6%	13,9%
Return on Equity nach Steuern	-	-	8,4%	11,2%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	0,54%	0,45%	2,06%	2,24%
Cost/Income Ratio	-	-	46,7%	55,1%
Loan/Deposit Ratio	-	-	96,1%	101,6%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,45%	0,67%	0,69%	0,08%
NPE Ratio	6,7%	10,1%	1,6%	1,6%
NPE Coverage Ratio	80,0%	51,3%	68,1%	70,1%
Aktiva	2.793	3.147	15.207	14.154
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	3.357	3.820	6.104	6.229
Eigenkapital	-	-	1.393	1.311
Forderungen an Kunden	2.734	3.009	11.356	10.807
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13	18	12.393	11.381
Geschäftsstellen	1	1	175	184
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	240	214	3.639	4.035
Kunden in Millionen	0,0	0,0	1,0	0,9

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

in € Millionen	Tschechien		Ungarn	
	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019
Zinsüberschuss	256	299	111	105
Dividendenerträge	0	2	2	2
Provisionsüberschuss	91	97	102	111
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-8	-12	2	-1
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	1	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	16	19	-31	-39
Betriebserträge	355	406	187	178
Verwaltungsaufwendungen	-202	-210	-108	-116
Betriebsergebnis	153	196	79	62
Übriges Ergebnis	-4	2	-6	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-10	-9	-17	-17
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-41	10	-13	32
Ergebnis vor Steuern	99	200	43	78
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-17	-32	-10	-11
Ergebnis nach Steuern	82	168	33	67
Return on Equity vor Steuern	9,1%	20,7%	8,6%	15,5%
Return on Equity nach Steuern	7,5%	17,4%	6,7%	13,4%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,98%	2,41%	1,91%	1,93%
Cost/Income Ratio	56,8%	51,6%	57,7%	65,1%
Loan/Deposit Ratio	81,1%	90,2%	69,9%	74,5%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,47%	-0,12%	0,43%	-1,19%
NPE Ratio	1,2%	1,2%	2,1%	2,3%
NPE Coverage Ratio	59,9%	62,4%	52,6%	60,1%
Aktiva	18.208	17.133	8.203	7.784
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	7.648	7.954	3.566	3.637
Eigenkapital	1.474	1.431	660	708
Forderungen an Kunden	11.476	11.698	3.993	3.752
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14.385	13.176	6.205	5.792
Geschäftsstellen	127	136	72	71
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	3.166	3.425	2.271	2.225
Kunden in Millionen	1,2	1,2	0,4	0,5

Südosteuropa

in € Millionen	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019 ¹	Verände- rung	Q3/2020	Q2/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	639	646	-1,1%	209	211	-1,2%
Dividendenerträge	3	7	-58,6%	0	2	-88,5%
Provisionsüberschuss	280	314	-10,8%	101	83	21,6%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	29	23	23,4%	11	10	5,4%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-79,5%	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	2	-15	-	-2	2	-
Betriebserträge	953	976	-2,3%	318	308	3,4%
Verwaltungsaufwendungen	-518	-528	-2,0%	-167	-172	-2,9%
Betriebsergebnis	435	448	-2,8%	151	136	11,3%
Übriges Ergebnis	-18	-21	-17,2%	11	-17	-
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-19	-15	24,6%	-1	-3	-55,5%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-133	-45	195,0%	-34	-48	-29,6%
Ergebnis vor Steuern	266	366	-27,4%	127	69	85,3%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-41	-58	-29,1%	-18	-13	38,1%
Ergebnis nach Steuern	225	308	-27,1%	110	56	96,1%
Return on Equity vor Steuern	10,7%	16,1%	-5,3 PP	15,4%	8,3%	7,1 PP
Return on Equity nach Steuern	9,1%	13,5%	-4,5 PP	13,3%	6,8%	6,5 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,31%	3,63%	-0,32 PP	3,18%	3,27%	-0,09 PP
Cost/Income Ratio	54,3%	54,1%	0,2 PP	52,5%	55,8%	-3,4 PP
Loan/Deposit Ratio	68,3%	75,0%	-6,7 PP	68,3%	70,8%	-2,5 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,11%	0,40%	0,71 PP	0,84%	1,21%	-0,37 PP
NPE Ratio	2,7%	3,1%	-0,4 PP	2,7%	2,9%	-0,1 PP
NPE Coverage Ratio	71,0%	67,8%	3,2 PP	71,0%	70,0%	1,0 PP
Aktiva	29.187	26.542	10,0%	29.187	28.094	3,9%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	16.679	15.729	6,0%	16.679	16.417	1,6%
Eigenkapital	3.297	2.893	14,0%	3.297	3.300	-0,1%
Forderungen an Kunden	16.140	15.688	2,9%	16.140	15.998	0,9%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.513	21.099	11,4%	23.513	22.582	4,1%
Geschäftsstellen	880	911	-3,4%	880	892	-1,3%
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	14.444	14.483	-0,3%	14.444	14.448	0,0%
Kunden in Millionen	5,4	5,3	0,2%	5,4	5,4	-0,9%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Segmententwicklung

Das Ergebnis nach Steuern des Segments Südosteuropa verringerte sich im Periodenvergleich um 27 Prozent oder € 83 Millionen auf € 225 Millionen. Ausschlaggebend dafür war die Entwicklung der Risikokosten mit einer Erhöhung um € 88 Millionen, vor allem durch COVID-19 bedingte Anpassungen (Eintrübung makroökonomischer Daten und strukturelle Auswirkungen auf spezifische Branchen) und durch Kreditausfälle überwiegend bei Haushalten.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss verringerte sich im Jahresabstand um 1 Prozent oder € 7 Millionen auf € 639 Millionen. Den größten Rückgang mit € 4 Millionen verzeichnete dabei Kroatien, hervorgerufen durch niedrigere Zinssätze insbesondere bei Firmenkunden. Albanien wies aufgrund niedrigerer Volumina und Zinssätze einen Rückgang um € 3 Millionen auf. In Bosnien und Herzegowina reduzierte sich der Zinsüberschuss ebenfalls um € 3 Millionen, bedingt durch niedrigere Zinserträge aus Kundenkrediten. In Bulgarien stieg der Zinsüberschuss aufgrund höherer Volumina um € 2 Millionen, während Serbien einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 2 Millionen aufgrund niedrigerer Marktzinsen verbuchte. Die Nettozinsspanne des Segments reduzierte sich um 32 Basispunkte auf 3,31 Prozent. Diese Entwicklung ist vorwiegend auf einen Margenrückgang um 72 Basispunkte in Serbien, hervorgerufen durch Leitzinsänderungen, zurückzuführen.

Die Dividendenerträge reduzierten sich um € 4 Millionen auf € 3 Millionen, bedingt durch niedrigere Ausschüttungen in Bulgarien und Rumänien.

Der Provisionsüberschuss reduzierte sich im Periodenvergleich um 11 Prozent oder € 34 Millionen auf € 280 Millionen. Rumänien und Kroatien verzeichneten – vorwiegend aufgrund der COVID-19-Pandemie – um € 13 Millionen bzw. € 9 Millionen geringere Provisionserträge aus dem Zahlungsverkehr und dem Fremdwährungsgeschäft, während sich der Provisionsüberschuss in Bulgarien margenbedingt vor allem im Zahlungsverkehr um € 4 Millionen reduzierte. Ebenso kam es in Serbien und Albanien aufgrund geringerer Volumina zu einem Rückgang um jeweils € 3 Millionen, vorrangig im Zahlungsverkehr sowie im Kredit- und Garantiegeschäft.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen stieg im Periodenvergleich um € 5 Millionen auf € 29 Millionen. Rückgänge aus der Bewertung von Schuldverschreibungen, sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten sowie aus Derivaten wurden dabei durch höhere Erträge aus der Währungsumrechnung mehr als ausgeglichen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich um € 16 Millionen auf € 2 Millionen, vorwiegend in Rumänien (Anstieg: € 20 Millionen) aufgrund von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für Rechtsfälle im Zusammenhang mit staatlicher Bausparförderung. Dem stand ein Rückgang um € 13 Millionen aufgrund der geänderten Segmentzuordnung mehrerer Konzerneinheiten gegenüber.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um 2 Prozent oder € 10 Millionen auf € 518 Millionen. Dabei stiegen die Personalaufwendungen moderat um 1 Prozent oder € 1 Million auf € 240 Millionen, vorwiegend getrieben von Gehaltsanpassungen in Rumänien und Bulgarien, während der Sachaufwand aufgrund von niedrigeren Beiträgen für die Einlagensicherung in Rumänien (€ 6 Millionen) und Serbien (€ 2 Millionen) um € 15 Millionen auf € 189 Millionen zurückging. Weitere Rückgänge im Sachaufwand ergaben sich pandemiebedingt beim Werbeaufwand sowie beim Beratungsaufwand in Rumänien um jeweils € 4 Millionen. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter ging um 103 auf 14.470 zurück, wobei Bosnien und Herzegowina (minus 69) und Kroatien (minus 56) die Haupttreiber dieser Entwicklung waren. Die Anzahl der Geschäftsstellen des Segments verminderte sich – in erster Linie aufgrund von Schließungen in Rumänien – im Jahresvergleich um 31 auf insgesamt 880. Die Cost/Income Ratio stieg moderat von 54,1 auf 54,3 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis verbesserte sich um € 4 Millionen auf minus € 18 Millionen. Dies resultierte vor allem aus netto € 3 Millionen niedrigeren Dotierungen kreditbezogener Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis und € 4 Millionen niedrigeren Wertminderungen auf nicht-finanzielle Vermögenswerte, hier vor allem in Rumänien. Dem standen um € 2 Millionen höhere Verluste aus Modifikationen von Vertragskonditionen aufgrund von COVID-19-Maßnahmen überwiegend in Rumänien gegenüber.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Die Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen erhöhten sich im Jahresvergleich um € 4 Millionen auf € 19 Millionen. Dieser Anstieg resultierte aus höheren Beiträgen zum Bankenabwicklungsfonds in Bulgarien und Rumänien.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode beliefen sich die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte auf € 133 Millionen nach € 45 Millionen in der Vergleichsperiode des Vorjahres. In Stage 1 und 2 wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen in Höhe von netto € 82 Millionen gebucht (Anstieg: € 69 Millionen). Dabei wurden zukunftsorientierte Informationen und Einschätzungen hinsichtlich der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten Auswirkungen auf Branchen und Branchenbeschäftigte des RBI Kundenportfolios einbezogen. Die Wertminderungen beliefen sich auf € 50 Millionen für Kredite an Haushalte, vorwiegend in Rumänien (€ 21 Millionen), Bulgarien (€ 14 Millionen) und Serbien (€ 6 Millionen) sowie € 30 Millionen für Kredite an Nicht-Finanzunternehmen, hier in Bulgarien (€ 12 Millionen), Bosnien und Herzegowina (€ 8 Millionen) und Kroatien (€ 5 Millionen). In Stage 3 (ausgefallene Kredite) wurden Wertminderungen von netto € 42 Millionen (Anstieg: € 5 Millionen) gebildet. Davon entfielen € 44 Millionen auf Kredite an Haushalte, hier vor allem in Rumänien (€ 16 Millionen), Kroatien (€ 11 Millionen) und Bulgarien (€ 9 Millionen). Hingegen kam es bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen zu Auflösungen von Kreditrisikovorsorgen in Höhe von € 2 Millionen, vor allem in Bulgarien.

Die NPE Ratio verringerte sich im Jahresabstand um 0,4 Prozentpunkte auf 2,7 Prozent, die NPE Coverage Ratio stieg um 3,2 Prozentpunkte auf 71,0 Prozent.

Nachfolgend die Detaillierergebnisse der einzelnen Länder:

in € Millionen	Albanien		Bosnien und Herzegowina		Bulgarien	
	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019
Zinsüberschuss	40	43	48	51	86	84
Dividendenerträge	0	0	1	1	2	3
Provisionsüberschuss	10	12	30	31	37	42
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	4	2	2	1	1	2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-1	1	0	0	0	3
Betriebserträge	53	59	80	85	126	135
Verwaltungsaufwendungen	-32	-33	-42	-42	-71	-69
Betriebsergebnis	21	26	38	42	55	66
Übriges Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-1	-1	0	0	-9	-5
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-8	1	-15	-13	-33	5
Ergebnis vor Steuern	13	26	23	30	13	65
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2	-4	-3	-3	-1	-6
Ergebnis nach Steuern	11	23	20	26	12	59
Return on Equity vor Steuern	7,6%	16,1%	10,4%	14,0%	3,8%	20,1%
Return on Equity nach Steuern	6,4%	13,9%	9,0%	12,5%	3,4%	18,2%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,10%	3,32%	3,03%	3,26%	2,51%	2,79%
Cost/Income Ratio	60,0%	55,4%	52,1%	49,9%	56,2%	51,2%
Loan/Deposit Ratio	47,2%	52,9%	71,4%	74,6%	73,9%	83,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,35%	-0,21%	1,53%	1,29%	1,47%	-0,25%
NPE Ratio	5,5%	5,6%	4,2%	3,6%	1,8%	1,8%
NPE Coverage Ratio	71,5%	73,0%	75,6%	89,3%	63,3%	68,6%
Aktiva	1.867	1.818	2.455	2.440	5.043	4.475
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	1.373	1.318	1.987	1.937	2.639	2.380
Eigenkapital	238	231	315	287	476	461
Forderungen an Kunden	729	773	1.315	1.329	3.040	2.935
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.594	1.521	1.973	1.897	4.170	3.535
Geschäftsstellen	77	78	103	103	147	148
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.277	1.233	1.290	1.349	2.575	2.641
Kunden in Millionen	0,5	0,4	0,4	0,4	0,6	0,6

in € Millionen	Kroatien		Rumänien		Serbien	
	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019 ¹	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019 ¹	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019
Zinsüberschuss	87	91	279	278	64	66
Dividendenerträge	0	1	0	2	0	0
Provisionsüberschuss	47	56	115	128	35	38
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	1	4	16	9	5	6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	1	-5	-25	7	4
Betriebserträge	135	152	405	391	111	113
Verwaltungsaufwendungen	-87	-89	-208	-214	-56	-60
Betriebsergebnis	48	63	197	178	55	54
Übriges Ergebnis	-9	-8	-8	-13	0	0
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-3	-2	-6	-4	0	-3
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-17	-4	-44	-29	-8	-2
Ergebnis vor Steuern	18	49	139	131	47	48
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-6	-11	-21	-26	-6	-6
Ergebnis nach Steuern	12	38	117	105	41	42
Return on Equity vor Steuern	3,6%	10,3%	18,5%	20,4%	11,9%	12,9%
Return on Equity nach Steuern	2,4%	8,0%	15,6%	16,3%	10,4%	11,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,50%	2,76%	4,15%	4,48%	3,08%	3,81%
Cost/Income Ratio	64,5%	58,4%	51,3%	54,6%	50,3%	52,8%
Loan/Deposit Ratio	68,4%	69,8%	67,5%	77,4%	67,7%	73,8%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,87%	0,25%	0,99%	0,69%	0,67%	0,22%
NPE Ratio	3,2%	3,6%	2,6%	3,4%	1,6%	1,9%
NPE Coverage Ratio	71,0%	73,2%	71,9%	55,4%	72,0%	75,3%
Aktiva	5.145	4.811	10.355	9.218	3.234	2.758
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	2.780	2.677	5.006	4.918	2.134	1.787
Eigenkapital	677	665	1.109	920	565	511
Forderungen an Kunden	2.690	2.509	5.951	5.957	1.690	1.513
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.836	3.754	8.495	7.466	2.550	2.102
Geschäftsstellen	75	77	344	369	87	88
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.816	1.852	5.090	4.971	1.550	1.582
Kunden in Millionen	0,5	0,5	2,2	2,3	0,8	0,8

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Osteuropa

in € Millionen	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019	Verände- rung	Q3/2020	Q2/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	820	829	-1,1%	244	278	-12,1%
Dividendenerträge	2	1	30,7%	2	0	>500,0%
Provisionsüberschuss	372	392	-5,2%	126	118	6,7%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	50	36	40,9%	13	8	64,3%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-1	0	-	-1	0	154,1%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-13	-7	99,4%	-5	-5	-7,4%
Betriebserträge	1.231	1.252	-1,7%	379	398	-4,8%
Verwaltungsaufwendungen	-476	-510	-6,8%	-146	-155	-5,5%
Betriebsergebnis	755	742	1,7%	232	243	-4,3%
Übriges Ergebnis	-13	-2	407,7%	-3	-8	-62,6%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-124	-32	280,7%	-38	-59	-34,5%
Ergebnis vor Steuern	619	707	-12,5%	191	176	8,4%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-130	-149	-12,9%	-40	-37	7,8%
Ergebnis nach Steuern	489	558	-12,4%	151	139	8,6%
Return on Equity vor Steuern	29,1%	36,0%	-6,9 PP	26,9%	23,1%	3,8 PP
Return on Equity nach Steuern	23,0%	28,4%	-5,4 PP	21,2%	18,2%	3,0 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	5,41%	5,79%	-0,38 PP	5,00%	5,48%	-0,48 PP
Cost/Income Ratio	38,6%	40,7%	-2,1 PP	38,6%	39,0%	-0,3 PP
Loan/Deposit Ratio	73,6%	87,5%	-13,8 PP	73,6%	79,2%	-5,6 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,26%	0,35%	0,91 PP	1,24%	1,83%	-0,60 PP
NPE Ratio	2,3%	2,4%	0,0 PP	2,3%	2,4%	-0,1 PP
NPE Coverage Ratio	56,3%	58,6%	-2,3 PP	56,3%	57,5%	-1,2 PP
Aktiva	20.506	21.561	-4,9%	20.506	21.625	-5,2%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	12.639	14.903	-15,2%	12.639	14.326	-11,8%
Eigenkapital	2.206	2.669	-17,4%	2.206	2.961	-25,5%
Forderungen an Kunden	11.598	13.882	-16,5%	11.598	13.219	-12,3%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15.962	16.066	-0,6%	15.962	16.779	-4,9%
Geschäftsstellen	681	768	-11,3%	681	690	-1,3%
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	17.530	18.737	-6,4%	17.530	17.928	-2,2%
Kunden in Millionen	6,8	6,6	2,8%	6,8	6,6	2,6%

Segmententwicklung

Das in diesem Segment verzeichnete Ergebnis nach Steuern verringerte sich im Jahresvergleich um € 69 Millionen oder 12 Prozent auf € 489 Millionen. Einer Verbesserung des Betriebsergebnisses vor allem aufgrund währungsbedingt geringerer Verwaltungsaufwendungen standen ein geringeres übriges Ergebnis sowie höhere Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte gegenüber. Das Segment Osteuropa war in der Berichtsperiode wie schon im Vorjahr von Währungsvolatilitäten beeinflusst. So werteten der Durchschnittskurs des Belarus Rubels und des russischen Rubels um 15 Prozent bzw. 10 Prozent ab sowie jener der ukrainischen Hryvna um 1 Prozent. Ebenso werteten die Stichtagskurse seit Jahresbeginn 2020 aufgrund von Leitzinssenkungen, Ölpreisentwicklung sowie der jüngsten geopolitischen Entwicklung ab (russischer Rubel 31 Prozent, Belarus Rubel 29 Prozent sowie ukrainische Hryvna 25 Prozent).

Betriebserträge

Der in Osteuropa erwirtschaftete Zinsüberschuss verringerte sich im Jahresvergleich um 1 Prozent oder € 9 Millionen auf € 820 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete dabei Belarus mit € 12 Millionen, hervorgerufen durch niedrigere Marktzinssätze sowie höhere Refinanzierungskosten in lokaler Währung. In Russland blieb der Zinsüberschuss währungsbedingt unverändert, in lokaler Währung konnte ein Anstieg um 10 Prozent verzeichnet werden. In der Ukraine kam es aufgrund höherer Zinserträge aus Staatsanleihen zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um € 2 Millionen. Die Nettozinsspanne des Segments verringerte sich im Jahresvergleich um 38 Basispunkte auf 5,41 Prozent, hervorgerufen durch die negative Margenentwicklung in der Ukraine aufgrund zahlreicher Zinssatzsenkungen.

Der Provisionsüberschuss zeigte ebenfalls einen Rückgang um 5 Prozent oder € 20 Millionen auf € 372 Millionen. Dabei verzeichnete die Ukraine eine Abnahme vor allem aufgrund einer geänderten Segmentzuordnung einer Konzerneinheit. In Russland reduzierte sich der Provisionsüberschuss volumen- und währungsbedingt um € 10 Millionen auf € 263 Millionen vorrangig im Zahlungsverkehr.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen nahm von € 36 Millionen in der Vergleichsperiode auf € 50 Millionen im Berichtszeitraum zu. Dabei verzeichneten Belarus und die Ukraine – vor allem aufgrund eines höheren Ergebnisses aus der Währungsumrechnung – einen Anstieg um € 8 Millionen bzw. € 3 Millionen, während es in Russland vorrangig durch die Bewertung von Schuldverschreibungen zu einem Zuwachs um € 4 Millionen kam.

Das sonstige betriebliche Ergebnis sank um € 7 Millionen auf minus € 13 Millionen, hervorgerufen durch Verluste aus der Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten in Russland (Rückgang: € 8 Millionen) sowie aus der geänderten Segmentzuordnung einer Konzerneinheit (Rückgang: € 3 Millionen). Dem stand ein Anstieg um € 5 Millionen aufgrund der Bildung von Rückstellungen für Rechtsfälle in Russland in der Vergleichsperiode gegenüber.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich hauptsächlich aufgrund der Währungsentwicklung in Russland und Belarus um € 35 Millionen auf € 476 Millionen. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter sank um 847 auf 17.915, vorwiegend aufgrund von Filialschließungen in Russland (minus 45) und in der Ukraine (minus 40). Darüber hinaus trug die geänderte Segmentzuordnung einer Konzerneinheit zum Rückgang der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter (minus 279) bei. Der Rückgang bei den Personalaufwendungen um € 5 Millionen resultierte aus der Währungsentwicklung in Russland und Belarus. Der Sachaufwand ging um 13 Prozent oder € 21 Millionen auf € 140 Millionen zurück. Hauptverantwortlich für diesen Rückgang waren neben der Währungsentwicklung auch um € 10 Millionen niedrigere Beiträge zur Einlagensicherung in Russland als Folge einer staatlichen Hilfsmaßnahme im Rahmen der COVID-19-Pandemie. Die Abschreibungen sanken von € 69 Millionen auf € 60 Millionen, hervorgerufen vor allem durch geringere Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Nutzungsrechte in Russland. Die Cost/Income Ratio verbesserte sich von 40,7 Prozent auf 38,6 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 13 Millionen (Vergleichsperiode: minus € 2 Millionen). Dies betraf mit € 11 Millionen Modifikationseffekte aus geänderten Vertragskonditionen, dabei entfielen € 10 Millionen auf die Ukraine im Zusammenhang mit Restrukturierungsmaßnahmen für Kredite an Haushalte und Nicht-Finanzunternehmen.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 124 Millionen nach € 32 Millionen in der Vorjahresperiode. In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen in Höhe von netto € 42 Millionen gebucht (Anstieg: € 31 Millionen). Der Anstieg war deutlich durch die Berücksichtigung der schlechteren makroökonomischen Aussichten und branchenspezifischen Auswirkungen durch COVID-19 geprägt. Die Wertminderungen auf Kredite an Nicht-Finanzunternehmen betrugen € 22 Millionen, dabei in Russland € 13 Millionen und Belarus € 6 Millionen und an Haushalte € 15 Millionen, wovon auf Russland € 7 Millionen und die Ukraine € 7 Millionen entfielen. In Stage 3 (ausgefallene Kredite) ergaben sich Wertminderungen von netto € 83 Millionen (Vorjahresperiode: € 21 Millionen). Diese stammten aus Krediten an Haushalte mit € 66 Millionen, vor allem in Russland mit € 61 Millionen und aus Krediten an Nicht-Finanzunternehmen mit € 17 Millionen, ebenso überwiegend in Russland.

Die NPE Ratio blieb im Jahresabstand mit 2,3 Prozent konstant, die NPE Coverage Ratio ging auf 56,3 Prozent (minus 2,3 Prozentpunkte im Jahresabstand) zurück.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

in € Millionen	Belarus		Russland		Ukraine	
	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019
Zinsüberschuss	64	76	571	571	185	182
Dividendenerträge	0	0	2	1	0	0
Provisionsüberschuss	43	42	263	273	66	77
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	9	2	29	25	12	9
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-1	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-2	-3	-14	-7	2	3
Betriebserträge	115	117	851	864	265	272
Verwaltungsaufwendungen	-50	-54	-310	-334	-115	-123
Betriebsergebnis	65	63	541	530	150	149
Übriges Ergebnis	0	0	-3	-4	-9	2
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-15	1	-96	-36	-12	3
Ergebnis vor Steuern	49	64	441	490	128	154
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-14	-16	-94	-106	-23	-27
Ergebnis nach Steuern	36	48	348	384	105	126
Return on Equity vor Steuern	19,8%	23,9%	27,1%	34,1%	39,9%	56,5%
Return on Equity nach Steuern	14,4%	17,8%	21,4%	26,7%	32,8%	46,5%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	4,53%	5,75%	4,90%	5,04%	8,93%	10,97%
Cost/Income Ratio	43,9%	46,0%	36,4%	38,7%	43,5%	45,1%
Loan/Deposit Ratio	92,9%	83,4%	75,7%	90,7%	53,8%	73,5%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,64%	-0,22%	1,24%	0,49%	1,05%	-0,12%
NPE Ratio	1,7%	1,9%	2,1%	1,7%	3,9%	6,4%
NPE Coverage Ratio	82,2%	80,2%	51,3%	50,5%	62,4%	66,2%
Aktiva	1.901	2.133	15.496	16.502	3.114	2.928
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	1.518	1.774	8.448	10.164	2.674	2.964
Eigenkapital	318	398	2.018	2.350	359	479
Forderungen an Kunden	1.222	1.251	9.031	10.926	1.346	1.706
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.358	1.523	12.052	12.184	2.552	2.359
Geschäftsstellen	84	87	144	188	453	493
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.709	1.764	8.922	9.178	6.899	7.795
Kunden in Millionen	0,8	0,8	3,4	3,3	2,5	2,5

Group Corporates & Markets

in € Millionen	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019 ¹	Verände- rung	Q3/2020	Q2/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	452	455	-0,8%	141	160	-12,0%
Dividendenerträge	8	15	-48,5%	1	5	-80,4%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	1	41,5%	-1	1	-
Provisionsüberschuss	300	277	8,2%	100	96	4,4%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	82	14	479,4%	36	59	-39,3%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	50,0%	2	-1	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	79	85	-7,0%	32	20	60,2%
Betriebserträge	923	848	8,8%	311	339	-8,3%
Verwaltungsaufwendungen	-502	-505	-0,6%	-165	-167	-1,4%
Betriebsergebnis	421	343	22,6%	146	172	-14,9%
Übriges Ergebnis	-7	1	-	-3	-3	-17,5%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-18	-15	16,1%	-5	-5	-5,7%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-113	-26	336,8%	-81	-8	>500,0%
Ergebnis vor Steuern	283	303	-6,8%	58	155	-62,7%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-59	-67	-11,9%	-8	-36	-77,9%
Ergebnis nach Steuern	224	236	-5,4%	50	119	-58,1%
Return on Equity vor Steuern	11,2%	14,0%	-2,8 PP	6,9%	18,4%	-11,5 PP
Return on Equity nach Steuern	8,8%	10,9%	-2,1 PP	5,9%	14,1%	-8,2 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,11%	1,27%	-0,15 PP	1,00%	1,16%	-0,16 PP
Cost/Income Ratio	54,4%	59,5%	-5,1 PP	52,9%	49,3%	3,7 PP
Loan/Deposit Ratio	126,3%	163,6%	-37,4 PP	126,3%	139,0%	-12,8 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,47%	0,32%	0,14 PP	0,96%	0,10%	0,86 PP
NPE Ratio	1,7%	1,9%	-0,2 PP	1,7%	1,6%	0,1 PP
NPE Coverage Ratio	60,0%	55,4%	4,6 PP	60,0%	60,6%	-0,5 PP
Aktiva	58.569	55.974	4,6%	58.569	61.256	-4,4%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	29.303	24.267	20,8%	29.303	27.841	5,2%
Eigenkapital	3.374	3.049	10,7%	3.374	3.419	-1,3%
Forderungen an Kunden	33.186	30.829	7,6%	33.186	33.611	-1,3%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.274	26.472	6,8%	28.274	28.192	0,3%
Geschäftsstellen	21	23	-8,7%	21	22	-4,5%
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	3.079	2.894	6,4%	3.079	3.048	1,0%
Kunden in Millionen	2,0	2,0	-1,3%	2,0	2,0	0,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Segmententwicklung

Das Ergebnis im Segment Group Corporates & Markets sank im Jahresvergleich um € 13 Millionen auf € 224 Millionen. Dabei standen den um € 75 Millionen höheren Betriebserträgen um € 87 Millionen höhere Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte gegenüber.

Das Segment Group Corporates & Markets fasst das in Österreich gebuchte operative Geschäft der RBI zusammen. Die Ergebnisanteile stammen dabei aus dem Firmenkundengeschäft sowie dem Markets-Geschäft der Konzernzentrale. Weitere wesentliche Beiträge leisteten die österreichischen Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften.

Wesentliche Ergebnisbeiträge nach Teilsegmenten:

in € Millionen	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019	Veränderung	Q3/2020	Q2/2020	Veränderung
Corporates Wien	74	122	-39,5%	-15	49	-
Markets Wien	69	62	11,0%	24	46	-47,7%
Finanzdienstleister/Spezialgesellschaften und Sonstige	81	52	55,4%	41	25	64,8%
Ergebnis nach Steuern	224	236	-5,4%	50	119	-58,1%

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss verringerte sich im Jahresvergleich um 1 Prozent oder € 4 Millionen auf € 452 Millionen, hauptsächlich hervorgerufen durch niedrigere Zinserträge der Raiffeisen Centrobank AG. Die Nettozinsspanne des Segments reduzierte sich aufgrund des gesunkenen Marktzinsniveaus in Verbindung mit einem Anstieg der durchschnittlich zinstragenden Aktiva um 15 Basispunkte auf 1,11 Prozent. Die Dividendenerträge verringerten sich um € 7 Millionen, bedingt durch höhere Ausschüttungen nicht konsolidierter Tochtergesellschaften sowie nicht at-equity bewerteter assoziierter Unternehmen in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Provisionsüberschuss nahm um 8 Prozent oder € 23 Millionen auf € 300 Millionen zu. In der Konzernzentrale wurden vor allem in den Bereichen Cash Management und Unternehmensfinanzierung, im Geschäft mit institutionellen Anlegern sowie im Investmentbanking höhere Provisionserträge verzeichnet. Des Weiteren wurden volumenbedingt höhere Erträge aus der Verwaltung von Investmentfonds erzielt.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verbesserte sich im Jahresvergleich um € 68 Millionen. Eine positive Veränderung ergab sich aus der Bewertung eines Bausparkassenportfolios, da dieses in der Vergleichsperiode einen Verlust von € 59 Millionen erzeugte, im zweiten Quartal 2019 aber in ein Hedge-Accounting-Verhältnis gemäß IAS 39 eingebettet wurde, wodurch ab diesem Zeitpunkt Bewertungsänderungen weitgehend neutralisiert wurden. Ebenso erhöhte sich das Ergebnis aus dem Handel mit festverzinslichen Wertpapieren. Ein verbessertes Ergebnis konnte im Eigenhandel aufgrund höherer Volatilitäten bedingt durch COVID-19 erzielt werden. Das sonstige betriebliche Ergebnis sank um € 6 Millionen auf € 79 Millionen unter anderem bedingt durch höhere Erlöse aus dem Wohnbau in der Raiffeisen Leasing-Gruppe sowie aufgrund des Verkaufs von Schuldscheindarlehen in der Vorjahresperiode.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken um 1 Prozent oder € 3 Millionen auf € 502 Millionen. Dieser Rückgang resultierte vorwiegend aus gesunkenem IT-Aufwand in der Konzernzentrale. Weitere Treiber für die Reduktion waren geringerer Werbeaufwand, Sicherheitsaufwand und Reiseaufwand in der Konzernzentrale, hauptsächlich bedingt durch die COVID-19-Pandemie. Die Cost/Income Ratio des Segments verbesserte sich aufgrund gestiegener Betriebserträge auf 54,4 Prozent.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich auf minus € 7 Millionen in der Berichtsperiode nach einem Plus von € 1 Million in der Vergleichsperiode. Ausschlaggebend dafür waren Wertminderungen auf Beteiligungen und COVID-19 bedingte Verluste aus Modifikationen von Krediten.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte stiegen im Jahresvergleich um € 87 Millionen auf € 113 Millionen. Die höheren Risikokosten resultierten vor allem aus der Konzernzentrale infolge von COVID-19 bedingten branchenspezifischen Anpassungen, vor allem auf die Portfolios betreffend Hotellerie und Leveraged Finance, sowie Ausfällen bei Großkunden. Die NPE Ratio belief sich zum 30. September 2020 auf 1,7 Prozent. Die NPE Coverage Ratio lag bei 60,0 Prozent.

Corporate Center

in € Millionen	1.1.-30.9. 2020	1.1.-30.9. 2019 ¹	Verände- rung	Q3/2020	Q2/2020	Verände- rung
Zinsüberschuss	-62	-74	-15,7%	-25	-29	-11,9%
Dividendenerträge	401	731	-45,1%	308	75	308,7%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	40	46	-13,0%	22	30	-24,6%
Provisionsüberschuss	20	-2	-	7	3	169,2%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-36	-70	-48,5%	1	-21	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	2	1	66,1%	2	-3	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	78	67	17,2%	25	32	-24,4%
Betriebserträge	442	699	-36,8%	339	87	287,7%
Verwaltungsaufwendungen	-278	-266	4,6%	-84	-102	-18,2%
Betriebsergebnis	164	433	-62,1%	255	-15	-
Übriges Ergebnis	-151	-22	>500,0%	-28	-66	-56,9%
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-74	-59	26,3%	1	-15	-
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-6	1	-	-3	-1	192,4%
Ergebnis vor Steuern	-66	354	-	224	-97	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	34	53	-35,5%	-13	32	-
Ergebnis nach Steuern	-32	407	-	211	-65	-
Aktiva	38.772	30.987	25,1%	38.772	36.141	7,3%
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	13.541	13.968	-3,1%	13.541	13.143	3,0%
Eigenkapital	7.462	6.469	15,3%	7.462	6.790	9,9%
Forderungen an Kunden	3.593	5.360	-33,0%	3.593	3.809	-5,7%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.761	637	333,6%	2.761	2.203	25,3%
Geschäftsstellen	-	-	-	-	-	-
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.693	1.215	39,3%	1.693	1.663	1,8%
Kunden in Millionen	0,0	0,0	165,4%	0,0	0,0	-3,7%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Segmententwicklung

Dieses Segment umfasst im Wesentlichen die Ergebnisse aus den Steuerungsfunktionen der Konzernzentrale sowie aus sonstigen Konzerneinheiten. Seine Ergebnisse weisen dadurch eine insgesamt höhere Volatilität auf. Der weitaus überwiegende Teil besteht aus konzerninternen Transaktionen, die keine Auswirkung auf das Konzernergebnis haben. Der im Berichtszeitraum erzielte Ergebnisrückgang um € 439 Millionen resultierte vorwiegend aus höheren konzerninternen Dividendenerträgen in der Vergleichsperiode sowie aus Wertminderungen auf assoziierte Unternehmen.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss des Segments verbesserte sich im Jahresvergleich um € 12 Millionen auf minus € 62 Millionen. Für diese positive Entwicklung waren insbesondere höhere Veranlagungserträge aus Liquiditätsüberschüssen verantwortlich.

Die Dividendenerträge – sie stammen vorwiegend aus Konzerneinheiten anderer Segmente und sind damit konzernintern – verringerten sich um € 330 Millionen auf € 401 Millionen. Im Zusammenhang mit COVID-19 wurden zur Stärkung des Eigenkapitals von Kredit- und Finanzinstituten in vielen Ländern Beschränkungen von Dividendenausschüttungen entweder durch Empfehlungen von Aufsichtsbehörden oder durch Gesetze eingeführt.

Das laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen ging um € 6 Millionen auf € 40 Millionen zurück. Dieser Rückgang war vor allem durch einen in der Vorjahresperiode erzielten Verkaufserlös in der Raiffeisen Informatik GmbH & Co KG hervorgerufen worden.

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich um € 21 Millionen auf € 20 Millionen vorrangig aufgrund einer geänderten Segmentzuordnung mehrerer Konzerneinheiten.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verbesserte sich – vor allem getrieben durch Bewertungsveränderungen bei Derivaten – im Jahresvergleich um € 34 Millionen auf minus € 36 Millionen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis stieg um € 11 Millionen auf € 78 Millionen bedingt durch die geänderte Segmentzuordnung mehrerer Konzerneinheiten.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 5 Prozent oder € 12 Millionen auf € 278 Millionen vorwiegend bedingt durch die geänderte Segmentzuordnung mehrerer Konzerneinheiten.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis verringerte sich im Jahresvergleich um € 129 Millionen auf minus € 151 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren Wertminderungen auf assoziierte Unternehmen in Höhe von € 110 Millionen (Anstieg: € 88 Millionen), vor allem auf Anteile an der UNIQA Insurance Group AG, LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG und der Prva stavbna sporitelna a.s., im Wesentlichen aufgrund der durch die Pandemie verursachten schlechteren wirtschaftlichen Aussichten. Überdies war eine Wertminderung des Firmenwerts der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft in Höhe von € 27 Millionen erforderlich. Der durch die COVID-19-Pandemie verursachte revidierte Mittelfristplan führte hier zur teilweisen Reduktion des Firmenwerts.

Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

Die im Segment ausgewiesenen Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen erhöhten sich um € 15 Millionen auf € 74 Millionen. Dabei blieb der Aufwand für Bankenabgaben mit € 46 Millionen gegenüber der Vorjahresperiode nahezu unverändert. In der Berichtsperiode ist die letzte der über vier Jahre verteilten Einmalzahlung der österreichischen Bankenabgabe von insgesamt € 163 Millionen angefallen. Die Einmalzahlung (€ 41 Millionen in der Berichtsperiode) wird dem Segment Corporate Center zugeordnet. Die diesem Segment zugeordneten Beiträge der Konzernzentrale zum Bankenabwicklungsfonds betrugen € 27 Millionen.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 6 Millionen nach einer Nettoauflösung von € 1 Million in der Vergleichsperiode.

Konzernzwischenabschluss

(Verkürzter Zwischenbericht zum 30. September 2020)

Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien.

Die RBI betrachtet Österreich, wo sie als führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, sowie Zentral- und Osteuropa (CEE) als ihren Heimmarkt. 13 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt, darüber hinaus umfasst die Gruppe zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen, beispielsweise in den Bereichen Leasing, Zahlungsverkehr und Vermögensverwaltung. Insgesamt betreuen 46.071 Mitarbeiter der RBI rund 16,8 Millionen Kunden in 1.958 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE.

Da Aktien der Gesellschaft an einem geregelten Markt gemäß § 1 Abs. 2 BörseG (prime market der Wiener Börse) gehandelt werden sowie zahlreiche Emissionen der RBI AG an einer geregelten Börse in der EU zugelassen sind, hat die RBI AG gemäß § 59a BWG einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Die acht Raiffeisen-Landesbanken halten als Kernaktionäre rund 58,8 Prozent der Aktien, der Rest befindet sich im Streubesitz.

Als Kreditinstitut gemäß § 1 BWG unterliegt die RBI AG der behördlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, A-1090 Wien (www.fma.gv.at), sowie durch die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 22, D-60314 Frankfurt am Main (www.bankingsupervision.europa.eu).

Der verkürzte Zwischenbericht zum 30. September 2020 wurde weder einer vollständigen Prüfung noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Gesamtergebnisrechnung

Erfolgsrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019 ¹
Zinsüberschuss	[1]	2.476	2.531
Zinserträge nach Effektivzinsmethode		2.992	3.280
Zinserträge übrige		470	484
Zinsaufwendungen		-986	-1.234
Dividendenerträge	[2]	19	26
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	44	51
Provisionsüberschuss	[4]	1.272	1.307
Provisionserträge		1.855	1.927
Provisionsaufwendungen		-583	-619
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	[5]	95	-87
Ergebnis aus Hedge Accounting	[6]	7	-7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[7]	50	13
Betriebserträge		3.964	3.833
Personalaufwand		-1.175	-1.181
Sachaufwand		-702	-784
Abschreibungen		-287	-280
Verwaltungsaufwendungen	[8]	-2.164	-2.245
Betriebsergebnis		1.800	1.588
Übriges Ergebnis	[9]	-211	-68
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	[10]	-173	-141
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[11]	-497	-80
Ergebnis vor Steuern		920	1.299
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[12]	-240	-314
Ergebnis nach Steuern		679	985
Ergebnis nicht beherrschender Anteile		-81	-110
Konzernergebnis		599	874

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Ergebnis je Aktie

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Konzernergebnis	599	874
Dividendenanspruch auf zusätzliches Kernkapital	-52	-47
Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis	547	828
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Millionen	329	329
Ergebnis je Aktie in €	1,66	2,52

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital ist kalkulatorisch, die tatsächliche Auszahlung basiert auf dem Beschluss des Vorstands zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt.

Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Ergebnis nach Steuern		679	985
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		14	24
Neubewertungen von leistungsorientierten Vorsorgeplänen	[28]	7	-10
Fair-Value-Änderungen von Eigenkapitalinstrumenten	[15]	-1	29
Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung des Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten	[25]	23	-12
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[20]	-16	22
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[22, 29]	0	-5
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		-862	312
Währungsdifferenzen		-1.051	299
Absicherung von Nettoinvestitionen bei Auslandsaktivitäten	[19, 27]	187	-41
Anpassungen der Cash-Flow Hedge Rücklage	[19, 27]	-1	8
Fair-Value-Änderungen von finanziellen Vermögenswerten	[15]	5	51
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[20]	-1	1
Latente Steuern auf Posten, die möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[22, 29]	0	-5
Sonstiges Ergebnis		-849	336
Gesamtergebnis		-169	1.321
Ergebnis nicht beherrschender Anteile		-23	-140
davon Erfolgsrechnung		-81	-110
davon sonstiges Ergebnis		57	-30
Konzerngesamtergebnis		-192	1.181

Die Währungsentwicklung führte seit Jahresbeginn zu einem negativen Effekt von € 1.051 Millionen auf das Gesamtergebnis. Der Abwertung des russischen Rubels um 31 Prozent mit einem negativen Beitrag von € 638 Millionen, der ukrainischen Hryvna um 25 Prozent mit minus € 116 Millionen, der tschechischen Krone um 7 Prozent mit minus € 113 Millionen, des Belarus Rubels um 29 Prozent mit minus € 90 Millionen sowie des ungarischen Forints um 11 Prozent mit minus € 73 Millionen stand eine Absicherung von Nettoinvestitionen vorwiegend im russischen Rubel, die zu einem positiven Bewertungsergebnis von € 187 Millionen führte, gegenüber.

Bilanz

Aktiva in € Millionen	Anhang	30.9.2020	31.12.2019
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	[13]	33.389	24.289
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[14]	115.594	110.285
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[15, 32]	4.854	4.781
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[16, 32]	738	776
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[17, 32]	710	2.276
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[18, 32]	4.222	4.182
Hedge Accounting	[19]	708	397
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	[20]	925	1.107
Sachanlagen	[21]	1.706	1.829
Immaterielle Vermögenswerte	[21]	719	757
Laufende Steuerforderungen	[22]	109	61
Latente Steuerforderungen	[22]	87	144
Sonstige Aktiva	[23]	1.019	1.315
Gesamt		164.779	152.200

Passiva in € Millionen	Anhang	30.9.2020	31.12.2019
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[24]	140.356	128.764
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[25, 32]	1.568	1.843
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[26, 32]	5.988	5.789
Hedge Accounting	[27]	458	246
Rückstellungen	[28]	1.035	1.083
Laufende Steuerverpflichtungen	[29]	31	31
Latente Steuerverpflichtungen	[29]	53	38
Sonstige Passiva	[30]	1.254	641
Eigenkapital	[31]	14.036	13.765
Konzern-Eigenkapital		11.626	11.817
Kapital nicht beherrschender Anteile		781	811
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		1.630	1.137
Gesamt		164.779	152.200

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in € Millionen	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Konzern-Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2020	1.002	4.992	8.443	-2.620	11.817	811	1.137	13.765
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen	0	0	0	0	0	0	497	497
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-31	0	-31	0	31	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	0	-53	-31	-84
Eigene Anteile	0	0	0	0	0	0	-4	-4
Sonstige Veränderungen	0	0	31	0	31	-1	0	31
Gesamtergebnis	0	0	599	-791	-192	23	0	-169
Eigenkapital 30.9.2020	1.002	4.992	9.042	-3.411	11.626	781	1.630	14.036

in € Millionen	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Konzern-Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2019	1.002	4.992	7.587	-2.994	10.587	701	1.125	12.413
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-31	0	-31	0	31	0
Dividendenzahlungen	0	0	-306	0	-306	-60	-31	-397
Eigene Anteile	0	0	0	0	0	0	13	13
Sonstige Veränderungen	0	0	2	-2	0	-6	0	-5
Gesamtergebnis	0	0	874	307	1.181	140	0	1.321
Eigenkapital 30.9.2019	1.002	4.992	8.126	-2.689	11.431	775	1.139	13.344

Kapitalflussrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019 ²
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 1.1.	[13]	24.289	22.557
Operative Geschäftstätigkeit:			
Ergebnis vor Steuern		920	1.299
Anpassungen für die Überleitung des Ergebnisses nach Steuern auf den Kapitalfluss aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertminderungen, Zuschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte	[8, 9]	317	289
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen sowie Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[7, 11]	526	127
Gewinn/Verlust aus der Bewertung und Veräußerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	[9]	-120	408
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	-44	-51
Sonstige Anpassungen (per Saldo) ¹		-2.147	-2.470
Zwischensumme		-548	-398
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[14]	-5.116	-9.084
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[15, 32]	-149	1.694
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[16, 32]	93	-27
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[17, 32]	1.512	-3
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[18, 32]	167	9
Sonstige Aktiva	[23]	217	-300
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[24]	15.736	6.437
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[25, 32]	-172	-21
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[26, 32]	112	278
Rückstellungen	[28]	-140	-122
Sonstige Passiva	[30]	206	-155
Erhaltene Zinsen	[1]	3.336	3.559
Gezahlte Zinsen	[1]	-1.003	-1.109
Erhaltene Dividenden	[2]	75	66
Ertragsteuerzahlungen	[12]	-216	-299
Kapitalflüsse aus operativer Geschäftstätigkeit		14.110	526

¹ Sonstige Anpassungen (per Saldo) enthält im Wesentlichen den Abzug des Zinsüberschusses und der Dividendenerträge, die entsprechenden Zahlungsflüsse sind unter dem Posten erhaltene Zinsen, gezahlte Zinsen und erhaltene Dividenden dargestellt.

² Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

in € Millionen		1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019 ¹
Investitionstätigkeit:			
Kassenbestand aus dem Abgang von Tochterunternehmen		- 1	- 26
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[14, 15, 16, 17, 20]	- 6.665	- 5.434
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[21]	- 225	- 358
Tochterunternehmen		0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[14, 15, 16, 17, 20]	1.664	3.584
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[21]	52	36
Tochterunternehmen	[9]	0	0
Kapitalflüsse aus Investitionstätigkeit		- 5.175	- 2.199
Finanzierungstätigkeit:			
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen		493	13
Einzahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[24, 25]	496	503
Auszahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[24, 25]	- 373	- 544
Dividendenzahlungen		- 84	- 397
Kapitalflüsse aus Finanzierungstätigkeit		532	- 425
Effekte aus Wechselkursänderungen		- 368	108
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 30.9.		33.389	20.567

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Segmentberichterstattung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich (Konzept der Country and Functional Responsibility). Steuerungseinheit (Cash Generating Unit) im Konzern ist ein Land. Die Darstellung der Länder umfasst nicht nur die Tochterbanken, sondern alle operativen Einheiten der RBI in den jeweiligen Ländern (wie z. B. Leasingunternehmen). Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 differenziert. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Operatives Geschäft der Konzernzentrale, unterteilt in Subsegmente: Österreichische und internationale Firmenkunden, Markets, Financial Institutions & Sovereigns, Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG) sowie Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Centrobank AG, Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Österreich Gesellschaft m.b.H., Valida Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus sind diesem Segment at-equity bewertete Unternehmen mit Banktätigkeit zugeordnet.
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der Konzernzentrale (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten (Beteiligungsunternehmen und gemeinsame Serviceunternehmen), Minderheitsbeteiligungen sowie at-equity bewertete Unternehmen des Nichtbankenbereichs.

Folgende Änderungen in der Segmentierung wurden ab dem ersten Quartal 2020 berücksichtigt, um die Segmente noch näher an die interne Steuerung anzugleichen:

- Gemeinsame Serviceunternehmen werden ab dem ersten Quartal 2020 dem Segment Corporate Center zugeordnet. Diese waren bisher Bestandteil der regionalen Segmente.
- Folgende at-equity bewertete Unternehmen wurden dem Segment Group Corporates & Markets zugeordnet: NOTARTREUHANDBANK AG, Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, EMCOM Beteiligungs GmbH, Posojilnica Bank eGen. Diese waren bisher Bestandteil des Segments Corporate Center.

Diese Effekte wurden aufgrund von Unwesentlichkeit in den Vorperioden nicht angepasst.

Die Berechnung des Eigenkapitals in den Segmenten basiert ab dem ersten Quartal 2020 auf dem bilanziellen Eigenkapital. Zuvor wurde das Kapital gemäß dem regulatorischen Kapitalverbrauch kalkuliert. Die Vorperioden (Eigenkapital sowie Return on Equity) wurden entsprechend angepasst.

Segmententwicklung

1.1.-30.9.2020 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	598	639	820	452
Dividendenerträge	2	3	2	8
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	0	0	2
Provisionsüberschuss	303	280	372	300
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	6	29	50	82
Ergebnis aus Hedge Accounting	1	0	-1	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	2	-13	79
Betriebserträge	922	953	1.231	923
Verwaltungsaufwendungen	-493	-518	-476	-502
Betriebsergebnis	429	435	755	421
Übriges Ergebnis	-39	-18	-13	-7
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-62	-19	0	-18
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-120	-133	-124	-113
Ergebnis vor Steuern	207	266	619	283
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-49	-41	-130	-59
Ergebnis nach Steuern	158	225	489	224
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-35	0	-37	-12
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	123	225	452	212
Return on Equity vor Steuern	8,2%	10,7%	29,1%	11,2%
Return on Equity nach Steuern	6,3%	9,1%	23,0%	8,8%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,92%	3,31%	5,41%	1,11%
Cost/Income Ratio	53,5%	54,3%	38,6%	54,4%
Loan/Deposit Ratio	93,9%	68,3%	73,6%	126,3%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,54%	1,11%	1,26%	0,47%
NPE Ratio	1,9%	2,7%	2,3%	1,7%
NPE Coverage Ratio	65,0%	71,0%	56,3%	60,0%
Aktiva	43.986	29.187	20.506	58.569
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	20.710	16.679	12.639	29.303
Eigenkapital	3.330	3.297	2.206	3.374
Forderungen an Kunden	29.571	16.140	11.598	33.186
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32.995	23.513	15.962	28.274
Geschäftsstellen	376	880	681	21
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.325	14.444	17.530	3.079
Kunden in Millionen	2,7	5,4	6,8	2,0

1.1.-30.9.2020 in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	-62	29	2.476
Dividendenerträge	401	-398	19
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	40	0	44
Provisionsüberschuss	20	-2	1.272
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-36	-36	95
Ergebnis aus Hedge Accounting	2	5	7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	78	-104	50
Betriebserträge	442	-506	3.964
Verwaltungsaufwendungen	-278	102	-2.164
Betriebsergebnis	164	-404	1.800
Übriges Ergebnis	-151	17	-211
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-74	0	-173
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-6	-1	-497
Ergebnis vor Steuern	-66	-388	920
Steuern vom Einkommen und Ertrag	34	5	-240
Ergebnis nach Steuern	-32	-384	679
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	4	-81
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	-32	-380	599
Return on Equity vor Steuern	-	-	9,1%
Return on Equity nach Steuern	-	-	6,7%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,21%
Cost/Income Ratio	-	-	54,6%
Loan/Deposit Ratio	-	-	90,4%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,72%
NPE Ratio	-	-	1,9%
NPE Coverage Ratio	-	-	63,8%
Aktiva	38.772	-26.240	164.779
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	13.541	-12.726	80.146
Eigenkapital	7.462	-5.633	14.036
Forderungen an Kunden	3.593	-2.377	91.711
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.761	-3.704	99.800
Geschäftsstellen	-	-	1.958
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.693	-	46.071
Kunden in Millionen	0,0	-	16,8

1.1.-30.9.2019 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	635	646	829	455
Dividendenerträge	4	7	1	15
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	4	0	0	1
Provisionsüberschuss	329	314	392	277
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-10	23	36	14
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-11	-15	-7	85
Betriebserträge	950	976	1.252	848
Verwaltungsaufwendungen	-533	-528	-510	-505
Betriebsergebnis	416	448	742	343
Übriges Ergebnis	-1	-21	-2	1
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-52	-15	0	-15
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	21	-45	-32	-26
Ergebnis vor Steuern	384	366	707	303
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-93	-58	-149	-67
Ergebnis nach Steuern	291	308	558	236
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-53	4	-43	-4
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	238	313	514	232
Return on Equity vor Steuern	16,1%	16,1%	36,0%	14,0%
Return on Equity nach Steuern	12,2%	13,5%	28,4%	10,9%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,15%	3,63%	5,79%	1,27%
Cost/Income Ratio	56,2%	54,1%	40,7%	59,5%
Loan/Deposit Ratio	102,6%	75,0%	87,5%	163,6%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,10%	0,40%	0,35%	0,32%
NPE Ratio	2,3%	3,1%	2,4%	1,9%
NPE Coverage Ratio	59,1%	67,8%	58,6%	55,4%
Aktiva	41.593	26.542	21.561	55.974
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	21.705	15.729	14.903	24.267
Eigenkapital	3.104	2.893	2.669	3.049
Forderungen an Kunden	29.284	15.688	13.882	30.829
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	30.367	21.099	16.066	26.472
Geschäftsstellen	393	911	768	23
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.909	14.483	18.737	2.894
Kunden in Millionen	2,6	5,3	6,6	2,0

Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

1.1.-30.9.2019 in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	-74	39	2.531
Dividendenerträge	731	-733	26
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	46	0	51
Provisionsüberschuss	-2	-3	1.307
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-70	-80	-87
Ergebnis aus Hedge Accounting	1	-7	-7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	67	-106	13
Betriebserträge	699	-891	3.833
Verwaltungsaufwendungen	-266	97	-2.245
Betriebsergebnis	433	-794	1.588
Übriges Ergebnis	-22	-23	-68
Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen	-59	0	-141
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	1	1	-80
Ergebnis vor Steuern	354	-816	1.299
Steuern vom Einkommen und Ertrag	53	0	-314
Ergebnis nach Steuern	407	-816	985
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	-14	-110
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	407	-830	874
Return on Equity vor Steuern	-	-	13,9%
Return on Equity nach Steuern	-	-	10,6%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,43%
Cost/Income Ratio	-	-	58,6%
Loan/Deposit Ratio	-	-	102,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,13%
NPE Ratio	-	-	2,3%
NPE Coverage Ratio	-	-	60,2%
Aktiva	30.987	-25.853	150.805
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	13.968	-12.756	77.816
Eigenkapital	6.469	-4.839	13.344
Forderungen an Kunden	5.360	-2.469	92.574
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	637	-3.941	90.701
Geschäftsstellen	-	-	2.095
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.215	-	47.238
Kunden in Millionen	0,0	-	16,5

Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Anhang

Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss wird in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den auf Basis der IAS Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) erstellt.

Einige außerhalb des Anhangs gemachte IFRS-Angaben sind wesentliche Bestandteile des Konzernabschlusses. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Erläuterungen zu den Segmentergebnissen, die in den Angaben zur Segmentberichterstattung dargestellt werden. Neben den im Anhang dargestellten Angaben gemäß IFRS 7 enthält insbesondere das Kapitel Risikobericht ausführliche Darstellungen zu den Themen Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisiko. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IFRS 8 Geschäftssegmente und IFRS 7 Angaben zu Finanzinstrumenten.

Anpassung der Erfolgsrechnung

Das bisher im übrigen Ergebnis ausgewiesene laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen von € 44 Millionen (Vorjahresperiode: € 51 Millionen) wird nunmehr in einem separaten Posten dargestellt. Die bisher im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesenen kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis von minus € 44 Millionen (Vorjahresperiode: minus € 18 Millionen) werden nunmehr im Posten übriges Ergebnis dargestellt.

Wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume und Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und nach heutigem Ermessen wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Davon betroffen sind im Wesentlichen die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft, der beizulegende Wert und die Wertminderung von Finanzinstrumenten, die latenten Steuern, Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen, Rückstellungen für Rechtsfälle sowie die Berechnungen zur Ermittlung der Werthaltigkeit von Firmenwerten und der im Zuge der Erstkonsolidierung aktivierten immateriellen Vermögenswerte. Die tatsächlichen Werte können von den geschätzten Werten abweichen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in Bezug auf COVID-19

Zahlungsmoratorien

In vielen Märkten der RBI wurden unterschiedliche Moratorien eingeführt, die sich im Wesentlichen als Zahlungsmoratorien zusammenfassen lassen. Dem Kreditnehmer wird in Bezug auf seine Verpflichtungen zur Tilgung des Kredits sowie der Zahlung der Zinsen und Gebühren ein zeitlich befristeter Zahlungsaufschub gewährt. Abhängig von der jeweiligen lokalen Gesetzgebung kommt es zu unterschiedlichen Ausgestaltungen dieser Zahlungsmoratorien. In einzelnen Ländern liegt die Nutzung des Zahlungsmoratoriums im Ermessen des Kreditnehmers, in anderen Ländern ist das Zahlungsmoratorium automatisch für den Kreditnehmer nutzbar. Neben der Befristung des Zahlungsaufschubs (zwischen drei und neun Monaten) ist auch die Kapitalisierung der Zinsen (Zinseszins) während der zahlungsfreien Perioden in den einzelnen Ländern unterschiedlich geregelt.

Aufgrund der geänderten Zahlungspläne kann es gemäß IFRS 9 zu einem Barwertverlust des einzelnen Kreditvertrags kommen, der in der Regel mit einer einmaligen Anpassung des Bruttobuchwerts als unwesentliche Modifikation dieses Vertrags in der Erfolgsrechnung der RBI erfasst wird. In der Berichtsperiode wurden diesbezüglich minus € 26 Millionen, davon minus € 17 Millionen von Zahlungsmoratorien, berücksichtigt. Dieser Modifikationsgewinn oder -verlust entspricht der Differenz zwischen dem Bruttobuchwert vor der Modifikation und dem Barwert der Cash-Flows des modifizierten Vermögenswerts, abgezinst mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz. In der Erfolgsrechnung wird der Modifikationsgewinn oder -verlust im Posten (9) Übriges Ergebnis in der Zeile Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen ausgewiesen.

Zahlungsmoratorien werden in Bezug auf die Beurteilung einer signifikanten Erhöhung des Ausfallrisikos (SICR) nicht automatisch als SICR-Auslöser betrachtet. Die RBI wendet hingegen ihre festgelegten Beurteilungskriterien weiterhin an, die aus qualitativen Informationen und quantitativen Schwellenwerten bestehen. Weitere Details zur Schätzung erwarteter Kreditverluste (ECL) angesichts der COVID-19-Pandemie sind im Kapitel Erläuterungen zu Finanzinstrumenten und im Risikobericht beschrieben.

Land	Moratorium	Art	Beschreibung
Albanien	ausgelaufen mit Ende August 2020	–	–
Belarus	kein Moratorium	–	–
Bosnien und Herzegowina	6 Monate	Opt-in	Kapital, Zinsen
Bulgarien	6 Monate oder bis Jahresende 2020	Opt-in	Kapital, Zinsen
Kosovo	bis Ende August 2021 (noch nicht entschieden)	Opt-out	Kapital, Zinsen
Kroatien	3 bis 6 Monate; bis zu 12 Monate für Tourismus	Opt-in	Kapital, Zinsen
Österreich	Ende Jänner 2021	Opt-in	Kapital, Zinsen
Rumänien	bis Jahresende 2020	Opt-in	Kapital, Zinsen
Russland	6 Monate für betroffene Branchen	Opt-in	Kapital, Zinsen
Serbien	ausgelaufen mit Ende September 2020	Opt-out	Kapital, Zinsen
Slowakei	bis 9 Monate	Opt-in	Kapital, Zinsen
Tschechien	3 oder 6 Monate	Opt-in	Kapital, Zinsen
Ukraine	kein Moratorium	–	–
Ungarn	bis Jahresende 2020/bis Mitte 2021	Opt-out/Opt-in	Kapital, Zinsen, Gebühren

Direktstaatliche Programme

Um dem durch die COVID-19-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Abschwung gegenzusteuern, wurden in vielen Ländern verschiedene Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft zum Erhalt der Arbeitsplätze vorbereitet und teilweise bereits verabschiedet. Diese Maßnahmen umfassen einerseits direkte finanzielle Unterstützungen in verschiedensten Ausprägungen für Einzelpersonen, Haushalte und Unternehmen und andererseits durch Kreditinstitute gewährte Überbrückungsfinanzierungen in Verbindung mit staatlichen Haftungsübernahmen, um sicherzustellen, dass Unternehmen während der COVID-19-Pandemie über ausreichend Liquidität verfügen. Diese Maßnahmen sind auch in einigen Ländern, in der die RBI tätig ist, in Vorbereitung.

Grundsätzlich hängt die Bilanzierung einer Finanzgarantie aus der Sicht der RBI davon ab, ob die Finanzgarantie einen integralen Vertragsbestandteil des finanziellen Vermögenswerts darstellt oder nicht. Garantien, die zum Beginn des garantierten finanziellen Vermögenswerts abgeschlossen werden, betrachtet die RBI als integralen Vertragsbestandteil des finanziellen Vermögenswerts. Die im Rahmen direktstaatlicher Programme erhaltenen Finanzgarantien beziehen sich in der Regel auf neue Überbrückungsfinanzierungen und werden daher als integraler Bestandteil berücksichtigt.

In der RBI gab es in diesem Zusammenhang keine Sachverhalte im Sinne des IAS 20, da alle gewährten staatlichen Zuwendungen direkt dem Kunden zugutekamen.

Neben den oben erwähnten Unterstützungsmaßnahmen nahm die RBI auch bei TLTRO II- und III-Programmen (Targeted Longer-Term Refinancing Operations) der Europäischen Zentralbank teil, um zusätzliche Liquiditätspuffer aufzubauen.

Werthaltigkeitstest des Firmenwerts

Alle Firmenwerte werden jährlich auf Basis zahlungsmittelgenerierender Einheiten auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen überprüft. Sollte es während des laufenden Geschäftsjahres Anhaltspunkte geben, dass eine Wertminderung vorliegen könnte, wird ein Werthaltigkeitstest zum jeweiligen Bilanzstichtag durchgeführt. Die COVID-19-Pandemie führte im ersten Quartal 2020 zu einer negativen signifikanten Veränderung des wirtschaftlichen Umfelds, in denen die Tochterunternehmen tätig sind. Dieser Anhaltspunkt löste zum 31. März 2020 einen Wertminderungstest für Firmenwerte, die im Rahmen der Erstkonsolidierung entstanden sind, aus. Der durch die Pandemie verursachte revidierte Mittelfristplan der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft führte zu einer teilweisen Reduktion des Firmenwerts in Höhe von € 27 Millionen. Siehe auch Punkt (9) Übriges Ergebnis und Punkt (21) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte im Anhang.

Anwendung von neuen und geänderten Standards

Änderung am Rahmenkonzept des IFRS (Inkrafttreten 1. Jänner 2020)

Im neuen Rahmenkonzept sind überarbeitete Definitionen von Vermögenswerten und Schulden und neue Leitlinien zu Bewertung und Ausbuchung, Ausweis und Angaben enthalten. Das neue Rahmenkonzept stellt keine grundlegende Überarbeitung des Dokuments dar, wie ursprünglich beabsichtigt, als das Projekt 2004 aufgenommen wurde. Vielmehr hat sich das IASB auf jene Themengebiete beschränkt, die bis dato ungeregelt waren oder die erkennbare Defizite aufwiesen, die es abzustellen galt. Das überarbeitete Rahmenkonzept ist nicht Gegenstand des Endorsement-Verfahrens.

Änderung an IFRS 3 (Definition von einem Geschäftsbetrieb; Inkrafttreten 1. Jänner 2020)

Die eng umrissenen Änderungen an IFRS 3 zielen darauf ab, die Sachverhalte zu lösen, die aufkommen, wenn ein Unternehmen bestimmt, ob es einen Geschäftsbetrieb oder eine Gruppe von Vermögenswerten erworben hat. Die Sachverhalte resultieren daraus, dass die Bilanzierungsvorschriften für Geschäfts- oder Firmenwerte, Erwerbskosten und latente Steuern beim Erwerb eines Geschäftsbetriebs anders sind als beim Erwerb einer Gruppe von Vermögenswerten. Aus der Anwendung gab es keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderung an IAS 1 und IAS 8 (Definition von Wesentlichkeit; Inkrafttreten 1. Jänner 2020)

Der International Accounting Standards Board (IASB) hat eine geänderte Definition von Wesentlichkeit (Änderungen an IAS 1 und IAS 8) herausgegeben, um die verschiedenen Definitionen im Rahmenkonzept und in den Standards zu vereinheitlichen. Aus der Anwendung gab es keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderungen an IFRS 9, IAS 39 und IFRS 7 (Interest Rate Benchmark Reform; Inkrafttreten 1. Jänner 2020)

Die Änderungen betreffen insbesondere bestimmte Erleichterungen bezüglich der Hedge-Accounting-Vorschriften und sind verpflichtend für alle Sicherungsbeziehungen anzuwenden, die von der Reform des Referenzzinssatzes betroffen sind. Zusätzlich sind weitere Angaben darüber vorgesehen, inwieweit die Sicherungsbeziehungen der Unternehmen von den Änderungen betroffen sind. Die Änderungen sind für Berichtsperioden ab dem 1. Jänner 2020 anzuwenden.

Änderung IFRS 16 (Auf die Coronavirus-Pandemie bezogene Mietkonzessionen; Inkrafttreten 1. Juni 2020)

Die Änderungen gewähren Leasingnehmern eine Befreiung von der Beurteilung, ob aufgrund der Coronavirus-Pandemie eingeräumte Mietkonzessionen (z.B. mietfreie Zeiten oder vorübergehende Mietsenkungen) eine Leasingmodifikation darstellen. Bei Inanspruchnahme der Befreiung sind die Mietkonzessionen so zu bilanzieren, als würde es sich um keine Modifikation des Leasingvertrags handeln. Die Änderungen gelten für Mietkonzessionen, die die am oder vor dem 30. Juni 2021 fälligen Mietzahlungen reduzieren. Diese Änderung ist noch Gegenstand des Endorsement-Verfahrens. Die Übernahme in europäisches Recht erfolgte am 9. Oktober 2020. Diese Erleichterungen werden in der RBI nicht angewendet.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen

Änderung IAS 1 (Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig; Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Die Änderungen an IAS 1 sollen die Kriterien zur Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig klarstellen. Zukünftig sollen ausschließlich Rechte, die am Ende der Berichtsperiode bestehen, maßgeblich für die Klassifizierung einer Schuld sein. Darüber hinaus wurden ergänzende Leitlinien für die Auslegung des Kriteriums Recht, die Erfüllung der Schuld um mindestens zwölf Monate zu verschieben sowie Erläuterungen zum Merkmal Erfüllung aufgenommen.

Änderung IAS 16 (Sachanlagen – Einnahmen vor der beabsichtigten Nutzung; Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Durch die Änderungen wird es unzulässig, von den Kosten einer Sachanlage die Erträge abzuziehen, die aus der Veräußerung von Gütern entstehen, die produziert werden, während eine Sachanlage an den vom Management beabsichtigten Standort sowie in den beabsichtigten betriebsbereiten Zustand gebracht wird. Stattdessen erfasst ein Unternehmen die Erträge aus derartigen Veräußerungen und die Kosten für die Produktion dieser Güter im Betriebsergebnis. Kosten für Testläufe, mit denen überprüft wird, ob die Sachanlage ordnungsgemäß funktioniert, stellen weiterhin ein Beispiel für direkt zurechenbare Kosten dar.

Änderung IAS 37 (Belastende Verträge – Kosten für die Erfüllung eines Vertrages; Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Mit den Änderungen wird festgelegt, dass die Kosten der Vertragserfüllung sich aus den Kosten, die sich direkt auf den Vertrag beziehen, zusammensetzen. Dabei kann es sich entweder um zusätzliche Kosten für die Erfüllung dieses Vertrags handeln (z.B. direkte Arbeitskosten, Materialien) oder um eine Zuweisung anderer Kosten, die sich direkt auf die Erfüllung von Verträgen beziehen (z.B. die Zuweisung der Abschreibungen für einen Posten des Sachanlagevermögens, der bei der Erfüllung des Vertrags verwendet wird).

Änderung an IFRS 3 (Verweis auf das Rahmenkonzept; Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Die Änderungen aktualisieren IFRS 3 dahingehend, dass sich der Standard nunmehr auf das Rahmenkonzept 2018 und nicht mehr auf das Rahmenkonzept 1989 bezieht. Daneben wurden zwei Ergänzungen aufgenommen. Ein Erwerber hat bei der Identifizierung von Schulden, die er bei einem Unternehmenszusammenschluss übernommen hat, auf Geschäftsvorfälle und ähnliche Ereignisse im Anwendungsbereich von IAS 37 oder IFRIC 21 eben diese Vorschriften (anstelle des Rahmenkonzepts) anzuwenden. Außerdem Aufnahme der ausdrücklichen Aussage, dass bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbene Eventualforderungen nicht anzusetzen sind.

IFRS 17 (Versicherungsverträge; Inkrafttreten 1. Jänner 2023)

IFRS 17 regelt innerhalb seines Anwendungsbereichs die Grundsätze in Bezug auf den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angaben für Versicherungsverträge. Die Zielsetzung von IFRS 17 besteht aus der Bereitstellung relevanter Informationen durch die bilanzierenden Unternehmen und damit einer glaubwürdigen Darstellung der Versicherungsverträge. Diese Informationen dienen den Abschlussadressaten als Grundlage für die Beurteilung der Auswirkungen von Versicherungsverträgen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Zahlungsströme eines Unternehmens. IFRS 17 wurde im Mai 2017 veröffentlicht und ist erstmals auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2023 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Die Auswirkungen auf den Konzern werden noch analysiert und betreffen ausschließlich die UNIQA Insurance Group AG, Wien, die at-equity bewertet in den RBI Konzernabschluss einbezogen wird. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 4 (Versicherungsverträge; Inkrafttreten 1. Jänner 2023)

Die ebenfalls am 25. Juni 2020 veröffentlichten Änderungen sehen eine Verlängerung des Zeitraums für die vorübergehende Befreiung bestimmter Versicherungsunternehmen von der Anwendung des IFRS 9 (temporary exemption from IFRS 9) vor, sodass für die betroffenen Versicherungsunternehmen die Anwendung von IAS 39 für Geschäftsjahre, die vor dem 1. Jänner 2023 beginnen, zulässig bleibt.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2018-2020 (Inkrafttreten 1. Jänner 2022)

Verbesserungen an IFRS 1, IFRS 9, IFRS 16 und IAS 41.

Währungen

Kurse in Währung pro €	2020		2019	
	Stichtag 30.9.	Durchschnitt 1.1.-30.9.	Stichtag 31.12.	Durchschnitt 1.1.-30.9.
Albanischer Lek (ALL)	124,040	123,996	121,710	123,298
Belarus Rubel (BYN)	3,063	2,717	2,368	2,363
Bosnische Marka (BAM)	1,956	1,956	1,956	1,956
Bulgarische Lewa (BGN)	1,956	1,956	1,956	1,956
Kroatische Kuna (HRK)	7,557	7,528	7,440	7,412
Polnischer Zloty (PLN)	4,546	4,422	4,257	4,306
Rumänischer Leu (RON)	4,873	4,828	4,783	4,734
Russischer Rubel (RUB)	91,776	80,558	69,956	73,446
Serbischer Dinar (RSD)	117,680	117,540	117,430	117,865
Tschechische Krone (CZK)	27,233	26,369	25,408	25,720
Ukrainische Hryvna (UAH)	33,118	29,942	26,592	29,598
Ungarischer Forint (HUF)	365,530	348,822	330,530	323,695
US-Dollar (USD)	1,171	1,129	1,123	1,124

Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	30.9.2020	31.12.2019
Stand Beginn der Periode	209	226
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	5	4
In der Berichtsperiode verschmolzen	-1	-4
In der Berichtsperiode ausgeschieden	-3	-17
Stand Ende der Periode	210	209

Erstmals einbezogen wurden eine Beteiligungsholding, ein Unternehmen aus dem Zahlungsverkehrsgeschäft, ein Unternehmen aus dem IT-Dienstleistungssektor sowie zwei Vermögensverwaltungsgesellschaften. In der Berichtsperiode schieden zwei Unternehmen aus dem Leasing- und Versicherungsmaklerbereich aufgrund untergeordneter Bedeutung aus dem Konsolidierungskreis aus. Ein Leasingunternehmen wurde verkauft, ein Leasingunternehmen wurde mit einem anderen verschmolzen.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

(1) Zinsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Zinserträge nach Effektivzinsmethode	2.992	3.280
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	57	110
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	2.935	3.171
Zinserträge übrige	470	484
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	248	306
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	21	10
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	14	25
Derivate - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	115	93
Sonstige Aktiva	6	13
Zinserträge aus finanziellen Verbindlichkeiten	67	37
Zinsaufwendungen	-986	-1.234
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-635	-748
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-189	-344
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-39	-46
Derivate - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	-87	-48
Sonstige Passiva	-5	-4
Zinsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten	-31	-44
Gesamt	2.476	2.531

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von € 340 Millionen (Vorjahresperiode: € 450 Millionen) von marktbewerteten finanziellen Vermögenswerten und Zinsaufwendungen in Höhe von € 228 Millionen (Vorjahresperiode: € 390 Millionen) von marktbewerteten finanziellen Verbindlichkeiten enthalten.

Der Zinsüberschuss reduzierte sich – auch währungsbedingt – um € 55 Millionen auf € 2.476 Millionen. Den größten Rückgang mit € 43 Millionen verzeichnete Tschechien aufgrund niedrigerer Zinserträge aus Repo-Geschäften und Kundenkrediten resultierend aus Leitzinssatzanpassungen. In Belarus sorgten niedrigere Marktzinssätze sowie höhere Refinanzierungskosten in lokaler Währung für einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 12 Millionen. In Kroatien sank der Zinsüberschuss um € 4 Millionen, hervorgerufen durch niedrigere Zinssätze insbesondere bei Firmenkunden. Albanien verzeichnete aufgrund niedrigerer Volumina und Zinssätze einen Rückgang um € 3 Millionen. In Bosnien und Herzegowina reduzierte sich der Zinsüberschuss ebenfalls um € 3 Millionen, bedingt durch niedrigere Zinserträge aus Kundenkrediten. In der Konzernzentrale erhöhte sich der Zinsüberschuss vorwiegend aufgrund niedrigerer Refinanzierungskosten um € 15 Millionen.

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Zinsüberschuss	2.476	2.531
Durchschnittliche zinstragende Aktiva	149.594	138.909
Nettozinsspanne in Prozent	2,21%	2,43%

Die Nettozinsspanne sank um 22 Basispunkte aufgrund gesunkener Zinssätze in mehreren Märkten, die sich vor allem in niedrigeren aktivseitigen Margen niederschlugen, sowie eines höheren Bestands an kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten.

(2) Dividendenerträge

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	1
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	11	12
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	8	13
Gesamt	19	26

Die Dividendenerträge reduzierten sich um € 7 Millionen auf € 19 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete dabei der Posten Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, der Dividendenerträge aus nicht vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nicht at-equity bewerteten assoziierten Unternehmen enthält. Dabei waren vor allem niedrigere Erträge aus Bulgarien sowie der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft verantwortlich für diese Reduktion. In Tschechien gab es für Beteiligungen - Fair-Value Through Other Comprehensive Income in der Berichtsperiode keine Dividendenzahlungen, während im Vorjahr Ausschüttungen erfolgt waren.

(3) Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	44	51

Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus der Raiffeisen Informatik GmbH & Co KG, deren laufendes Ergebnis (plus € 9 Millionen, Rückgang: € 11 Millionen) im Zusammenhang mit der Wertentwicklung einer börsennotierten Beteiligung (SoftwareOne) im Vorjahr beeinflusst war.

(4) Provisionsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Zahlungsverkehr	506	543
Kredit- und Garantiegeschäft	149	155
Wertpapiere	46	47
Vermögensverwaltung	176	163
Depot- und Treuhandgeschäft	55	36
Vermittlungsprovisionen	30	37
Fremdwährungsgeschäft	266	276
Sonstige	44	50
Gesamt	1.272	1.307

Der Provisionsüberschuss sank im Periodenvergleich – auch währungsbedingt – um € 35 Millionen auf € 1.272 Millionen. Dabei reduzierte sich das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr um € 37 Millionen auf € 506 Millionen größtenteils aufgrund der verhängten COVID-19-Maßnahmen sowie damit einhergehender geringerer Kundenaktivität in nahezu allen Ländern, am stärksten jedoch in Russland, Kroatien, Rumänien und Ungarn. Darüber hinaus führte die Änderung gesetzlicher Bestimmungen zu einem Ertragsrückgang in Tschechien, während Bulgarien eine margenbedingte Abnahme verzeichnete. Das Ergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft fiel ebenso volumenbedingt um € 10 Millionen auf € 266 Millionen, vorrangig in Rumänien und Russland. Dagegen stieg das Ergebnis aus dem Depot- und Treuhandgeschäft um € 18 Millionen auf € 55 Millionen durch höhere Volumina und Erträge in Russland sowie in der Konzernzentrale.

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Provisionserträge	1.855	1.927
Zahlungsverkehr	834	919
Clearing und Abwicklung	207	202
Kreditkarten	78	84
Debitkarten und sonstige Bankkarten	179	198
Übrige Zahlungsdienste	370	437
Kredit- und Garantiegeschäft	169	177
Wertpapiere	91	81
Vermögensverwaltung	274	247
Depot- und Treuhandgeschäft	67	48
Vermittlungsprovisionen	52	59
Fremdwährungsgeschäft	288	305
Sonstige	81	89
Provisionsaufwendungen	-583	-619
Zahlungsverkehr	-328	-376
Clearing und Abwicklung	-95	-91
Kreditkarten	-48	-51
Debitkarten und sonstige Bankkarten	-82	-86
Übrige Zahlungsdienste	-104	-149
Kredit- und Garantiegeschäft	-20	-23
Wertpapiere	-45	-34
Vermögensverwaltung	-97	-84
Depot- und Treuhandgeschäft	-12	-12
Vermittlungsprovisionen	-22	-22
Fremdwährungsgeschäft	-22	-29
Sonstige	-37	-39
Gesamt	1.272	1.307

(5) Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading	258	-459
Derivate	382	-469
Eigenkapitalinstrumente	-126	0
Schuldverschreibungen	35	35
Kredite und Forderungen	4	8
Short-Positionen	-4	-9
Einlagen	-34	-32
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	3
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	5
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	15
Eigenkapitalinstrumente	0	0
Schuldverschreibungen	-3	12
Kredite und Forderungen	3	3
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	36
Schuldverschreibungen	-4	49
Einlagen	-1	-2
Verbriefte Verbindlichkeiten	5	-11
Währungsumrechnung (netto)	-163	321
Gesamt	95	-87

Das Handelsergebnis verbesserte sich im Vergleich zur Vorjahresperiode um € 183 Millionen. Ursache dafür waren insbesondere positive Bewertungseffekte im Posten Derivate, welche sowohl zins- als auch währungsgetrieben waren. In der Vorjahresperiode schlugen sich Bewertungsverluste in Höhe von € 58 Millionen aus dem Zinsänderungsrisiko emittierter Zertifikate direkt im Ergebnis aus Derivaten nieder, im zweiten Halbjahr 2019 wurden in diesem Zusammenhang ökonomische Sicherungsbeziehungen zum Zinsänderungsrisiko eingegangen, wodurch entsprechende Bewertungsverluste in der Berichtsperiode weitestgehend neutralisiert wurden. Eine weitere positive Veränderung ergab sich aus der Bewertung eines Bausparkassenportfolios, da dieses in der Vergleichsperiode einen Verlust von € 59 Millionen erzeugte, im zweiten Quartal 2019 aber in ein Hedge-Accounting-Verhältnis gemäß IAS 39 eingebettet wurde, wodurch ab diesem Zeitpunkt Bewertungsänderungen weitgehend neutralisiert wurden. Darüber hinaus konnte in der Konzernzentrale eine positive Veränderung von € 49 Millionen erzielt werden, im Wesentlichen aus der Bewertung von Fremdwährungs- und Kreditderivaten.

Insgesamt wurden in der Berichtsperiode im Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading Gewinne von € 382 Millionen aus Derivaten verzeichnet (Vorjahresperiode: Verluste in Höhe von € 469 Millionen). Derivate werden vor allem dazu genutzt, Zins- und Währungsrisiken abzusichern. Zum Teil stehen diesen Ergebnissen gegenläufige Verluste aus der Währungsumrechnung (netto) von € 163 Millionen (Vorjahresperiode: Gewinn von € 321 Millionen) gegenüber, die überwiegend auf die Wechselkursentwicklung des russischen Rubels zurückzuführen waren.

Negative Veränderungen in Höhe von € 126 Millionen waren bei in Handelsabsicht gehaltenen Eigenkapitalinstrumenten zu verzeichnen. Dieser Effekt ergab sich im Wesentlichen aus Marktverwerfungen im Zuge der Ausbreitung von COVID-19. Die Eigenkapitalinstrumente sind überwiegend in Absicherungsbeziehungen eingebettet, wodurch dem Verlust ein gegenläufiges Ergebnis im Posten Derivate gegenübersteht.

Die in Handelsabsicht gehaltenen Einlagen waren im Wesentlichen durch Verluste aus Kassageschäften in Russland geprägt. Diese Verluste entstanden in Verbindung mit der Absicherung von Fremdwährungsgeschäften mit Kunden, entsprechende Provisionserträge sind im Provisionsüberschuss dargestellt. Gegenläufige Bewertungen oder realisierte Ergebnisse der in diesem Zusammenhang verwendeten, zu ökonomischen Absicherungszwecken gehaltenen Währungsderivate sind im Posten Derivate dargestellt.

Der Rückgang bei den Schuldverschreibungen – Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss um € 15 Millionen resultierte im Wesentlichen aus Bewertungsänderungen aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie geprägten Entwicklung des Zinsniveaus und der Fremdwährungskurse in der Berichtsperiode.

Die Veränderungen bei den Schuldverschreibungen – Designated Fair Value Through Profit/Loss um minus € 53 Millionen ergaben sich vor allem aus zinsbedingten Bewertungsveränderungen in der Konzernzentrale. Diesen Veränderungen stehen gegenläufige Bewertungen der zu ökonomischen Absicherungszwecken gehaltenen Derivate im Posten Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten – Held for Trading gegenüber.

(6) Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten	-99	58
Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften im Hedge Accounting	106	-65
Erfolgswirksamer, ineffektiver Teil aus Cash-Flow Hedge	1	0
Gesamt	7	-7

Das Ergebnis aus Hedge Accounting belief sich in der Berichtsperiode auf € 7 Millionen (Vorjahresperiode: minus € 7 Millionen). Trotz des dynamischen Zinsumfelds ist nach wie vor eine hohe Hedge-Effizienz gegeben.

Die Entwicklung bei den Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten von minus € 99 Millionen nach € 58 Millionen in der Vergleichsperiode sowie bei den Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften von € 106 Millionen nach minus € 65 Millionen in der Vergleichsperiode ist hauptsächlich auf die Konzernzentrale, auf die Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. und auf Tschechien zurückzuführen.

Bei der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. wurde das Portfolio-Hedge-Accounting im zweiten Quartal 2019 eingeführt. Bei den Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten wurden 2020 drei Quartale mit minus € 69 Millionen berücksichtigt und 2019 mit minus € 92 Millionen nur zwei Quartale. Die negativen Bewertungseffekte der Absicherungsinstrumente wurden im ersten Quartal 2019 im Handelsergebnis der Raiffeisen Bausparkasse m.b.H. erfasst, da Anfang des Jahres noch ökonomisch und nicht im Rahmen eines Hedge Accounting gemäß IAS 39 abgesichert wurde. Die weitere Abwertung der Hedging-Instrumente im Jahr 2020 ist auf die negative Entwicklung der langfristigen Zinssätze zurückzuführen und wird durch die Aufwertung der abgesicherten Kredite gespiegelt.

In Tschechien ergab sich aufgrund von COVID-19 eine Reduktion der Leitzinssätze, die 2019 unter Hochkonjunktur noch gestiegen waren. Die Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten betrugen daher im Berichtsjahr minus € 35 Millionen (Vergleichsperiode: € 21 Millionen), die Wertanpassungen der abgesicherten Positionen betrugen hingegen € 34 Millionen (Vergleichsperiode: minus € 21 Millionen).

(7) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019 ¹
Ergebnis aus der Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten - Not Measured At Fair Value Through Profit/Loss	-2	17
Ergebnis aus der Ausbuchung von zur Veräußerung gehaltenen nichtfinanziellen Vermögenswerten	1	2
Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten	20	21
Ergebnis aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	12	12
Ergebnis aus Versicherungsverträgen	-3	-6
Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)	38	48
Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen	14	-28
Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern	-43	-51
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	13	-2
Gesamt	50	13

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Das sonstige betriebliche Ergebnis stieg im Periodenvergleich um € 37 Millionen, vorwiegend in Rumänien (Anstieg: € 20 Millionen) aufgrund von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für Rechtsfälle im Zusammenhang mit staatlicher Bausparförderung sowie aus der Auflösung einer Rückstellung für einen Rechtsfall in der Slowakei (€ 18 Millionen). Weitere Anstiege entstanden durch gesunkene nicht ertragsabhängige Steuern, vor allem in der Konzernzentrale und in Ungarn mit jeweils € 3 Millionen. Dem standen Rückgänge beim Ergebnis aus der Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten – vorwiegend in der Konzernzentrale aus dem Verkauf von Schuldverschreibungen in der Vergleichsperiode um € 10 Millionen und in Russland um € 8 Millionen – sowie eine im Vorjahr aufgelöste sonstige Rückstellung in Tschechien um € 5 Millionen gegenüber.

(8) Verwaltungsaufwendungen

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Personalaufwand	-1.175	-1.181
Sachaufwand	-702	-784
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-287	-280
Gesamt	-2.164	-2.245

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um € 81 Millionen auf € 2.164 Millionen. Aus der Währungsentwicklung resultierte im Berichtszeitraum eine Reduktion der Verwaltungsaufwendungen um € 58 Millionen, vorwiegend bedingt durch die Abwertung des Belarus Rubels um 15 Prozent, des russischen Rubels um 10 Prozent sowie des ungarischen Forints um 8 Prozent (auf Basis Periodendurchschnitt).

Personalaufwand

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Löhne und Gehälter	-900	-906
Soziale Abgaben	-205	-205
Freiwilliger Sozialaufwand	-30	-31
Sonstiger Personalaufwand	-39	-39
Gesamt	-1.175	-1.181

Der Personalaufwand sank um 1 Prozent oder € 6 Millionen auf € 1.175 Millionen, die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter ging im Jahresabstand geringfügig um 610 Vollzeitäquivalente auf 46.612 Mitarbeiter zurück.

Sachaufwand

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019 ¹
Raumaufwand	-73	-80
IT-Aufwand	-225	-236
Rechts- und Beratungsaufwand	-74	-78
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-71	-95
Kommunikationsaufwand	-48	-42
Büroaufwand	-16	-20
Kfz-Aufwand	-7	-9
Beiträge zur Einlagensicherung	-71	-88
Sicherheitsaufwand	-31	-36
Reiseaufwand	-4	-12
Ausbildungsaufwand	-9	-15
Sonstiger Sachaufwand	-73	-75
Gesamt	-702	-784

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Der Sachaufwand sank um € 82 Millionen auf € 702 Millionen. Haupttreiber für die Reduktion waren gesunkene IT-Aufwendungen in der Konzernzentrale (Rückgang: € 14 Millionen) sowie niedrigere Beiträge zur Einlagensicherung in Russland (Rückgang: € 10 Millionen) und in Rumänien (Rückgang: € 6 Millionen). Der Werbeaufwand sank in der Konzernzentrale um € 7 Millionen und in der Slowakei um € 4 Millionen vorwiegend bedingt durch die COVID-19-Pandemie. Weitere Rückgänge ergaben sich beim Raumaufwand um € 7 Millionen, beim Sicherheitsaufwand um € 5 Millionen und beim Reiseaufwand um € 8 Millionen.

Die Beiträge zur Einlagensicherung fielen um € 17 Millionen, wobei die Reduktion in Russland als temporäre Maßnahme zur Unterstützung der Kreditinstitute in der Pandemiezeit einzustufen ist. In Österreich erwartet die RBI durch die Entschädigung von Einlegern der Commercialbank Mattersburg im Burgenland AG sowie der Anglo Austrian AAB AG aus dem Einlagensicherungsfonds (Einlagensicherung AUSTRIA Ges.m.b.H.) und die dadurch ausgelöste Verringerung der Fondsmittel jährlich um rund € 4 Millionen höhere Beitragszahlungen, um die gesetzliche Zielausstattung des Einlagensicherungsfonds sicherzustellen.

Im Sachaufwand sind sowohl für kurzfristige Leasingverhältnisse € 9 Millionen als auch für Leasingverhältnisse geringwertiger Vermögenswerte gemäß IFRS 16 € 3 Millionen enthalten.

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Sachanlagen	-170	-165
davon Nutzungsrechte	-62	-61
Immaterielle Vermögenswerte	-117	-114
Gesamt	-287	-280

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen um 3 Prozent oder € 7 Millionen. Die größten Anstiege verzeichneten dabei die Konzernzentrale mit € 5 Millionen und Tschechien mit € 3 Millionen, vorwiegend aufgrund von Software-Aktivierungen.

(9) Übriges Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019 ¹
Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen	-26	-1
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	-26	-1
Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	-111	-22
Wertminderungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten	-29	-9
Firmenwerte	-27	0
Andere	-3	-9
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufsgruppen sowie Endkonsolidierungen	0	5
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufsgruppen	1	2
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	-1	3
Nicht der Geschäftstätigkeit zuordenbarer Steueraufwand	0	-23
Kreditbezogene Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis	-44	-18
Gesamt	-211	-68

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung. Weitere Informationen finden sich im Anhang unter Anpassung der Erfolgsrechnung.

Die Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 26 Millionen, davon resultierten € 17 Millionen aus COVID-19-Maßnahmen (Zahlungsmoratorien und Restrukturierungsmaßnahmen), vor allem in der Ukraine, in Ungarn, Rumänien und Tschechien.

Die Wertminderungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen stiegen um € 89 Millionen auf € 111 Millionen. Der Anstieg in Höhe von € 87 Millionen betraf dabei Wertminderungen auf Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen, hier vor allem auf Anteile an der UNIQA Insurance Group AG aufgrund eines niedrigeren Nutzwerts, LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG und der Prva stavebna sporitelna a.s., im Wesentlichen aufgrund der durch die Pandemie verursachten schlechteren wirtschaftlichen Aussichten.

Die Wertminderungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten erhöhten sich um € 20 Millionen auf € 29 Millionen. In der Berichtsperiode wurde eine Wertminderung auf den Firmenwert der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft in Höhe von € 27 Millionen vorgenommen. Die Wertminderung stand im Zusammenhang mit den durch die COVID-19-Pandemie verursachten schlechteren wirtschaftlichen Aussichten, die bilanzseitig das volumenmäßig erwartete Wachstum der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft der zukünftigen Jahre und damit die Gewinnerwartungen durch den damit verbundenen Rückgang des erzielbaren Provisionsertrags verringerte. Mit den reduzierten Wachstums- und Gewinnaussichten der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft ging eine Reduktion des zukünftig erwarteten Return on Equity einher.

In der Vorjahresperiode wurde für Grunderwerbsteuern in Deutschland eine Rückstellung in Höhe von € 23 Millionen dotiert, die aus Änderungen der Eigentümerstrukturen in Vorjahren entstand. Sie standen im Zusammenhang mit der Fusion von Raiffeisen Zentralbank und Raiffeisen Bank International im Jahr 2017 sowie Anteilskäufen an der Raiffeisen Leasing-Gruppe in den Jahren 2012 und 2013.

In der Berichtsperiode beliefen sich die Dotierungen zu kreditbezogenen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten auf Portfoliobasis auf € 44 Millionen. In Polen und Kroatien wurden diese mit € 30 Millionen (Anstieg: € 28 Millionen) bzw. € 10 Millionen (Anstieg: € 3 Millionen) für anhängige Klagen in Zusammenhang mit Hypothekarkrediten an Konsumenten, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, ausgewiesen. Der Anstieg in Polen ist auf eine Verschlechterung des Wechselkurses zwischen Schweizer Franken und polnischem Zloty, auf einen Rückgang des zur Berechnung der Rückstellung verwendeten Diskontsatzes und Änderungen der statistischen Annahmen des Modells zurückzuführen. In Rumänien fiel die Dotierung der kreditbezogenen Rückstellungen im Zusammenhang mit einem Verfahren mit der Konsumentenschutzbehörde hinsichtlich der angeblichen missbräuchlichen Verwendung von Kreditklauseln mit € 3 Millionen um € 6 Millionen im Periodenvergleich geringer aus.

(10) Abgaben und Sonderbelastungen aus staatlichen Maßnahmen

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Bankenabgaben	-97	-88
Bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen	0	-3
Bankenabwicklungsfonds	-76	-50
Gesamt	-173	-141

Der Aufwand für die Bankenabgaben wurde im ersten Quartal zum Großteil bereits für das Gesamtjahr gebucht. Davon betroffen waren die Konzernzentrale mit einer Einmalzahlung in Höhe von € 41 Millionen und Ungarn mit € 13 Millionen. Von laufenden Zahlungen waren die Slowakei mit € 26 Millionen (Vorjahresperiode: € 18 Millionen) sowie Österreich und Polen betroffen. Der Anstieg in der Slowakei resultierte aus einer Verdoppelung der Bankenabgabe (Anstieg von 0,2 Prozent auf 0,4 Prozent der Bemessungsgrundlage). Ende Juni wurde die Bankenabgabe in der Slowakei für das zweite Halbjahr 2020 abgeschafft.

Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds, die zum Großteil zu Jahresbeginn erfasst wurden, stiegen um € 26 Millionen auf € 76 Millionen. Der Anstieg ergab sich durch höhere Beiträge vor allem in der Konzernzentrale, in Bulgarien, Rumänien, Tschechien und Kroatien.

(11) Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Forderungen	-484	-81
Schuldverschreibungen	-7	-4
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	-6	5
Gesamt	-497	-80

Die Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen beliefen sich in der Berichtsperiode auf € 490 Millionen (Anstieg: € 406 Millionen). Davon entfielen auf Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen € 235 Millionen und an Haushalte € 212 Millionen. Gegenüber der Vorjahresperiode erhöhten sich die Wertminderungen auf erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen um € 11 Millionen auf € 6 Millionen.

In der Berichtsperiode ergaben sich aufgrund von COVID-19 Wertminderungen in Höhe von € 201 Millionen, wobei auf Nicht-Finanzunternehmen € 175 Millionen und auf Haushalte € 26 Millionen entfielen. Der erhöhte Vorsorgebedarf ging in erster Linie auf Post-Model-Adjustments (€ 136 Millionen) und Anpassungen der zukunftsorientierten Informationen (€ 65 Millionen) zurück.

In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen in Höhe von netto € 268 Millionen dotiert (Anstieg: € 257 Millionen). Am stärksten davon betroffenen waren die Tourismus-, Automobil-, Flugreisen-, Öl- und Gas-, Immobilien- und Konsumgüterindustrie. Daraus resultierten höhere Wertminderungen bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen (€ 139 Millionen), vor allem in Österreich (€ 47 Millionen), der Slowakei (€ 15 Millionen), Russland (€ 13 Millionen), Tschechien (€ 12 Millionen) und Ungarn (€ 10 Millionen) sowie bei Krediten an Haushalte (€ 94 Millionen), vorwiegend in Rumänien (€ 21 Millionen), Polen (€ 14 Millionen), Bulgarien (€ 14 Millionen), Ungarn (€ 8 Millionen) und Serbien (€ 6 Millionen).

In Stage 3 (ausgefallene Kredite) wurden Wertminderungen von netto € 222 Millionen (Vorjahresperiode: € 73 Millionen) gebildet. Davon entfielen € 118 Millionen auf Haushalte, vorwiegend in Russland (€ 61 Millionen) und Rumänien (€ 16 Millionen) sowie € 96 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen, im Wesentlichen in Österreich (€ 46 Millionen), der Slowakei (€ 21 Millionen) und Russland (€ 17 Millionen).

(12) Steuern vom Einkommen und Ertrag

in € Millionen	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-167	-347
Inland	-21	-14
Ausland	-146	-333
Latente Steuern	-73	33
Gesamt	-240	-314

Die Verringerung des Steueraufwands um € 74 Millionen lässt sich auf niedrigere Gewinne in allen Ländern zurückführen. Die größten Rückgänge waren in Tschechien (Rückgang: € 15 Millionen), in Russland (Rückgang: € 12 Millionen) sowie in Kroatien, Rumänien und Bulgarien um jeweils € 5 Millionen zu verzeichnen. Darüber hinaus ergab sich im Vorjahr eine Wertminderung auf aktive latente Steuern von € 25 Millionen in Polen, da aus den mittelfristigen Steuerplanungen keine Verwertbarkeit zu erwarten gewesen war. Gegenläufig reduzierte sich die RBI-Gruppensteuerumlage gegenüber nicht konsolidierten Gruppenmitgliedern um € 6 Millionen. Des Weiteren erhöhten sich die Quellensteuern in der Konzernzentrale um € 6 Millionen aufgrund von gestiegenen Dividendenerträgen aus Russland und der Ukraine.

Die effektive Steuerquote erhöhte sich um 1,9 Prozentpunkte auf 26,1 Prozent. Dies lag am geringeren Ergebnisbeitrag der Konzernzentrale, vor allem aufgrund der steuerlich nicht abzugsfähigen Wertminderungen auf at-equity bewertete Unternehmen und auf den Firmenwert der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft.

Erläuterungen zur Bilanz

(13) Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Kassenbestand	5.033	4.528
Guthaben bei Zentralbanken	20.823	14.395
Sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	7.533	5.366
Gesamt	33.389	24.289

Der Anstieg bei Guthaben bei Zentralbanken war hauptsächlich auf Einzahlungen aus Liquiditätssteuerungsgründen und die Mindestreserve zurückzuführen. Die nicht frei verfügbare Mindestreserve betrug zum Stichtag € 236 Millionen (31.12.2019: € 283 Millionen).

Der starke Anstieg im Posten sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten lag im Wesentlichen an der Konzernzentrale, wo hauptsächlich durch die Erhöhung des langfristigen Fundings sowie Nutzung der TLTRO III (Targeted Longer-Term Refinancing Operations) ein kurzfristig erhöhter Bestand an liquiden Mitteln vorlag.

Weiters beinhaltet dieser Posten Barsicherheiten, im Wesentlichen für entlehene Wertpapiere, in Höhe von € 365 Millionen (31.12.2019: € 157 Millionen).

(14) Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost

in € Millionen	30.9.2020			31.12.2019		
	Brutto-buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Brutto-buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert
Schuldverschreibungen	14.413	-13	14.400	9.981	-8	9.973
Zentralbanken	1.298	0	1.298	1.497	0	1.497
Regierungen	10.464	-7	10.457	6.454	-2	6.452
Kreditinstitute	1.775	0	1.775	1.097	0	1.097
Sonstige Finanzunternehmen	557	-5	553	558	-3	555
Nicht-Finanzunternehmen	319	-1	318	376	-3	373
Kredite und Forderungen	103.760	-2.566	101.194	102.626	-2.314	100.312
Zentralbanken	5.498	0	5.498	4.602	0	4.602
Regierungen	1.740	-4	1.736	1.196	-5	1.191
Kreditinstitute	4.372	-3	4.369	4.837	-4	4.833
Sonstige Finanzunternehmen	11.244	-75	11.169	9.838	-43	9.795
Nicht-Finanzunternehmen	46.319	-1.337	44.982	46.470	-1.179	45.291
Haushalte	34.587	-1.147	33.439	35.682	-1.082	34.600
Gesamt	118.174	-2.579	115.594	112.607	-2.322	110.285

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 5.309 Millionen. Die Erhöhung bei den Schuldverschreibungen um € 4.427 Millionen war vor allem auf Zukäufe von Staatsanleihen in der Konzernzentrale, Slowakei und in Tschechien zurückzuführen. Der Kreditbestand stieg trotz starker Währungsabwertungen um € 882 Millionen leicht an. Der Zuwachs im kurzfristigen Kreditgeschäft um € 2.351 Millionen war hauptsächlich auf die Konzernzentrale zurückzuführen. Durch diese Erhöhung konnte der Rückgang bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen um € 309 Millionen sowie bei Krediten und Forderungen an Haushalte um € 1.160 Millionen kompensiert werden. Der Rückgang bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen war im Wesentlichen auf die Abwertung des russischen Rubels in Russland (Rückgang:

€ 1.117 Millionen) zurückzuführen. Demgegenüber wurde in der Slowakei ein Anstieg um € 275 Millionen bei Immobilienfinanzierungen und Firmenkundenkrediten und in der Konzernzentrale ein Zuwachs um € 824 Millionen vorwiegend aus Projekt- und Immobilienfinanzierungen verzeichnet. Bei den Krediten und Forderungen an Haushalte gab es währungsbedingt die größten Reduktionen in Russland (Rückgang: € 1.002 Millionen) und Tschechien (Rückgang: € 303 Millionen), wobei jedoch in lokaler Währung ein Zuwachs verzeichnet wurde.

(15) Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income

in € Millionen	30.9.2020			31.12.2019		
	Bruttobuchwert ¹	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Bruttobuchwert ¹	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	214	–	214	229	–	229
Kreditinstitute	16	–	16	26	–	26
Sonstige Finanzunternehmen	133	–	133	130	–	130
Nicht-Finanzunternehmen	64	–	64	72	–	72
Schuldverschreibungen	4.643	-4	4.640	4.555	-3	4.553
Regierungen	3.439	-3	3.436	3.093	-2	3.091
Kreditinstitute	1.004	0	1.004	1.176	0	1.176
Sonstige Finanzunternehmen	67	0	67	142	0	142
Nicht-Finanzunternehmen	134	-1	134	145	0	145
Gesamt	4.857	-4	4.854	4.784	-3	4.781

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income erhöhte sich um € 72 Millionen im Vergleich zum Jahresende 2019. Der Anstieg war hauptsächlich auf die Zunahme von Schuldverschreibungen in Rumänien und Russland zurückzuführen, wobei es zu gegenläufigen Effekten durch den Teilverkauf des Portfolios in der Slowakei und Verkäufe von Schuldverschreibungen in Ungarn und Kroatien kam.

(16) Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Eigenkapitalinstrumente	1	1
Sonstige Finanzunternehmen	1	1
Schuldverschreibungen	352	447
Regierungen	261	239
Kreditinstitute	19	20
Sonstige Finanzunternehmen	65	187
Nicht-Finanzunternehmen	8	1
Kredite und Forderungen	385	327
Regierungen	2	3
Sonstige Finanzunternehmen	39	48
Nicht-Finanzunternehmen	105	83
Haushalte	238	193
Gesamt	738	776

Die finanziellen Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss verringerten sich um € 38 Millionen, vor allem durch Fondsverkäufe der Valida Gruppe und Raiffeisen Bausparkasse. Dieser Rückgang wurde durch eine Zunahme im staatlich geförderten Kreditprogramm für Jungfamilien in Ungarn und der Schuldverschreibungen in Russland verringert.

(17) Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Schuldverschreibungen	710	2.276
Regierungen	504	1.903
Kreditinstitute	90	259
Sonstige Finanzunternehmen	0	0
Nicht-Finanzunternehmen	116	114
Gesamt	710	2.276

Der Rückgang im Posten finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss resultierte aus Verkäufen von Anleihen in der Konzernzentrale aufgrund der Optimierung des Wertpapierportfolios.

(18) Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Derivate	2.404	1.894
Zinssatzverträge	1.439	1.245
Eigenkapitalverträge	131	180
Wechselkurs- und Goldverträge	819	458
Kreditverträge	12	5
Waretermingeschäfte	2	5
Andere	1	1
Eigenkapitalinstrumente	190	427
Kreditinstitute	21	104
Sonstige Finanzunternehmen	67	111
Nicht-Finanzunternehmen	102	211
Schuldverschreibungen	1.628	1.861
Zentralbanken	0	7
Regierungen	1.099	1.049
Kreditinstitute	305	511
Sonstige Finanzunternehmen	130	179
Nicht-Finanzunternehmen	93	115
Gesamt	4.222	4.182

Innerhalb des Postens finanzielle Vermögenswerte - Held for Trading betrugen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 92 Millionen (31.12.2019: € 126 Millionen).

Details zum Posten Derivate sind unter Punkt (44) Derivative Finanzinstrumente ersichtlich.

(19) Hedge Accounting

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	245	278
Zinssatzverträge	241	270
Wechselkurs- und Goldverträge	4	8
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	1	5
Zinssatzverträge	1	5
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	102	0
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	159	119
Cash-Flow Hedge	36	7
Fair Value Hedge	123	112
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	201	-5
Gesamt	708	397

Die Entwicklung des Postens positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge ist auf die Abwertung des russischen Rubels zurückzuführen.

Der Buchwert des Postens Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 205 Millionen. Die Entwicklung war im Wesentlichen auf die weitere Aufwertung der Kredite und Forderungen im Portfolio Hedge der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. (Anstieg: € 63 Millionen), auf die negative Zinssatzentwicklung in Tschechien bei fix verzinsten Darlehen in Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen (Anstieg: € 137 Millionen) sowie auf die Einführung eines Portfolio Hedges bei der russischen Tochterbank (Anstieg: € 5 Millionen) zurückzuführen.

(20) Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Anteile an verbundenen Unternehmen	229	270
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	697	836
Gesamt	925	1.107

Die Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen setzten sich wie folgt zusammen:

in € Millionen	Anteil in % 30.9.2020	Buchwert 30.9.2020	Buchwert 31.12.2019
card complete Service Bank AG, Wien (AT)	25,0%	12	14
EMCOM Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	33,6%	7	7
LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Wien (AT)	33,1%	166	197
NOTARTREUHANDBANK AG, Wien (AT)	26,0%	11	11
Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	8,1%	48	48
Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	31,3%	11	11
Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt (AT)	49,5%	10	13
Prva stavebna sporitelna a.s., Bratislava (SK)	32,5%	35	44
Raiffeisen Informatik GmbH & Co KG, Wien (AT)	47,6%	124	147
Raiffeisen-Leasing Management GmbH, Wien (AT)	50,0%	14	13
UNIQA Insurance Group AG, Wien (AT)	10,9%	258	331
Gesamt		697	836

Bei der UNIQA Insurance Group AG, Wien, besteht der maßgebliche Einfluss aufgrund eines Syndikatsvertrags mit den anderen Kernaktionären, welcher insbesondere die Entsendungsrechte in den Aufsichtsrat regelt. Bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG, Wien, besteht der maßgebliche Einfluss aufgrund zweier fixer Mandate im Aufsichtsrat.

(21) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Sachanlagen	1.706	1.829
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	553	609
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	308	330
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	304	301
Sonstige vermietete Leasinganlagen	91	133
Nutzungsrechte	451	456
Immaterielle Vermögenswerte	719	757
Software	631	636
Firmenwerte	72	101
Marke	8	10
Kundenbeziehungen	2	3
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	7	7
Gesamt	2.425	2.586

Der Rückgang bei den Sachanlagen ist im Wesentlichen auf Wechselkurseffekte, vorwiegend beim russischen Rubel, beim Belarus Rubel und bei der ukrainischen Hryvna, zurückzuführen. In der Berichtsperiode wurden Software-Investitionen in Höhe von € 140 Millionen getätigt (30.9.2019: € 121 Millionen).

Im Jahr 2020 führte die COVID-19-Pandemie zu einer erheblichen negativen Veränderung des wirtschaftlichen Umfelds, in denen die Tochtergesellschaften tätig sind. Als Reaktion auf die Pandemie wurde die Mittelfristplanung der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft überarbeitet, was zu einer Wertminderung des Firmenwerts in Höhe von € 27 Millionen führte.

(22) Steuerforderungen

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Laufende Steuerforderungen	109	61
Latente Steuerforderungen	87	144
Temporäre Steueransprüche	77	127
Verlustvorträge	10	17
Gesamt	196	205

(23) Sonstige Aktiva

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Rechnungsabgrenzungen	417	459
Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen	242	287
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	8	21
Übrige Aktiva	351	549
Gesamt	1.019	1.315

Der Posten Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen beinhaltet die noch nicht fertiggestellten bzw. noch nicht verkauften Immobilien der Raiffeisen Leasing-Gruppe in Österreich und Italien in Höhe von € 93 Millionen (31.12.2019: € 137 Millionen).

(24) Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.165	23.582
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	13.690	10.864
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	14.949	11.731
Rückkaufvereinbarung	1.526	987
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	99.553	95.911
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	71.900	64.760
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	27.517	31.071
Rückkaufvereinbarung	136	79
Verbriefte Verbindlichkeiten	10.047	8.780
Einlagenzertifikate	0	1
Gedekte Schuldverschreibungen	1.246	1.321
Hybride Verträge	0	0
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	8.801	7.457
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	960	1.070
davon nicht wandelbar	7.841	6.387
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	592	492
Gesamt	140.356	128.764
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	3.039	2.726
davon Leasingverbindlichkeiten	459	453

Die Gesamtveränderung in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stammte zum Großteil aus der Konzernzentrale. Die kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen erhöhten sich hier um € 2.934 Millionen, wovon mehr als die Hälfte auf höhere Einlagen der Raiffeisen Landesbanken zurückzuführen war. Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit erhöhten sich in der Konzernzentrale um € 2.617 Millionen und in der Slowakei um € 412 Millionen. Haupttreiber war in beiden Fällen die Teilnahme an TLTRO III mit einem Volumen von € 4.000 Millionen in der Konzernzentrale sowie € 450 Millionen in der Slowakei. Die Pensionsgeschäfte stiegen in der Konzernzentrale um € 754 Millionen gegenüber dem Jahresende 2019, hingegen kam es in Russland zu einem Rückgang um € 264 Millionen.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ließ sich wie im ersten Halbjahr eine Präferenz für kurzfristig verfügbare Einlagen feststellen. Im Bereich der kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen waren besonders starke Zunahmen in Russland (Anstieg: € 1.390 Millionen) und Tschechien (Anstieg: € 1.196 Millionen) zu verzeichnen. Der volumengetriebene Gesamtanstieg wurde allerdings durch gegenläufige Wechselkurseffekte gedämpft. Weitere große Zuwächse bei kurzfristigen Beträgen/Tagesgeldeinlagen stammten aus der Slowakei (Anstieg: € 836 Millionen), der Konzernzentrale (Anstieg: € 831 Millionen), aus Rumänien (Anstieg: € 683 Millionen) und Bulgarien (Anstieg: € 432 Millionen). Im Bereich der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit zeichnete sich ein differenzierteres Bild ab. Einem Zuwachs in der Konzernzentrale um € 1.579 Millionen standen Rückgänge, insbesondere in Russland um € 3.034 Millionen und Tschechien um € 917 Millionen gegenüber.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Asset-Klassen:

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Zentralbanken	5.603	2.462
Regierungen	2.689	3.171
Kreditinstitute	24.561	21.120
Sonstige Finanzunternehmen	9.763	10.929
Nicht-Finanzunternehmen	39.288	34.849
Haushalte	47.814	46.961
Gesamt	129.718	119.493

Die Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken erhöhten sich insbesondere in der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.565 Millionen) und der Slowakei (Anstieg: € 396 Millionen), hauptsächlich aufgrund der Teilnahme an TLTRO III. Demgegenüber kam es in der Konzernzentrale zu einem Rückgang um € 163 Millionen und in Russland unter anderem aufgrund des Auslaufens eines Federal Treasury Deposits im Februar 2020 zu einem Rückgang um € 376 Millionen.

Die Veränderung in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stammte hauptsächlich aus höheren Tagesgeldeinlagen und Pensionsgeschäften in der Konzernzentrale (Anstieg: € 3.740 Millionen) und aus volumen- und wechselkursbedingten Rückgängen in Russland (Rückgang: € 506 Millionen). Der Rückgang bei Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Finanzunternehmen stammte zum Großteil aus der Konzernzentrale (Rückgang: € 880 Millionen) und der Slowakei (Rückgang: € 180 Millionen). In beiden Fällen wurden massiv Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit abgebaut.

Ein gegensätzliches Bild zeigte sich bei der Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen. Hier trug die Konzernzentrale wesentlich zur Erhöhung bei (Anstieg: € 3.516 Millionen). In Russland war zwar lokal ebenfalls ein Anstieg in diesem Posten zu verzeichnen, dieser wurde aber durch Währungseffekte überkompensiert und führte letztendlich zu einem Rückgang um € 790 Millionen.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Haushalten (Anstieg: € 852 Millionen) setzte sich der Trend aus dem ersten Halbjahr fort. Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit verringerten sich zugunsten von kurzfristigen Verbindlichkeiten. Die größten Zuwächse waren in Rumänien (Anstieg: € 584 Millionen) und der Slowakei (Anstieg: € 371 Millionen) zu verzeichnen. In Russland kam es trotz großer Zuwächse in lokaler Währung durch Wechselkurseffekte zu einem Rückgang um € 363 Millionen.

(25) Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	48	25
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	48	25
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	247	303
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	247	303
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.273	1.515
Hybride Verträge	3	0
Sonstige verbiefte Verbindlichkeiten	1.271	1.515
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	9	10
davon nicht wandelbar	1.262	1.505
Gesamt	1.568	1.843
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	246	405

Der Buchwert der designierten Verbindlichkeiten lag um € 318 Millionen (31.12.2019: € 395 Millionen) über dem vertraglich vereinbarten Zahlungsbetrag für den Zeitpunkt der Endfälligkeit. Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Transfers innerhalb des Eigenkapitals oder Ausbuchungen von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten.

(26) Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Derivate	2.348	1.934
Zinssatzverträge	1.199	1.060
Eigenkapitalverträge	370	185
Wechselkurs- und Goldverträge	676	584
Kreditverträge	20	18
Warentermingeschäfte	3	0
Andere	81	86
Short-Positionen	410	361
Eigenkapitalinstrumente	86	75
Schuldverschreibungen	324	285
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.230	3.495
Hybride Verträge	3.123	3.210
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	107	285
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	107	285
Gesamt	5.988	5.789

Details zum Posten Derivate sind unter Punkt (44) Derivative Finanzinstrumente ersichtlich.

(27) Hedge Accounting

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	38	41
Zinssatzverträge	38	41
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	1	4
Zinssatzverträge	1	4
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	0	7
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	358	231
Cash-Flow Hedge	5	2
Fair Value Hedge	353	228
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	61	-36
Gesamt	458	246

Die negativen Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge betrugen € 353 Millionen (31.12.2019: € 228 Millionen) mit einer Veränderung von € 125 Millionen. Die Erhöhung war hauptsächlich auf den Portfolio Hedge in der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. aufgrund sinkender Zinssätze und gestiegener Volumina (Anstieg: € 56 Millionen), auf die starke Reduktion der Zinssätze in Tschechien (Anstieg: € 30 Millionen) sowie auf die Einführung eines Portfolio Hedges bei der russischen Tochterbank (Anstieg: € 33 Millionen) zurückzuführen.

Der Posten Fair-Value-Änderungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge veränderte sich im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 97 Millionen, von minus € 36 Millionen auf € 61 Millionen. Dieser Effekt war im Wesentlichen auf die Fair-Value-Entwicklung der abgesicherten Verbindlichkeiten in Portfolio Hedges der Raiffeisenbank a.s., Prag, bei tendenziell sinkenden Zinssätzen, vor allem bei abgesicherten Kundeneinlagen in tschechischen Kronen zurückzuführen.

(28) Rückstellungen

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken	168	173
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IFRS 9	167	161
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IAS 37	1	12
Personalrückstellungen	452	500
Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	197	204
Andere langfristig fällige Leistungen an Mitarbeiter	53	42
Bonuszahlungen	143	192
Rückstellungen für unverbrauchte Urlaube	55	56
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	4	6
Andere Rückstellungen	414	410
Anhängige Rechts- und Steuerfälle	230	222
Restrukturierung	16	26
Belastende Verträge	63	66
Sonstige Rückstellungen	106	96
Gesamt	1.035	1.083

Die Rückstellungen reduzierten sich um € 48 Millionen auf € 1.035 Millionen. Dieser Rückgang war vor allem auf Bonusauszahlungen in Höhe von € 49 Millionen zurückzuführen. Bei den Rückstellungen für anhängige Rechts- und Steuerfälle führte die Auflösung einer Rückstellung in der Slowakei in Höhe von € 18 Millionen zu einem Rückgang. Hingegen kam es zu Erhöhungen im Zusammenhang mit anhängigen Verfahren hinsichtlich Schweizer-Franken-Kredite in Polen (Anstieg um € 26 Millionen auf € 76 Millionen) und in Kroatien (Anstieg um € 10 Millionen auf € 31 Millionen) sowie durch die ausstehenden Verfahren mit der Konsumentenschutzbehörde in Rumänien (Anstieg um € 3 Millionen auf € 24 Millionen).

(29) Steuerverpflichtungen

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Laufende Steuerverpflichtungen	31	31
Latente Steuerverpflichtungen	53	38
Gesamt	84	69

(30) Sonstige Passiva

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Verbindlichkeiten aus Versicherungsaktivitäten	153	0
Rechnungsabgrenzungsposten	437	440
Übrige Passiva	664	201
Gesamt	1.254	641

Der Anstieg bei den übrigen Passiva stammte vorwiegend aus Transaktionen im Rahmen des Zahlungsverkehrs, die zum Berichtsstichtag noch nicht abgewickelt waren.

(31) Eigenkapital

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Konzern-Eigenkapital	11.626	11.817
Gezeichnetes Kapital	1.002	1.002
Kapitalrücklagen	4.992	4.992
Gewinnrücklagen	9.042	8.443
davon Konzernergebnis	599	1.227
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-3.411	-2.620
Kapital nicht beherrschender Anteile	781	811
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.630	1.137
Gesamt	14.036	13.765

Zum 30. September 2020 betrug das gezeichnete Kapital der RBI AG gemäß Satzung € 1.003 Millionen. Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 322.204 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 1.002 Millionen.

Das Eigenkapital der RBI inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 271 Millionen auf € 14.036 Millionen.

Die RBI AG emittierte im Juli 2020 zusätzliches Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen.

Der Empfehlung der Europäischen Zentralbank zu Dividendenausschüttungen folgend hat der Vorstand am 16. September 2020 beschlossen, der Hauptversammlung am 20. Oktober 2020 vorzuschlagen, den gesamten Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2019 (€ 331.662.036,45) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Hauptversammlung nahm diesen Vorschlag einstimmig an.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(32) Fair Value von Finanzinstrumenten

Fair Value von Finanzinstrumenten, die zum Fair Value ausgewiesen werden:

Aktiva in € Millionen	30.9.2020			31.12.2019		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	1.471	2.751	0	1.910	2.272	0
Derivate	48	2.356	0	29	1.866	0
Eigenkapitalinstrumente	190	0	0	420	7	0
Schuldverschreibungen	1.233	395	0	1.462	399	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	245	106	387	394	54	328
Eigenkapitalinstrumente	1	0	0	1	0	0
Schuldverschreibungen	244	106	2	393	54	1
Kredite und Forderungen	0	0	385	0	0	327
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	571	139	0	2.231	45	0
Schuldverschreibungen	571	139	0	2.231	45	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3.787	922	145	3.912	681	188
Eigenkapitalinstrumente	3	65	145	2	82	145
Schuldverschreibungen	3.784	856	0	3.911	600	42
Hedge Accounting	0	507	0	0	402	0

Passiva in € Millionen	30.9.2020			31.12.2019		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	442	5.546	0	405	5.377	7
Derivate	36	2.312	0	17	1.916	0
Short-Positionen	406	5	0	359	2	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	3.230	0	29	3.458	7
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	3	1.566	0	0	1.843	0
Einlagen	0	295	0	0	328	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	3	1.271	0	0	1.515	0
Hedge Accounting	0	397	0	0	282	0

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Level I

Bewertungsparameter des Level I sind notierte (nicht angepasste) Preise in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die dem Unternehmen am Bewertungstag zugänglich sind (IFRS 13.76).

Level II

Level II Finanzinstrumente sind mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter unmittelbar oder mittelbar beobachtbar sind, ermittelt werden können (IFRS 13.81 ff).

Level III

Inputfaktoren auf Level III sind Inputfaktoren, die für den Vermögenswert oder die Schuld nicht beobachtbar sind (IFRS 13.86). Der beizulegende Zeitwert wird mittels Bewertungsverfahren kalkuliert.

Bewegungen zwischen Level I und Level II

Es kam zu keinen wesentlichen Verschiebungen zwischen Level I und Level II im Vergleich zum Jahresende.

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und somit einer Bewertungsmethode mit nicht am Markt beobachtbaren Inputparametern unterliegen. Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die weder unmittelbar noch mittelbar am Markt beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Aktiva in € Millionen	Stand 1.1.2020	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	36	-36
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	328	0	-17	98	-21
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	188	0	-1	18	-59
Gesamt	516	0	-19	152	-117

Aktiva in € Millionen	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.9.2020
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	387
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	1	0	0	145
Gesamt	0	1	0	0	532

Passiva in € Millionen	Stand 1.1.2020	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	7	0	0	0	0
Gesamt	7	0	0	0	0

Passiva in € Millionen	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.9.2020
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	-7	0
Gesamt	0	0	0	-7	0

Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

30.9.2020				
Aktiva	Marktwert in € Millionen ¹	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input- Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0			
Staatsanleihen, festverzinsliche Anleihen	0	DCF-Verfahren	Basispreis der letzten Auktion (Zinskurve)	0,58 - 1,60%
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinskurve	10 - 30%
Kredite	0	DCF-Verfahren	Discount Spread Streuung der Kreditspanne (CDS-Kurven)	—
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	387			
Sonstige Beteiligungen	0	Vereinfachte Kapitalwertmethode Expertenmeinung	—	—
Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	Nettovermögen Expertenmeinung	Sicherheitsabschläge Preis	20 - 50%
Kredite	385	Retail: DCF-Verfahren (inkl. Vorfalligkeitsoptionen, Widerrufsmöglichkeit, usw.) Non-Retail: DCF- Verfahren/Optionsbewer- tung (Black-Scholes (shifted) Model; Hull-White Model)	Spanne (Neugeschäft) Funding-Kurven (Liquiditätskosten) Kreditrisikoprämie (CDS- Kurven)	1,44 - 4,24% über alle Währungen -0,25 -2,00% über alle Währungen 0,39 - 39,84% (abhängig vom Rating: von AA bis CCC)
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0			
Festverzinsliche Anleihen	0	DCF-Verfahren (inkl. Expertenmeinung)	Preisobergrenzen Preis	—
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	145			
Sonstige Beteiligungen	41	Dividend Discount Model Vereinfachte Ertragswertmethode DCF-Verfahren	Kreditspanne Cash-Flow Diskontierungszinssatz Dividenden Beta Faktor	—
Sonstige Beteiligungen	51	Bereinigtes Nettovermögen	Angepasstes Eigenkapital	—
Sonstige Beteiligungen	53	Multiplikatormethode Transaktionspreis Bewertungsgutachten (Expertenmeinung) Kostenansatz abzüglich Wertminderung	EV/Sales EV/EBIT P/E P/B	—
Gesamt	532			

¹ Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

30.9.2020				
Passiva	Marktwert in € Millionen ¹	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0			
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinskurve	10 - 30%
Gesamt	0			

¹ Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Die Finanzinstrumente in der folgenden Tabelle werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und somit in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für diese Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangsangaben kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Erfolgsrechnung.

30.9.2020						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	33.389	0	33.389	33.389	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	12.537	1.389	105.406	119.332	115.594	3.738
Schuldverschreibungen	12.537	1.389	734	14.660	14.400	260
Kredite und Forderungen	0	0	104.672	104.672	101.194	3.478
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	0	9.733	130.615	140.348	139.897	451
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	129.607	129.607	129.258	349
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	9.733	416	10.149	10.047	102
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	592	592	592	0

¹ Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I: Notierte Marktpreise
Level II: Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III: Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

31.12.2019						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	24.289	0	24.289	24.289	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	8.123	1.147	104.807	114.077	110.285	3.792
Schuldverschreibungen	8.123	1.147	878	10.148	9.973	174
Kredite und Forderungen	0	0	103.930	103.930	100.312	3.618
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	0	8.645	120.445	129.090	128.311	779
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	119.544	119.544	119.040	505
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	8.645	409	9.054	8.780	274
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	492	492	492	0

¹ Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I: Notierte Marktpreise
Level II: Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III: Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

(33) Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Erteilte Kreditzusagen	33.608	35.136
Erteilte Finanzgarantien	7.065	7.909
Sonstige erteilte Zusagen	3.342	3.298
Gesamt	44.015	46.342
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-167	-161

Zusätzlich zu den dargestellten Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9 wurden Rückstellungen für sonstige erteilte Zusagen gemäß IAS 37 in Höhe von € 1 Million gebildet (31.12.2019: € 12 Millionen).

(34) Kreditwürdigkeitsanalyse

Die Kreditwürdigkeitsanalyse von finanziellen Vermögenswerten ist eine zeitliche Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Vermögenswerte. Es ist zu beachten, dass es bei finanziellen Vermögenswerten in Stage 1 und 2 aufgrund des relativen Charakters einer erheblichen Erhöhung des Kreditrisikos nicht zwingend erforderlich ist, dass Vermögenswerte der Stage 2 eine niedrigere Bonität besitzen als Stage 1, obwohl dies normalerweise der Fall ist. Die folgende Auflistung enthält eine Beschreibung der Gruppierung der Vermögenswerte nach der Ausfallwahrscheinlichkeit:

- Exzellent sind Risikopositionen, die eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit vernachlässigbarer oder keiner Ausfallwahrscheinlichkeit aufweisen (PD-Skala 0,0000 - 0,0300 Prozent).
- Sehr gute Risikopositionen weisen eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen auf, wobei die Ausfallwahrscheinlichkeit vernachlässigbar oder gering ist (PD-Skala 0,0300 - 0,1878 Prozent).
- Gut sind Risikopositionen, die eine gute Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit geringem Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala 0,1878 - 1,1735 Prozent).
- Zufriedenstellend sind Risikopositionen, die einer genaueren Überwachung bedürfen und eine durchschnittliche bis angemessene Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit einem moderaten Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala 1,1735 - 7,3344 Prozent).
- Unterdurchschnittlich sind Risikopositionen, die unterschiedliche Stärken spezieller Aufmerksamkeit erfordern und ein besorgniserregendes Ausfallrisiko aufweisen (PD-Skala 7,3344 - 100,0 Prozent).
- Beeinträchtigte Bonität haben Risikopositionen, die als wertgemindert eingestuft werden (PD-Skala 100,0 Prozent).

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Rating-Kategorien und Stages:

30.9.2020	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	21.513	1.285	0	22.798
Sehr gut	23.789	3.911	0	27.699
Gut	29.040	9.613	0	38.653
Zufriedenstellend	11.801	8.468	0	20.269
Unterdurchschnittlich	813	2.169	0	2.982
Wertgemindert	0	0	2.785	2.785
Nicht geratet	2.553	432	1	2.987
Bruttobuchwert	89.508	25.879	2.786	118.174
Kumulierte Wertminderungen	-175	-594	-1.810	-2.579
Buchwert	89.333	25.284	977	115.594

31.12.2019	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	12.748	507	0	13.255
Sehr gut	30.092	3.807	0	33.899
Gut	32.970	3.487	0	36.456
Zufriedenstellend	17.851	3.199	0	21.050
Unterdurchschnittlich	1.006	1.276	0	2.282
Wertgemindert	0	0	2.864	2.864
Nicht geratet	2.573	227	0	2.801
Bruttobuchwert	97.240	12.504	2.864	112.607
Kumulierte Wertminderungen	-183	-342	-1.798	-2.322
Buchwert	97.057	12.162	1.066	110.285

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet finanzielle Vermögenswerte für Haushalte, für welche noch keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert. Es handelt sich im Wesentlichen um ein Portfolio von hypothekarisch besicherten Krediten an Haushalte in Tschechien.

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income ohne Eigenkapitalinstrumente nach Rating-Kategorien und Stages:

30.9.2020	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	1.488	0	0	1.488
Sehr gut	2.688	45	0	2.733
Gut	210	33	0	244
Zufriedenstellend	140	11	0	151
Unterdurchschnittlich	0	0	0	0
Wertgemindert	0	0	0	0
Nicht geratet	27	0	0	27
Bruttobuchwert¹	4.553	90	0	4.643
Kumulierte Wertminderungen	-3	-1	0	-4
Buchwert	4.551	89	0	4.640

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

31.12.2019	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	1.122	0	0	1.122
Sehr gut	3.030	0	0	3.030
Gut	125	94	0	219
Zufriedenstellend	139	13	0	152
Unterdurchschnittlich	0	0	0	0
Wertgemindert	0	0	0	0
Nicht geratet	31	0	0	31
Bruttobuchwert¹	4.448	107	0	4.555
Kumulierte Wertminderungen	-1	-1	0	-3
Buchwert	4.447	106	0	4.553

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen nach Rating-Kategorien und Stages:

30.9.2020	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	1.696	282	0	1.977
Sehr gut	12.357	1.689	0	14.046
Gut	15.113	5.005	0	20.118
Zufriedenstellend	4.072	2.416	0	6.488
Unterdurchschnittlich	126	345	0	471
Wertgemindert	0	0	256	256
Nicht geratet	560	98	0	658
Nominalwert	33.923	9.836	256	44.015
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-41	-65	-61	-167
Nominalwert nach Rückstellungen	33.882	9.770	195	43.847

31.12.2019	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	2.971	185	0	3.155
Sehr gut	16.688	1.301	0	17.989
Gut	15.371	1.280	0	16.651
Zufriedenstellend	6.869	548	0	7.418
Unterdurchschnittlich	185	154	0	339
Wertgemindert	0	0	326	326
Nicht geratet	427	37	0	464
Nominalwert	42.511	3.505	326	46.342
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-44	-30	-87	-161
Nominalwert nach Rückstellungen	42.467	3.475	239	46.182

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet außerbilanzielle Verpflichtungen für Haushalte, für die keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

Die folgende Tabelle zeigt das Ausfallrisiko aus Derivatgeschäften, von denen die meisten OTC-Verträge sind. Das Ausfallrisiko kann durch den Einsatz von Abwicklungshäusern und die Verwendung von Sicherheiten in den meisten Fällen minimiert werden.

30.9.2020 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
OTC-Produkte	220.055	2.823	-2.608
Zinssatzverträge	168.512	1.839	-1.595
Eigenkapitalverträge	3.340	84	-339
Wechselkurs- und Goldverträge	48.203	899	-674
Börsengehandelte Produkte	1.767	73	-33
Zinssatzverträge	89	0	0
Eigenkapitalverträge	928	47	-31
Wechselkurs- und Goldverträge	750	26	-2
Sonstiges - Kreditverträge, Waretermingeschäfte und andere Verträge	2.691	15	-104
Gesamt	224.513	2.911	-2.745

31.12.2019 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
OTC-Produkte	220.664	2.258	-2.089
Zinssatzverträge	164.571	1.639	-1.336
Eigenkapitalverträge	3.572	156	-170
Wechselkurs- und Goldverträge	52.521	464	-584
Börsengehandelte Produkte	3.127	26	-23
Zinssatzverträge	206	0	0
Eigenkapitalverträge	1.549	24	-15
Wechselkurs- und Goldverträge	1.371	2	-7
Sonstiges - Kreditverträge, Waretermingeschäfte und andere Verträge	2.286	12	-104
Gesamt	226.077	2.297	-2.216

(35) Sicherheiten und maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle enthält Angaben zum maximalen Obligo aus finanziellen Vermögenswerten, die keiner Wertminderung unterliegen, sowie aus finanziellen Vermögenswerten, die einer Wertminderung unterliegen, und leitet diese zu den nicht zu Handelszwecken gehaltenen Forderungen über, die die Grundlage für die nachstehenden Angaben zu Sicherheiten bilden:

30.9.2020		Maximales Kreditrisikovolumen	
in € Millionen	Der Wertminderung nicht unterliegend	Der Wertminderung unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	118.174	103.760
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	4.643	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	737	0	385
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	710	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	4.032	0	0
Bilanzposten	5.479	122.817	104.145
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	44.015	44.015
Gesamt	5.479	166.832	148.160

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

31.12.2019		Maximales Kreditrisikovolumen	
in € Millionen	Der Wertminderung nicht unterliegend	Der Wertminderung unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	112.607	102.626
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	4.555	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	775	0	327
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	2.276	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	3.756	0	0
Bilanzposten	6.806	117.162	102.953
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	46.342	46.342
Gesamt	6.806	163.505	149.295

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1.34(b).

Um das Kreditrisiko zu mindern, wendet die RBI eine Reihe von Verfahrensweisen an, deren häufigste die Hereinnahme von Sicherheiten im Kreditgeschäft ist. Die Zulässigkeit von Sicherheiten ist bei der RBI auf Konzernbasis geregelt, damit einheitliche Standards für die Einschätzung von Sicherheiten gewährleistet sind. Beim Kreditvergabeprozess wird eine Sicherheitenbewertung vorgenommen, die dann in regelmäßigen Abständen mit verschiedenen Validierungsverfahren überprüft wird. Die wichtigsten Arten von Sicherheiten, die im Konzern akzeptiert werden, sind Wohn- und Gewerbeimmobilien, Finanzsicherheiten, Garantien und bewegliche Güter. Langfristige Finanzierungen sind im Allgemeinen besichert, während revolvingende Kreditfazilitäten im Allgemeinen nicht besichert sind. Schuldtitel sind überwiegend nicht besichert, und Derivate können mit Barmitteln oder Aufrechnungsrahmenvereinbarungen besichert sein.

Die Richtlinien der RBI für die Erlangung von Sicherheiten wurden während des Berichtszeitraums nicht wesentlich verändert, aber sie werden jährlich aktualisiert. In einigen Ländern haben die Regierungen Maßnahmen gesetzt, um die Kreditaufnahme von ansonsten finanziell gesunden Unternehmen und Haushalten sicherzustellen, die von der COVID-19-Pandemie betroffen sind. Staatliche Garantien aus COVID-19 sind in der Berechnung der erwarteten Kreditverluste für Kredite berücksichtigt, sobald das Gesetz inhaltlich in Kraft gesetzt wurde und es klar war, dass einzelne Kreditnehmer einen Anspruch auf diese Garantien haben.

Es ist zu beachten, dass die in den Tabellen ausgewiesenen Sicherheitenwerte auf den Höchstbetrag des Bruttobuchwerts des finanziellen Vermögenswerts begrenzt sind. Nachstehende Tabelle zeigt die Kredite und Forderungen der Kategorie finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost sowie der Kategorie finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income und Eventualverpflichtungen/gegebene Garantien.

30.9.2020 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	5.498	177	5.321
Regierungen	1.743	697	1.045
Kreditinstitute	4.372	1.336	3.037
Sonstige Finanzunternehmen	11.283	5.435	5.849
Nicht-Finanzunternehmen	46.424	20.490	25.934
Haushalte	34.825	21.838	12.987
Eventualverpflichtungen/gegebene Garantien	44.015	7.256	36.759
Gesamt	148.160	57.228	90.932

31.12.2019 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	4.602	172	4.430
Regierungen	1.199	531	668
Kreditinstitute	4.837	2.356	2.481
Sonstige Finanzunternehmen	9.887	4.813	5.073
Nicht-Finanzunternehmen	46.553	22.461	24.093
Haushalte	35.874	22.407	13.468
Eventualverpflichtungen/gegebene Garantien	46.342	8.114	38.228
Gesamt	149.295	60.854	88.442

(36) Zukunftsorientierte Informationen

Die folgende Tabelle zeigt die Änderung der makroökonomischen Schätzungen für die Gesamtjahre 2020, 2021 und 2022 von einem Quartal zum nächsten in Prozentpunkten. Aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie verursachten hohen Unsicherheit werden die kurzfristigen negativen Schätzungen als angemessen und belastbar angesehen. Die langfristigen Schätzungen gehen von einer wirtschaftlichen Erholung aufgrund der wirtschaftlichen Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen auf nationaler und supranationaler Ebene aus. Die makroökonomischen Prognosen werden entweder direkt zur Berechnung der erwarteten Kreditverluste oder als Basis für Post-Model-Adjustments verwendet. Die Schätzungen basierten auf den zum Zeitpunkt der Berechnung der erwarteten Kreditverluste aktuellsten Informationen (Quelle: Raiffeisen Research). In der Folge sind die Annahmen für die wesentlichen Länder und Kennzahlen dargestellt.

Reales BIP		Ganzjahr 2020f			Ganzjahr 2021f			Ganzjahr 2022f		
	Szenario	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung
Bulgarien	Optimistisch	3,6%	-4,1%	-7,7 PP	4,2%	5,2%	1,0 PP	3,6%	4,0%	0,3 PP
	Basis	2,5%	-6,0%	-8,5 PP	2,9%	4,0%	1,1 PP	2,5%	3,0%	0,5 PP
	Pessimistisch	0,7%	-8,3%	-9,0 PP	0,7%	2,5%	1,8 PP	0,7%	1,8%	1,1 PP
Kroatien	Optimistisch	3,4%	-6,5%	-9,9 PP	2,9%	4,2%	1,4 PP	2,7%	3,5%	0,8 PP
	Basis	2,5%	-8,5%	-11,0 PP	1,8%	3,0%	1,2 PP	1,8%	2,5%	0,7 PP
	Pessimistisch	0,0%	-11,6%	-11,5 PP	-1,2%	1,1%	2,3 PP	-0,7%	1,0%	1,7 PP
Österreich	Optimistisch	1,3%	-6,1%	-7,4 PP	2,0%	6,6%	4,6 PP	1,7%	1,9%	0,2 PP
	Basis	0,8%	-7,2%	-8,0 PP	1,4%	5,9%	4,5 PP	1,2%	1,4%	0,2 PP
	Pessimistisch	-0,5%	-8,7%	-8,2 PP	-0,1%	5,0%	5,1 PP	-0,1%	0,7%	0,7 PP
Polen	Optimistisch	3,7%	-3,6%	-7,3 PP	3,6%	4,7%	1,1 PP	3,1%	2,3%	-0,7 PP
	Basis	3,3%	-4,5%	-7,8 PP	3,2%	4,2%	1,0 PP	2,7%	1,9%	-0,8 PP
	Pessimistisch	1,9%	-6,2%	-8,1 PP	1,5%	3,1%	1,6 PP	1,3%	1,0%	-0,3 PP
Russland	Optimistisch	3,1%	-2,9%	-6,0 PP	3,1%	4,0%	1,0 PP	2,8%	2,3%	-0,5 PP
	Basis	1,6%	-4,9%	-6,5 PP	1,3%	2,8%	1,5 PP	1,3%	1,3%	0,0 PP
	Pessimistisch	-1,3%	-9,3%	-8,0 PP	-2,2%	0,1%	2,2 PP	-1,6%	-0,9%	0,7 PP
Rumänien	Optimistisch	4,2%	-4,4%	-8,6 PP	3,5%	6,1%	2,7 PP	3,5%	4,8%	1,3 PP
	Basis	3,0%	-7,0%	-10,0 PP	2,0%	4,5%	2,5 PP	2,3%	3,5%	1,3 PP
	Pessimistisch	0,1%	-10,4%	-10,5 PP	-1,5%	2,4%	3,9 PP	-0,6%	1,8%	2,4 PP
Slowakei	Optimistisch	3,6%	-3,2%	-6,8 PP	4,4%	6,7%	2,4 PP	4,1%	3,9%	-0,2 PP
	Basis	2,0%	-6,0%	-8,0 PP	2,5%	5,0%	2,5 PP	2,5%	2,5%	0,0 PP
	Pessimistisch	0,1%	-8,4%	-8,5 PP	0,2%	3,5%	3,3 PP	0,6%	1,3%	0,7 PP
Tschechien	Optimistisch	3,0%	-5,7%	-8,7 PP	2,9%	7,8%	4,8 PP	3,1%	3,9%	0,7 PP
	Basis	2,0%	-7,6%	-9,6 PP	1,8%	6,6%	4,8 PP	2,2%	2,9%	0,8 PP
	Pessimistisch	0,1%	-10,0%	-10,0 PP	-0,6%	5,1%	5,7 PP	0,2%	1,7%	1,5 PP
Ungarn	Optimistisch	3,3%	-2,1%	-5,4 PP	3,8%	5,9%	2,1 PP	4,1%	4,3%	0,2 PP
	Basis	2,8%	-3,5%	-6,3 PP	3,2%	5,0%	1,8 PP	3,6%	3,6%	0,0 PP
	Pessimistisch	0,2%	-7,9%	-8,1 PP	0,1%	2,3%	2,1 PP	1,0%	1,4%	0,4 PP

Arbeitslosigkeit		Ganzjahr 2020f			Ganzjahr 2021f			Ganzjahr 2022f		
	Szenario	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung
Bulgarien	Optimistisch	2,7%	3,1%	0,4 PP	2,7%	3,2%	0,5 PP	4,2%	2,8%	-1,4 PP
	Basis	5,5%	7,5%	2,0 PP	6,0%	5,9%	-0,1 PP	7,0%	5,0%	-2,0 PP
	Pessimistisch	9,2%	12,8%	3,6 PP	10,4%	9,2%	-1,2 PP	10,7%	7,7%	-3,0 PP
Kroatien	Optimistisch	5,5%	9,1%	3,7 PP	5,0%	9,0%	4,1 PP	5,6%	7,2%	1,6 PP
	Basis	6,6%	11,8%	5,2 PP	6,3%	10,7%	4,4 PP	6,7%	8,5%	1,8 PP
	Pessimistisch	9,9%	16,2%	6,3 PP	10,2%	13,4%	3,2 PP	10,0%	10,7%	0,7 PP
Österreich	Optimistisch	4,5%	5,9%	1,4 PP	4,5%	5,3%	0,8 PP	4,9%	5,3%	0,3 PP
	Basis	4,8%	6,4%	1,6 PP	4,8%	5,6%	0,8 PP	5,2%	5,5%	0,3 PP
	Pessimistisch	5,4%	7,3%	1,8 PP	5,6%	6,1%	0,6 PP	5,8%	5,9%	0,1 PP
Polen	Optimistisch	4,0%	3,7%	-0,3 PP	4,3%	5,4%	1,1 PP	4,8%	5,0%	0,2 PP
	Basis	5,7%	6,6%	0,9 PP	6,3%	7,2%	0,9 PP	6,5%	6,5%	0,0 PP
	Pessimistisch	9,2%	11,8%	2,6 PP	10,5%	10,4%	0,0 PP	10,0%	9,1%	-0,9 PP
Russland	Optimistisch	3,5%	4,7%	1,2 PP	3,2%	4,0%	0,7 PP	3,4%	4,1%	0,7 PP
	Basis	4,7%	6,5%	1,8 PP	4,7%	5,1%	0,4 PP	4,6%	5,0%	0,4 PP
	Pessimistisch	6,2%	8,9%	2,6 PP	6,5%	6,6%	0,1 PP	6,1%	6,2%	0,1 PP
Rumänien	Optimistisch	3,5%	5,2%	1,6 PP	3,9%	6,7%	2,8 PP	4,8%	5,2%	0,4 PP
	Basis	4,1%	6,2%	2,2 PP	4,6%	7,4%	2,8 PP	5,3%	5,7%	0,4 PP
	Pessimistisch	5,3%	8,2%	2,9 PP	6,1%	8,6%	2,5 PP	6,6%	6,7%	0,1 PP
Slowakei	Optimistisch	2,7%	4,3%	1,6 PP	2,2%	4,8%	2,6 PP	2,2%	4,4%	2,2 PP
	Basis	5,1%	8,4%	3,3 PP	5,0%	7,4%	2,4 PP	4,5%	6,4%	1,9 PP
	Pessimistisch	8,3%	13,2%	4,9 PP	8,9%	10,4%	1,4 PP	7,8%	8,8%	1,0 PP
Tschechien	Optimistisch	2,3%	3,2%	0,9 PP	2,5%	4,7%	2,2 PP	3,0%	4,6%	1,6 PP
	Basis	3,1%	4,8%	1,7 PP	3,5%	5,7%	2,2 PP	3,8%	5,4%	1,6 PP
	Pessimistisch	4,7%	7,1%	2,4 PP	5,5%	7,2%	1,7 PP	5,4%	6,6%	1,1 PP
Ungarn	Optimistisch	2,8%	4,7%	1,9 PP	2,7%	4,9%	2,2 PP	2,7%	4,4%	1,7 PP
	Basis	3,6%	6,2%	2,6 PP	3,7%	5,9%	2,2 PP	3,5%	5,2%	1,7 PP
	Pessimistisch	5,7%	9,1%	3,4 PP	6,2%	7,7%	1,5 PP	5,6%	6,6%	1,1 PP

Lifetime Bond Rate		Ganzjahr 2020f			Ganzjahr 2021f			Ganzjahr 2022f		
Szenario		Q4 2019	Q3 2020	Veränderung	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung
Bulgarien	Optimistisch	0,1%	-1,3%	-1,4 PP	0,4%	-0,4%	-0,8 PP	0,5%	0,0%	-0,6 PP
	Basis	0,7%	0,0%	-0,7 PP	1,1%	0,4%	-0,7 PP	1,1%	0,6%	-0,5 PP
	Pessimistisch	2,9%	3,6%	0,6 PP	3,8%	2,6%	-1,1 PP	3,3%	2,4%	-0,9 PP
Kroatien	Optimistisch	0,0%	0,1%	0,1 PP	0,0%	0,5%	0,5 PP	0,7%	0,7%	0,1 PP
	Basis	0,4%	1,1%	0,7 PP	0,6%	1,1%	0,6 PP	1,1%	1,2%	0,1 PP
	Pessimistisch	2,2%	4,1%	1,9 PP	2,7%	3,0%	0,3 PP	2,9%	2,8%	-0,1 PP
Österreich	Optimistisch	-1,0%	-1,0%	0,0 PP	-0,7%	-0,6%	0,0 PP	0,1%	-0,4%	-0,5 PP
	Basis	-0,4%	-0,2%	0,2 PP	0,1%	-0,2%	-0,3 PP	0,8%	-0,1%	-0,8 PP
	Pessimistisch	1,6%	2,9%	1,3 PP	2,4%	1,8%	-0,7 PP	2,7%	1,5%	-1,2 PP
Polen	Optimistisch	1,5%	0,4%	-1,1 PP	1,7%	0,6%	-1,1 PP	2,1%	1,0%	-1,2 PP
	Basis	2,2%	1,5%	-0,7 PP	2,5%	1,3%	-1,2 PP	2,8%	1,5%	-1,3 PP
	Pessimistisch	3,7%	4,1%	0,4 PP	4,4%	2,9%	-1,5 PP	4,4%	2,8%	-1,5 PP
Russland	Optimistisch	5,8%	4,2%	-1,5 PP	5,7%	4,6%	-1,1 PP	6,1%	4,8%	-1,3 PP
	Basis	6,9%	6,0%	-0,9 PP	7,0%	5,7%	-1,3 PP	7,3%	5,7%	-1,6 PP
	Pessimistisch	9,4%	9,7%	0,3 PP	10,0%	8,0%	-2,0 PP	9,7%	7,5%	-2,2 PP
Rumänien	Optimistisch	2,8%	1,8%	-1,1 PP	2,7%	2,7%	0,0 PP	2,9%	3,2%	0,4 PP
	Basis	4,3%	4,2%	-0,1 PP	4,5%	4,2%	-0,3 PP	4,3%	4,5%	0,1 PP
	Pessimistisch	5,3%	5,6%	0,3 PP	5,7%	5,1%	-0,6 PP	5,3%	5,1%	-0,2 PP
Slowakei	Optimistisch	-0,8%	-0,9%	-0,1 PP	-0,5%	-0,6%	-0,1 PP	0,3%	-0,4%	-0,7 PP
	Basis	-0,1%	0,3%	0,5 PP	0,3%	0,1%	-0,2 PP	1,0%	0,2%	-0,8 PP
	Pessimistisch	1,7%	3,4%	1,7 PP	2,5%	2,0%	-0,5 PP	2,8%	1,7%	-1,1 PP
Tschechien	Optimistisch	-0,1%	0,0%	0,1 PP	0,0%	0,3%	0,3 PP	0,8%	0,7%	-0,1 PP
	Basis	1,0%	1,1%	0,1 PP	1,3%	0,9%	-0,4 PP	1,8%	1,2%	-0,6 PP
	Pessimistisch	2,8%	3,9%	1,1 PP	3,4%	2,7%	-0,8 PP	3,6%	2,6%	-1,0 PP
Ungarn	Optimistisch	1,9%	0,6%	-1,3 PP	1,8%	1,2%	-0,6 PP	2,3%	2,1%	-0,2 PP
	Basis	2,6%	2,1%	-0,5 PP	2,7%	2,1%	-0,5 PP	3,0%	2,8%	-0,2 PP
	Pessimistisch	5,1%	6,0%	0,9 PP	5,6%	4,6%	-1,0 PP	5,5%	4,7%	-0,7 PP

Immobilienpreise		Ganzjahr 2020f			Ganzjahr 2021f			Ganzjahr 2022f		
	Szenario	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung	Q4 2019	Q3 2020	Veränderung
Bulgarien	Optimistisch	9,1%	9,4%	0,3 PP	9,5%	10,1%	0,6 PP	6,6%	6,9%	0,3 PP
	Basis	5,2%	1,0%	-4,2 PP	4,8%	4,8%	0,0 PP	2,7%	2,7%	0,0 PP
	Pessimistisch	1,3%	-6,5%	-7,8 PP	0,1%	0,1%	0,0 PP	-1,2%	-1,0%	0,1 PP
Kroatien	Optimistisch	14,0%	7,1%	-6,9 PP	13,5%	7,4%	-6,1 PP	9,5%	4,3%	-5,2 PP
	Basis	6,2%	2,0%	-4,2 PP	4,2%	4,2%	0,0 PP	1,7%	1,7%	0,0 PP
	Pessimistisch	-1,6%	-2,6%	-1,0 PP	-5,1%	1,4%	6,5 PP	-6,1%	-0,6%	5,5 PP
Österreich	Optimistisch	5,3%	3,1%	-2,3 PP	5,2%	2,7%	-2,5 PP	4,3%	2,2%	-2,1 PP
	Basis	2,2%	1,0%	-1,2 PP	1,4%	1,4%	0,0 PP	1,2%	1,2%	0,0 PP
	Pessimistisch	-0,9%	-0,8%	0,1 PP	-2,4%	0,2%	2,6 PP	-1,9%	0,3%	2,2 PP
Polen	Optimistisch	6,0%	4,4%	-1,5 PP	5,5%	3,0%	-2,5 PP	4,9%	2,7%	-2,1 PP
	Basis	2,6%	2,0%	-0,6 PP	1,5%	1,5%	0,0 PP	1,5%	1,5%	0,0 PP
	Pessimistisch	-0,8%	-0,2%	0,6 PP	-2,5%	0,1%	2,7 PP	-1,9%	0,4%	2,3 PP
Russland	Optimistisch	7,8%	7,4%	-0,4 PP	7,9%	6,9%	-1,0 PP	5,4%	4,5%	-0,9 PP
	Basis	4,2%	2,0%	-2,2 PP	3,5%	3,5%	0,0 PP	1,8%	1,8%	0,0 PP
	Pessimistisch	0,6%	-3,4%	-4,0 PP	-0,9%	0,1%	1,0 PP	-1,8%	-0,9%	0,9 PP
Rumänien	Optimistisch	6,4%	5,0%	-1,4 PP	6,5%	5,3%	-1,2 PP	5,5%	4,4%	-1,1 PP
	Basis	3,3%	1,0%	-2,3 PP	2,8%	2,8%	0,0 PP	2,4%	2,4%	0,0 PP
	Pessimistisch	0,2%	-2,6%	-2,8 PP	-0,9%	0,6%	1,5 PP	-0,7%	0,6%	1,3 PP
Slowakei	Optimistisch	7,0%	8,8%	1,8 PP	6,8%	7,5%	0,7 PP	5,8%	6,2%	0,4 PP
	Basis	3,0%	0,0%	-3,0 PP	2,0%	2,0%	0,0 PP	1,8%	1,8%	0,0 PP
	Pessimistisch	-2,3%	-7,8%	-5,5 PP	-4,4%	-2,9%	1,5 PP	-3,5%	-2,1%	1,4 PP
Tschechien	Optimistisch	8,1%	4,1%	-4,0 PP	6,7%	5,8%	-0,9 PP	4,6%	3,8%	-0,8 PP
	Basis	5,7%	1,0%	-4,7 PP	3,8%	3,8%	0,0 PP	2,2%	2,2%	0,0 PP
	Pessimistisch	2,3%	-1,8%	-4,1 PP	-0,2%	2,1%	2,3 PP	-1,2%	0,8%	2,0 PP
Ungarn	Optimistisch	7,5%	6,1%	-1,4 PP	8,0%	6,7%	-1,4 PP	6,7%	5,4%	-1,3 PP
	Basis	3,7%	1,0%	-2,7 PP	3,5%	3,5%	0,0 PP	2,9%	2,9%	0,0 PP
	Pessimistisch	-0,1%	-3,5%	-3,4 PP	-1,0%	0,7%	1,7 PP	-0,9%	0,6%	1,5 PP

Den einzelnen Szenarien wurden per Quartalsende folgende Gewichtungen zugeteilt: Optimistisches Szenario 25 Prozent, Basiszenario 50 Prozent, pessimistisches Szenario 25 Prozent.

Modellergänzungen (Post-Model-Adjustments) und kollektives Staging

Nachträgliche Modellanpassungen an Schätzungen der erwarteten Kreditverluste werden durchgeführt, wenn die bestehenden Inputparameter, Annahmen und Modellierungen nicht alle relevanten Risikofaktoren abdecken. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn vorübergehende Umstände, zeitliche Engpässe, um relevante neue Informationen angemessen in das Rating einzubeziehen oder Neusegmentierungen des Portfolios vorliegen und wenn sich einzelne Kredite innerhalb eines Kreditportfolios anders als ursprünglich erwartet, entwickeln. Beispiele dafür sind das Auftreten neuer makroökonomischer, mikroökonomischer oder politischer Ereignisse zusammen mit erwarteten Parameter- und Modelländerungen oder Daten, welche nicht in den aktuellen Parametern, internen Ratingmigrationen oder zukunftsorientierten Informationen berücksichtigt sind. Generell stellen nachträgliche Modellanpassungen in der RBI nur eine Interimslösung dar. Um potenzielle Verzerrungen durch Modellergänzungen (Post-Model-Adjustments) zu vermeiden, sind diese temporär und nicht länger als ein bis zwei Jahre gültig. Alle materiellen Anpassungen werden durch das Group Risk Committee (GRC) freigegeben. Aus buchhalterischer Sicht basieren alle Modellergänzungen (Post-Model-Adjustments) auf einer kollektiven Bewertung, führen aber nicht zwangsläufig zu einer Verschiebung der erwarteten Kreditverluste zwischen den einzelnen Stages.

Aufgrund der hohen Komplexität der ECL-Berechnungen (Expected Credit Loss Calculation) und der wechselseitigen Abhängigkeit der Variablen stellt die nachfolgende Tabelle die bestmögliche Schätzung der Post-Model-Adjustments-Beträge dar, die in den kumulierten ECL-Beträgen für Stage 1 und 2 (Bilanzposten und außerbilanzielle Posten) beinhaltet sind.

30.9.2020	Modellierter ECL		Post-Model-Adjustments						Gesamt
in € Millionen			COVID-19-bezogen		Sonstige		Gesamt		
Zentralbanken	0	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	
Regierungen	13	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	13	
Kreditinstitute	1	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	1	
Sonstige Finanzunternehmen	45	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	45	
Nicht-Finanzunternehmen	276	100	36,1%	46	16,5%	146	52,6%	422	
Haushalte	344	36	10,4%	19	5,5%	55	15,9%	398	
Gesamt	680	136	19,9%	65	9,5%	200	29,5%	880	

Die Post-Model-Adjustments resultierten in zusätzlichen Stage 1 und 2 Wertminderungen von € 200 Millionen (31.12.2019: € 93 Millionen), wovon € 136 Millionen auf COVID-19 zurückzuführen sind.

Die COVID-19 bezogenen Post-Model-Adjustments stammten von der kollektiven Auswirkung auf Tourismus und den zugehörigen Branchen sowie Automobilindustrie, Flugreisen, Öl und Gas, Immobilien und einigen Konsumgüterindustrien, als Ergebnis eines Nachfrageschocks, Störungen der Lieferketten und Maßnahmen zur Eindämmung der Krise. Die Anpassungen waren notwendig, da die Modelle die Geschwindigkeit der Veränderungen und die Tiefe der wirtschaftlichen Auswirkungen des Virus nicht vollständig erfassen. Somit könnte es einige Zeit dauern, bis sich ein vollständiges Bild der Auswirkungen von COVID-19 und der nachfolgenden Maßnahmen auf der Ebene der einzelnen Kunden ergibt. Die damit verbundenen Post-Model-Adjustments beinhalten eine qualitative Beurteilung der Kreditobligos im Hinblick auf einen erwarteten signifikanten Anstieg des Kreditrisikos und ihre anschließende Übertragung von Stage 1 auf Stage 2.

Aufgrund der reduzierten Fähigkeiten der Makro-Modelle mit drastisch geänderten Prognosen im Vergleich zu den Zeiten vor COVID-19 umzugehen, d.h. Prognosen mit einem drastischen Rückgang und einer anschließenden Erholung, sind für das Kreditobligo im Privatkundengeschäft Post-Model-Adjustments erforderlich. Die jeweiligen makroökonomischen Modelle konnten zumeist die Erholungsphase der Prognose einfangen, jedoch nicht vollständig den zu berücksichtigten vorhergehenden Trend des wirtschaftlichen Abschwungs. Dies führte zusammen mit den Auswirkungen der öffentlichen und privaten Moratorien auf die Verhaltensdaten, die für die Bestimmung des Kreditratings verwendet werden, zu der Schlussfolgerung, dass der derzeitige IFRS-9-Modellaufbau nicht die Tiefe und Geschwindigkeit hat, um die geänderten Wirtschaftsprognosen zu den Verlusterwartungen vollständig widerzuspiegeln. Die damit verbundenen Post-Model-Adjustments beinhalten eine qualitative Beurteilung der Kreditobligos im Hinblick auf einen erwarteten signifikanten Anstieg des Kreditrisikos und ihre anschließende Übertragung von Stage 1 auf Stage 2. Die Kriterien für die Identifizierung solcher Kreditobligos basierten vorwiegend auf den oben angeführten Branchen (für KMU) und Beschäftigungsbranchen (für Haushalte) und wurden, soweit relevant, mit Informationen zur Anwendung der spezifischen Moratorium-Maßnahmen weiter verfeinert.

Der Großteil der sonstigen Post-Model-Adjustments war auf die Berücksichtigung von russischen Unternehmensrisiken zur Abdeckung möglicher Verluste im Zusammenhang mit potenziellen künftigen Sanktionen zurückzuführen. Es beinhaltet auch leicht höhere erwartete Ausfälle bei Hypothekarkrediten aufgrund von staatlich auferlegten Zinsklauseln für Privatkunden in Tschechien, sowie weitere Modellanpassungen für Kroatien aufgrund veränderter Markterwartungen bezüglich des Verschuldungsgrads.

Sensitivitätsanalyse

Die wichtigsten Annahmen, die sich auf die Sensitivität der erwarteten Wertminderungen auswirken, lauten wie folgt:

- Bruttoinlandsprodukt (alle Portfolios)
- Arbeitslosenquote (alle Portfolios)
- Langfristiger Zinssatz für Staatsanleihen (insbesondere Non-Retail-Portfolios)
- Immobilienpreise (insbesondere Retail-Portfolios)

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen den ausgewiesenen kumulierten Wertminderungen für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 1 und Stage 2 (gewichtet mit 25 Prozent optimistischen, 50 Prozent Basis und 25 Prozent pessimistischen Szenarien) und den jeweils mit 100 Prozent gewichteten Szenarien. Die optimistischen und pessimistischen Szenarien spiegeln keine Extremfälle wider, sondern den Durchschnitt der Szenarien, die in diesen Fällen verteilt werden. Diese Informationen dienen der Veranschaulichung.

30.9.2020 in € Millionen	ECL 25/50/25%	100% Optimistisch	100% Basis	100% Pessimistisch
Österreich	194	179	190	216
Russland	109	93	104	133
Rumänien	91	77	89	110
Tschechien	82	79	82	88
Slowakei	69	61	68	80
Polen	65	63	65	69
Kroatien	45	40	42	55
Bulgarien	56	52	55	63
Ungarn	45	42	44	51
Andere	123	98	110	143
Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	880	783	848	1.009

31.12.2019 in € Millionen	ECL 25/50/25%	100% Optimistisch	100% Basis	100% Pessimistisch
Österreich	103	93	99	112
Russland	102	86	101	119
Rumänien	71	61	72	81
Tschechien	58	52	55	68
Slowakei	48	41	47	56
Polen	50	46	49	54
Kroatien	38	35	39	38
Bulgarien	28	26	28	33
Ungarn	26	22	26	30
Andere	77	66	76	90
Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	601	528	592	681

(37) Kreditrisikovolumen nach Stages

Das Kreditportfolio der RBI ist diversifiziert und berücksichtigt die Art des Kunden, die geografische Region und die Industrie. Einzelkonzentrationen werden durch Limits und regelmäßige Berichterstattung aktiv gesteuert (auf Basis des Konzepts von Gruppen zusammenhängender Kunden). Daraus ergibt sich eine hohe Granularität des Portfolios. In der folgenden Tabelle sind die finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost auf Basis der jeweiligen Gegenparteien und Stages ersichtlich. Dabei lag der Fokus der RBI auf Kunden im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen und der Haushalte:

30.9.2020 in € Millionen	Bruttobuchwert			Kumulierte Wertminderungen			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	6.790	6	0	0	0	0	0,0%	0,0%	–
Regierungen	11.295	908	2	-7	-2	-2	0,1%	0,3%	98,4%
Kreditinstitute	5.924	220	3	0	0	-3	0,0%	0,1%	89,6%
Sonstige Finanzunternehmen	10.213	1.482	107	-10	-30	-39	0,1%	2,0%	36,6%
Nicht-Finanzunternehmen	29.262	15.767	1.609	-76	-258	-1.004	0,3%	1,6%	62,4%
Haushalte	26.025	7.496	1.066	-81	-304	-762	0,3%	4,1%	71,5%
davon Hypothekar	17.831	5.122	441	-22	-151	-272	0,1%	2,9%	61,8%
Gesamt	89.508	25.879	2.786	-175	-594	-1.810	0,2%	2,3%	64,9%

31.12.2019 in € Millionen	Bruttobuchwert			Kumulierte Wertminderungen			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	6.095	4	0	0	0	0	0,0%	0,0%	–
Regierungen	7.229	419	2	-2	-2	-2	0,0%	0,5%	98,6%
Kreditinstitute	5.873	57	4	0	0	-4	0,0%	0,1%	100,0%
Sonstige Finanzunternehmen	9.324	1.009	64	-7	-7	-33	0,1%	0,7%	51,3%
Nicht-Finanzunternehmen	40.319	4.827	1.700	-87	-99	-996	0,2%	2,1%	58,6%
Haushalte	28.400	6.188	1.094	-86	-233	-763	0,3%	3,8%	69,8%
davon Hypothekar ¹	18.249	4.261	454	-17	-109	-276	0,1%	2,5%	60,8%
Gesamt	97.240	12.504	2.864	-183	-342	-1.798	0,2%	2,7%	62,8%

¹ Anpassung der Vorjahreswerte

In der nachfolgenden Tabelle werden die Eventualverbindlichkeiten und andere außerbilanzielle Verpflichtungen nach Gegenparteien und Stages dargestellt. Dabei lag der Fokus der RBI auf Kunden im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen:

30.9.2020 in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,2%	–	–
Regierungen	367	21	0	-1	0	0	0,2%	0,0%	–
Kreditinstitute	1.890	109	0	0	0	0	0,0%	0,1%	–
Sonstige Finanzunternehmen	4.584	335	11	-2	-3	-1	0,0%	0,9%	4,6%
Nicht-Finanzunternehmen	23.364	8.390	234	-31	-57	-51	0,1%	0,7%	21,6%
Haushalte	3.718	982	11	-7	-6	-9	0,2%	0,6%	77,7%
Gesamt	33.923	9.836	256	-41	-65	-61	0,1%	0,7%	23,8%

31.12.2019 in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,1%	–	–
Regierungen	369	18	0	0	0	0	0,0%	1,6%	–
Kreditinstitute	3.071	8	0	0	0	0	0,0%	0,1%	–
Sonstige Finanzunternehmen	4.068	215	9	-4	-1	-1	0,1%	0,3%	6,5%
Nicht-Finanzunternehmen	31.235	2.262	307	-32	-25	-79	0,1%	1,1%	25,8%
Haushalte	3.769	1.003	10	-7	-5	-7	0,2%	0,5%	70,5%
Gesamt	42.511	3.505	326	-44	-30	-87	0,1%	0,9%	26,6%

Die folgende Tabelle zeigt den Betrag des Bruttobuchwerts und der Wertminderungen jener finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost und finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income, die sich in der Berichtsperiode von erwarteten Zwölf-Monats-Verlusten (Stage 1) hin zu erwarteten Verlusten über die Restlaufzeit (Stage 2 und 3) oder umgekehrt bewegt haben:

30.9.2020 in € Millionen	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit	-14.950	14.950	-47	379	0,3%	2,5%
Zentralbanken	0	0	0	0	–	–
Regierungen	-330	330	0	0	0,0%	0,1%
Kreditinstitute	-161	161	0	0	0,0%	0,0%
Sonstige Finanzunternehmen	-707	707	-1	19	0,2%	2,8%
Nicht-Finanzunternehmen	-9.927	9.927	-24	128	0,2%	1,3%
Haushalte	-3.824	3.824	-22	231	0,6%	6,0%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust	2.797	-2.797	10	-78	0,3%	2,8%
Zentralbanken	0	0	0	0	–	–
Regierungen	251	-251	1	-1	0,3%	0,6%
Kreditinstitute	17	-17	0	0	0,0%	0,2%
Sonstige Finanzunternehmen	177	-177	0	0	0,0%	0,2%
Nicht-Finanzunternehmen	823	-823	4	-15	0,5%	1,8%
Haushalte	1.529	-1.529	5	-62	0,3%	4,0%

Der Anstieg der Wertminderungen im dritten Quartal 2020 aus der Bewegung von erwarteten zwölfmonatigen Kreditverlusten zu Lifetime betrug € 332 Millionen (1.1.-31.12.2019: € 270 Millionen). Der Rückgang der Wertminderungen im dritten Quartal 2020 aus der Bewegung von Lifetime zu erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlusten betrug € 68 Millionen (1.1.-31.12.2019: € 102 Millionen).

Nach IFRS 9 müssen Emittenten zu jedem Bilanzstichtag beurteilen, ob das Kreditrisiko eines Finanzinstruments seit seiner erstmaligen Erfassung signifikant gestiegen ist. Aufgrund der Ausbreitung von COVID-19 auf den Weltmärkten wurden und werden von den nationalen Regierungen eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um die Übertragung des Virus zu verhindern, sowie

wirtschaftliche Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen für Haushalte und Unternehmen beschlossen, um die wirtschaftlichen Folgen des Ausbruchs zu bewältigen. Diese Hilfsmaßnahmen umfassen Moratorien für die Rückzahlung von Krediten, Überziehungskrediten und Hypotheken, Kreditbürgschaften sowie andere Formen der Unterstützung für einzelne Unternehmen oder bestimmte Branchen. Für die Zwecke der Beurteilung wird nicht automatisch davon ausgegangen, dass diese Maßnahmen zu einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos führen, da die bestehenden Kriterien als robust angesehen werden, um auf eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos hinzuweisen. Darüber hinaus ist die 30 Tage überfällige widerlegbare Vermutung nicht widerlegt worden. Die bestehenden Kriterien für die Einschätzung sind im Geschäftsbericht 2019 ersichtlich.

31.12.2019 in € Millionen	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats- Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats- Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats- Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit	-4.454	4.454	-32	301	0,7%	6,8%
Zentralbanken	0	0	0	0	–	–
Regierungen	-86	86	0	2	0,4%	2,4%
Kreditinstitute	-10	10	0	0	0,0%	0,0%
Sonstige Finanzunternehmen	-138	138	0	1	0,0%	0,5%
Nicht-Finanzunternehmen	-1.690	1.690	-8	66	0,4%	3,9%
Haushalte	-2.530	2.530	-24	232	0,9%	9,2%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats- Verlust	3.249	-3.249	44	-146	1,3%	4,5%
Zentralbanken	0	0	0	0	–	–
Regierungen	175	-175	0	0	0,0%	0,1%
Kreditinstitute	159	-159	0	0	0,0%	0,0%
Sonstige Finanzunternehmen	206	-206	0	0	0,0%	0,2%
Nicht-Finanzunternehmen	1.095	-1.095	8	-27	0,8%	2,5%
Haushalte	1.613	-1.613	35	-118	2,2%	7,3%

(38) Entwicklung der Wertminderungen

Entwicklung der Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorien finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost und finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2020	184	343	1.798	2.325
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	72	44	50	166
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-22	-38	-206	-266
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-45	268	348	570
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	3	3
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-1	-91	-91
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	2	-3	-2
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-11	-22	-88	-121
Stand 30.9.2020	178	595	1.810	2.583

Die Veränderung in der Berichtsperiode belief sich auf € 258 Millionen. Dies lag vorwiegend an Migrationen zwischen Stage 1 und Stage 2 sowie an zusätzlichen Nettodotierungen in Stage 3.

Die Wertminderungen sind im Wesentlichen der Stage 2 und Stage 3 zuzuordnen und resultieren aus oben genannten Gründen vor allem aus Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Zentral- und Südosteuropa.

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2019	171	333	1.986	2.490
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	74	27	53	155
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-27	-36	-260	-322
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-30	9	247	226
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	5	5
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-6	-216	-222
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	14	14
Wechselkurse und andere	6	9	44	59
Stand 30.9.2019	193	336	1.874	2.404

Entwicklung der Rückstellungen auf erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2020	44	30	87	161
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	24	12	7	42
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-9	-5	-16	-30
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-14	32	-13	6
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	0	0	0
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-4	-3	-3	-11
Stand 30.9.2020	41	65	61	167

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2019	37	32	57	126
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	25	6	2	33
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-9	-5	-8	-22
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-15	-5	1	-19
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	0	0	0
Änderungen aufgrund des Modells/Risikoparameter	0	0	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	3	1	1	5
Stand 30.9.2019	40	29	54	122

Wertminderungen und Rückstellungen nach Asset-Klassen:

30.9.2020	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Forderungen und Schuldverschreibungen	178	595	1.810	2.583
Zentralbanken	0	0	0	0
Regierungen	10	3	2	15
Kreditinstitute	0	0	3	3
Sonstige Finanzunternehmen	10	30	39	79
Nicht-Finanzunternehmen	76	258	1.004	1.338
Haushalte	81	304	762	1.147
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	41	65	61	167
Gesamt	219	660	1.871	2.750

31.12.2019	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Forderungen und Schuldverschreibungen	184	343	1.798	2.325
Zentralbanken	0	0	0	0
Regierungen	3	3	2	8
Kreditinstitute	0	0	4	4
Sonstige Finanzunternehmen	7	7	33	47
Nicht-Finanzunternehmen	87	99	996	1.183
Haushalte	86	233	763	1.082
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	44	30	87	161
Gesamt	228	373	1.885	2.485

(39) Überfälligkeiten

Buchwerte der überfälligen Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorien Amortized Cost und Fair Value Through Other Comprehensive Income:

30.9.2020	Überfällige Vermögenswerte ohne wesentliche Erhöhung im Kreditrisiko seit erstmaliger Erfassung (Stage 1)			Überfällige Vermögenswerte mit wesentlicher Erhöhung im Kreditrisiko, aber nicht wertgemindert (Stage 2)			Wertgeminderte überfällige Vermögenswerte (Stage 3)		
	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage
in € Millionen									
Regierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	37	0	0	0	0	0	24	0	0
Nicht-Finanzunternehmen	268	1	0	264	61	0	58	10	179
Haushalte	224	6	2	203	54	4	29	25	132
Gesamt	529	6	3	467	115	4	110	35	311

Die in Stage 1 und Stage 2 ausgewiesenen, über 90 Tage überfälligen Vermögenswerte resultierten aus Forderungen und Schuldverschreibungen, die gemäß CRR 178 als unwesentlich angesehen und damit weiterhin als nicht notleidendes Obligo klassifiziert wurden. Die überfälligen Kredite sind seit Jahresende zurückgegangen, da im Berichtsjahr mehrere Nicht-Finanzunternehmen, insbesondere in der Konzernzentrale, in Tschechien, der Slowakei und der Ukraine, fällige Zahlungen wieder bedient haben und für die von den Moratorien begünstigten Kunden die Zahlung der Überfälligkeitstage zurückgesetzt wurde.

31.12.2019	Überfällige Vermögenswerte ohne wesentliche Erhöhung im Kreditrisiko seit erstmaliger Erfassung (Stage 1)			Überfällige Vermögenswerte mit wesentlicher Erhöhung im Kreditrisiko, aber nicht wertgemindert (Stage 2)			Wertgeminderte überfällige Vermögenswerte (Stage 3)		
	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage	≤ 30 Tage	> 30 Tage	> 90 Tage
in € Millionen									
Regierungen	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht-Finanzunternehmen	689	15	1	114	68	0	37	17	181
Haushalte	380	7	0	405	83	2	37	35	147
Gesamt	1.072	22	1	521	152	3	73	53	329

(40) Modifizierte Vermögenswerte

Änderungen der vertraglichen Zahlungsströme von finanziellen Vermögenswerten werden sowohl nach qualitativen als auch quantitativen Kriterien dahingehend untersucht, ob es sich um wesentliche oder unwesentliche Modifikationen handelt.

Wesentliche Modifikationen führen zur Ausbuchung des bestehenden Vermögenswerts und Erfassung eines neuen Finanzinstruments (inklusive neuer Klassifizierung und neuer Stufenzuordnung für die Wertminderungslogik). Unwesentliche Modifikationen führen nicht zu einer Ausbuchung, sondern zu einer erfolgswirksamen Anpassung des Bruttobuchwerts.

Die Entwicklung seit Jahresbeginn von minus € 2 Millionen auf minus € 26 Millionen ist hauptsächlich auf die Einführung von COVID-19-Maßnahmen in Ländern, wo die RBI tätig ist, ab Ende März 2020 zurückzuführen. Aus der Tatsache, dass aus gesetzlich vorgeschriebenen Moratorien nicht bezahlte Zinsen keine Zinseszinsen generieren dürfen, ergaben sich Reduktionen beim Bruttobuchwert der betroffenen Kredite, die Netto-Modifikationsverluste verursachten.

Der Anteil der Modifikationsverluste, die mit COVID-19-Maßnahmen zusammenhängen, betrug € 17 Millionen.

30.9.2020 in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-17	-7	-2	-26
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	3.419	2.919	219	6.557
Fortgeführte Anschaffungskosten der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	–	57	3	61

31.12.2019 in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-3	0	1	-2
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	1.832	171	52	2.055
Fortgeführte Anschaffungskosten der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	–	21	0	21

(41) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden

In den nachstehenden Tabellen sind finanzielle Vermögenswerte und Schulden dargestellt, die in der Konzernbilanz saldiert werden oder einer durchsetzbaren/undurchsetzbaren Aufrechnungsrahmen- oder einer vergleichbaren Vereinbarung für ähnliche Finanzinstrumente unterliegen, ungeachtet dessen, ob sie in der Bilanz saldiert werden oder nicht.

Unter vergleichbaren Vereinbarungen sind unter anderem Derivat-Clearingverträge sowie globale Rahmenverträge über einen Rückkauf oder Wertpapierleihgeschäfte zu verstehen. Ähnliche Finanzinstrumente sind z. B. Derivate, Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte sowie Wertpapierverleih- und -leihgeschäfte.

Einige dieser Vereinbarungen werden in der Bilanz nicht saldiert, weil den jeweiligen Vertragspartnern ein Recht zur Aufrechnung von erfassten Beträgen eingeräumt wird, das nur bei Eintritt eines Ereignisses, das einen Verzug darstellt, der Insolvenz oder des Konkurses des Konzerns oder der Vertragspartner oder von anderen, vorab festgelegten Ereignissen durchsetzbar ist. Darüber hinaus beabsichtigen der Konzern und seine Vertragspartner nicht, auf Nettobasis abzurechnen oder die Vermögenswerte zu realisieren und zeitgleich die Schulden zu tilgen. Der Konzern erhält und stellt Sicherheiten in Form von liquiden Mitteln und marktgängigen Wertpapieren.

30.9.2020	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalaufrechnungsvereinbarungen		Nettobetrag
	bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	saldierter bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	Finanzinstrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
	in € Millionen					
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	5.275	2.646	2.630	1.673	190	767
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	13.718	0	13.718	13.508	0	151
Gesamt	18.994	2.646	16.348	15.180	190	918

30.9.2020	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalaufrechnungsvereinbarungen		Nettobetrag
	bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	saldierter bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	Finanzinstrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
	in € Millionen					
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	5.174	2.646	2.528	1.264	289	976
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	1.193	0	1.193	1.192	0	1
Gesamt	6.367	2.646	3.722	2.456	289	977

31.12.2019						
in € Millionen	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	saldierter bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	Finanz- instrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	3.963	1.866	2.096	1.247	139	711
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	11.142	0	11.142	11.100	0	42
Gesamt	15.105	1.866	13.239	12.347	139	753

31.12.2019						
in € Millionen	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	saldierter bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	Finanz- instrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	3.891	1.866	2.025	1.153	148	724
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	795	0	795	780	0	15
Gesamt	4.687	1.866	2.820	1.933	148	740

Die RBI hat nicht emittierte Pfandbriefe, für die ihre eigenen Darlehen verpfändet wurden. In Fällen, in denen diese nicht emittierten Pfandbriefe bei den Zentralbanken als Sicherheiten hinterlegt werden, werden diese Vermögenswerte nicht in der Tabelle der übertragenen Vermögenswerte ausgewiesen.

(42) Übertragene Vermögenswerte

Buchwerte der übertragenen, aber nicht ausgebuchten Finanzinstrumente:

30.9.2020		Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
in € Millionen	Buchwert	davon		davon Rückkauf- vereinbarung	davon		davon Rückkauf- vereinbarung
		Verbriefungen			Verbriefungen		
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	115	0		115	115	0	115
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	0		0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0		0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	60	0		60	55	0	55
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	981	0		981	977	0	977
Gesamt	1.156	0		1.156	1.147	0	1.147

31.12.2019		Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
in € Millionen	Buchwert	davon		davon Rückkauf- vereinbarung	davon		davon Rückkauf- vereinbarung
		Verbriefungen			Verbriefungen		
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	87	0		87	85	0	85
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	0		0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0		0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	45	0		45	48	0	48
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	109	0		109	99	0	99
Gesamt	242	0		242	232	0	232

(43) Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten:

in € Millionen	30.9.2020		31.12.2019	
	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	95	0	129	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	18	0	2	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	43	0	28	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	250	4	218	5
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	11.834	869	11.027	782
Gesamt	12.240	873	11.404	787

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, wenn im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	13.051	12.095
davon verkaufte oder verpfändete Sicherheiten	2.414	2.365

(44) Derivative Finanzinstrumente

Die folgende Tabelle zeigt eine Analyse des Ausfallrisikos aus Derivatgeschäften, wovon die meisten OTC-Verträge sind. Das Ausfallrisiko kann durch den Einsatz von Abwicklungshäusern und die Verwendung von Sicherheiten in den meisten Fällen minimiert werden.

30.9.2020 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	170.537	2.090	-2.190
Zinssatzverträge	120.620	1.173	-1.071
Eigenkapitalverträge	4.268	131	-370
Wechselkurs- und Goldverträge	43.156	773	-653
Kreditverträge	1.216	10	-11
Warentermingeschäfte	97	2	-3
Andere	1.179	1	-81
Bankbuch	24.855	314	-159
Zinssatzverträge	20.513	266	-127
Wechselkurs- und Goldverträge	4.143	46	-23
Kreditverträge	199	3	-8
Absicherungsinstrumente	29.121	507	-397
Zinssatzverträge	27.468	401	-396
Wechselkurs- und Goldverträge	1.654	106	0
Gesamt	224.513	2.911	-2.745
OTC-Produkte	220.055	2.823	-2.608
Börsengehandelte Produkte	1.767	73	-33

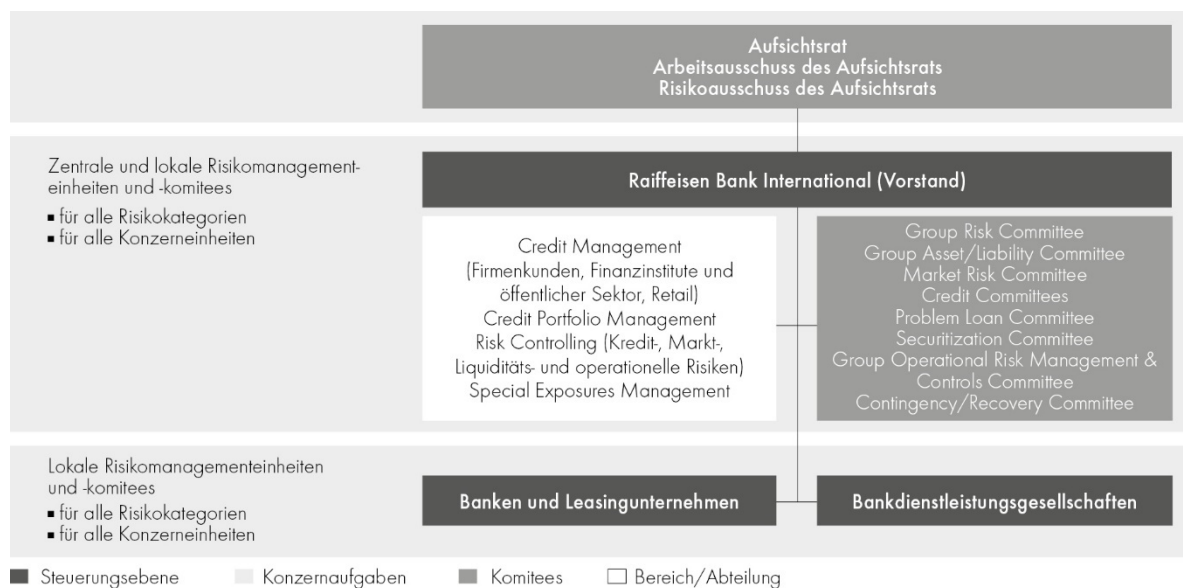
31.12.2019 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	176.548	1.664	-1.655
Zinssatzverträge	121.992	1.041	-874
Eigenkapitalverträge	5.121	180	-185
Wechselkurs- und Goldverträge	47.327	431	-499
Kreditverträge	745	5	-11
Warentermingeschäfte	105	5	0
Andere	1.258	1	-86
Bankbuch	22.882	230	-279
Zinssatzverträge	16.674	203	-186
Eigenkapitalverträge	0	0	0
Wechselkurs- und Goldverträge	6.030	27	-85
Kreditverträge	179	0	-7
Absicherungsinstrumente	26.647	402	-282
Zinssatzverträge	26.111	394	-275
Wechselkurs- und Goldverträge	536	8	-7
Gesamt	226.077	2.297	-2.216
OTC-Produkte	220.664	2.258	-2.089
Börsengehandelte Produkte	3.127	26	-23

Risikobericht

Aktives Risikomanagement stellt für die RBI eine Kernkompetenz dar. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken. Die nachfolgenden Werte beziehen sich auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nach CRR. Die darin nicht enthaltenen Unternehmen des IFRS Konsolidierungskreises sind risikomäßig im Beteiligungsrisiko abgedeckt.

Betreffend die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements wird auf das gleichnamige Kapitel im Geschäftsbericht 2019, Seite 178 ff., verwiesen.

(45) Organisation des Risikomanagements



Ökonomische Perspektive - Ökonomischer Kapitalansatz

Für die Gesamtbanksteuerung bildet das ökonomische Kapital eine wichtige Grundlage. Es beschreibt das interne Kapitalerfordernis für alle wesentlichen Risikoarten auf Basis von vergleichbaren Modellen und ermöglicht so eine gesamthafte Darstellung des Risikoprofils des Konzerns. Es dient damit als wichtiges Instrument in der Konzernrisikosteuerung und wird für die risikoadjustierte Geschäftssteuerung und Performance-Messung herangezogen. Dabei wird der Ertrag einer Geschäftseinheit in Relation zu jenem ökonomischen Kapital gesetzt, das dieser Einheit zuzurechnen ist (Return on Risk Adjusted Capital, RORAC).

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Kreditrisiko Firmenkunden	1.879	26,1%	1.749	24,8%
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.336	18,6%	1.751	24,8%
Marktrisiko	950	13,2%	633	9,0%
Beteiligungsrisiko	660	9,2%	727	10,3%
Makroökonomisches Risiko	535	7,4%	557	7,9%
Operationelles Risiko	447	6,2%	454	6,4%
Währungsrisiko der Kapitalposition	327	4,6%	229	3,2%
Risiko sonstige Sachanlagen	262	3,6%	252	3,6%
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	239	3,3%	210	3,0%
Kreditrisiko Kreditinstitute	196	2,7%	148	2,1%
CVA-Risiko	16	0,2%	18	0,3%
Liquiditätsrisiko	1	0,0%	0	0,0%
Risikopuffer	342	4,8%	336	4,8%
Gesamt	7.189	100,0%	7.065	100,0%

Der Anstieg des Marktrisikos und des Währungsrisikos der Kapitalposition im Vergleich zum Jahresende 2019 war vor allem auf die durch COVID-19 verursachte erhöhte Marktvolatilität zurückzuführen. Der Rückgang im ökonomischen Kapital für das Retail-Kreditrisiko war zu einem Teil darauf zurückzuführen, dass Prozessrisiken nun nicht mehr im Kreditrisiko abgebildet, sondern im operationellen Risiko berücksichtigt werden. Der Effekt wurde durch eine Modellanpassung im operationellen Risiko kompensiert.

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Österreich	2.902	40,4%	2.822	39,9%
Südosteuropa	1.623	22,6%	1.436	20,3%
Zentraleuropa	1.512	21,0%	1.318	18,7%
Osteuropa	1.152	16,0%	1.489	21,1%
Restliche Welt	0	0,0%	0	0,0%
Gesamt	7.189	100,0%	7.065	100,0%

Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals seit Jahresende 2019 ein Konfidenzniveau von 99,90 Prozent an. Im Einklang mit der von der Europäischen Zentralbank herausgegebenen Richtlinie für den ICAAP wird mit Jahresende 2019 das Tier-2-Kapital nicht mehr für die Berechnung des internen Kapitals herangezogen.

(46) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das größte Risiko im Geschäft des Konzerns. Das Kreditrisiko ist das Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, wenn ein Kunde oder eine Gegenpartei des Konzerns seine bzw. ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht erfüllt. Das Kreditrisiko entsteht hauptsächlich im Zusammenhang mit Forderungen an Banken, Forderungen an Kunden sowie Kreditzusagen und Finanzgarantien. Der Konzern ist auch anderen Kreditrisiken ausgesetzt, die sich aus Veranlagen in Schudtiteln und anderen Engagements im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, Derivaten, Vergleichsvereinbarungen und Reverse-Repo-Geschäften ergeben.

Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum gesamten Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von Bilanzposten zum Kreditobligo (Bank- und Handelsbuchbestände), das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl das bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditobligo vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikomin- derung, wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den nachfolgenden Tabellen des Ri- sikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus IFRS), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens.

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	28.356	19.761
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	118.174	112.607
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	4.643	4.555
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	738	776
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	710	2.276
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	4.032	4.182
Hedge Accounting	708	397
Laufende Steuerforderungen	109	61
Latente Steuerforderungen	87	144
Sonstige Aktiva	776	1.028
Erteilte Kreditzusagen	33.608	35.136
Erteilte Finanzgarantien	7.065	7.909
Sonstige erteilte Zusagen	3.342	3.298
Ausweisunterschiede	-1.339	-3.046
Kreditobligo¹	201.008	189.084

¹ Bilanzposten enthalten nur Kreditrisikoanteile

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoring-Modelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Ausfallwahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z. B. gute Kreditwürdigkeit 4 für Firmenkunden und Kreditinstitute und gute Bonität A3 für den öffentlichen Sektor) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle in den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden und Kreditinstitute sind konzernweit einheitlich und sehen 27 Bonitätsstufen vor. Die Ratingmodelle für den öffentlichen Sektor umfassen grundsätzlich zehn Bonitätsstufen, wobei österreichische Kunden mit 27 Bonitätsstufen die Ausnahme sind. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Raterstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Kreditobligo nach Asset-Klassen (Ratingmodellen):

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Firmenkunden	81.936	81.952
Projektfinanzierungen	7.447	7.212
Retail-Kunden	40.980	42.185
Kreditinstitute	24.020	21.978
Öffentlicher Sektor	46.624	35.757
Gesamt	201.008	189.084

Die RBI hat im Rahmen der Retail-Kunden (Privatpersonen, Klein- und Mittelbetriebe) die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der Moratorien umgesetzt. Die Kundenratings, die sich im Moratorium befinden, wurden angepasst, um Auswirkungen durch verschiedene Informationen (z.B. sind teilweise Verzugstagezähler oder Rückstände durch die Moratorien auf 0 gesetzt) zu begrenzen. Für Non-Retail-Kunden wurden stets, wenn es aus wirtschaftlicher und finanzieller Sicht notwendig war, Ratingherabstufungen durchgeführt.

Die Verschiebung der Rating-Klasse 2 (exzellente Kreditwürdigkeit) zur Rating-Klasse 3 und 4 (Sehr gute Kreditwürdigkeit, gute Kreditwürdigkeit) beim Kreditportfolio - Firmenkunden sind insbesondere auch auf das vorgenommene (regelmäßige) Update des Firmenkundenrating-Modells zurückzuführen. Daneben gab es, vor allem bedingt durch die COVID-19-Krise, auch weitere Downgrades von Firmenkunden, die auf einen allgemein schlechteren Wirtschaftsausblick zurückzuführen sind.

Kreditportfolio – Firmenkunden

Die nachstehende Tabelle zeigt das Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
1 Minimales Risiko	5.135	6,3%	5.785	7,1%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	6.788	8,3%	11.877	14,5%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	17.937	21,9%	13.834	16,9%
4 Gute Kreditwürdigkeit	18.703	22,8%	13.037	15,9%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	14.234	17,4%	16.410	20,0%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	11.607	14,2%	14.511	17,7%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	3.942	4,8%	3.853	4,7%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	1.220	1,5%	766	0,9%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	275	0,3%	316	0,4%
10 Ausfall	1.402	1,7%	1.418	1,7%
NR Nicht geratet	695	0,8%	145	0,2%
Gesamt	81.936	100,0%	81.952	100,0%

Das Kreditobligo für Firmenkunden nahm im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 16 Millionen auf € 81.936 Millionen ab.

Das Kreditobligo mit guter Kreditwürdigkeit bis hin zu minimalem Risiko erhöhte sich um € 4.030 Millionen, was einem Anteil von 59,3 Prozent (31.12.2019: 54,4 Prozent) entspricht.

Der Rückgang in Rating-Klasse 1 um € 650 Millionen auf € 5.135 Millionen resultierte aus Kredifinanzierungen in Großbritannien sowie aus Ratingverschlechterungen österreichischer, niederländischer, dänischer und slowakischer Firmenkunden zu Rating-Klasse 2. Zudem wirkte sich die Abwertung des russischen Rubels negativ aus. Kompensiert wurde der Rückgang durch einen Anstieg der Swap-Geschäfte in Großbritannien. Der Rückgang in Rating-Klasse 2 um € 5.089 Millionen auf € 6.788 Millionen war auf Rahmen-, Kredifinanzierungen sowie auf gegebene Garantien zurückzuführen. Verantwortlich für diesen Rückgang waren im Wesentlichen die Währungsabwertungen, vor allem des russischen Rubels sowie Ratingverschlechterungen österreichischer, deutscher,

französischer und russischer Firmenkunden zu Rating-Klasse 3. Teilweise kompensiert wurde der Anstieg in Rating-Klasse 3 durch die Ratingverschlechterung eines Firmenkunden in Großbritannien zu Rating-Klasse 4. Rating-Klasse 4 verzeichnete zudem einen Anstieg der Kredit- und Rahmenfinanzierungen in Österreich, Deutschland, Russland und Ungarn sowie aus Ratingverschlechterungen in Bulgarien, Ungarn und Russland von Rating-Klasse 3. Zudem verzeichneten russische, deutsche und österreichische Firmenkunden Ratingverbesserungen von Rating-Klasse 5. Der Rückgang in Rating-Klasse 5 war zudem auf ausgelaufene Repo-Geschäfte in den Vereinigten Staaten von Amerika zurückzuführen. Der Rückgang in Rating-Klasse 6 um € 2.904 Millionen auf € 11.607 Millionen resultierte zum Großteil aus Ratingverschiebungen in Tschechien, Serbien, Österreich und Deutschland zu Rating-Klasse 5 sowie aus einem Rückgang von Rahmen- und Kreditfinanzierungen. Zudem wirkte sich die Abwertung des russischen Rubels und der ukrainischen Hryvna negativ aus. Die Ratingverschiebung von Firmenkunden aus Österreich, Deutschland und Großbritannien war hauptverantwortlich für den Anstieg in Rating-Klasse 8 um € 454 Millionen auf € 1.220 Millionen. Der Anstieg der nicht-gerateten Kunden um € 550 Millionen auf € 695 Millionen war auf neue Kreditfinanzierungen in Tschechien und Luxemburg zurückzuführen, wobei im Oktober 2020 ein substantieller Teil in Rating-Klasse 5 geratet wurde.

Für Projektfinanzierungen besteht ein fünfstufiges Rating-Modell, das sowohl die individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit als auch die zur Verfügung stehenden Sicherheiten berücksichtigt. Die Zusammensetzung des Projektfinanzierungsvolumens stellt sich demnach wie folgt dar:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
6,1 Ausgezeichnete Projektbonität – sehr geringes Risiko	4.645	62,4%	5.367	74,4%
6,2 Gute Projektbonität – geringes Risiko	2.364	31,7%	1.310	18,2%
6,3 Ausreichende Projektbonität – mittleres Risiko	113	1,5%	91	1,3%
6,4 Schwache Projektbonität – hohes Risiko	56	0,7%	82	1,1%
6,5 Ausfall	265	3,6%	351	4,9%
NR Nicht geratet	5	0,1%	11	0,2%
Gesamt	7.447	100,0%	7.212	100,0%

Das Kreditobligo der unter Projektfinanzierung ausgewiesenen Forderungen verzeichnete zum 30. September 2020 einen Anstieg um € 235 Millionen auf € 7.447 Millionen, welcher im Wesentlichen auf Rumänien, Österreich und Serbien zurückzuführen war. Hauptverantwortlich für die Ratingverschiebung von Rating-Klasse 6,1 zu 6,2 war die Einführung eines neuen Ratingmodells, welches sich vor allem auf tschechische, ungarische, polnische und serbische Kunden auswirkte. Die Verschiebung war nicht durch eine Ratingverschlechterung begründet.

Den Hauptteil machten die Bonitätsstufen ausgezeichnete Projektbonität – sehr geringes Risiko und gute Projektbonität – geringes Risiko mit 94,1 Prozent (31.12.2019: 92,6 Prozent) aus. Dies war im Wesentlichen auf die hohe Gesamtbesicherung derartiger Spezialfinanzierungen zurückzuführen.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach dem Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers nach Regionen:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Westeuropa	22.901	25,6%	21.642	24,3%
Zentraleuropa	19.453	21,8%	19.361	21,7%
Österreich	17.658	19,8%	16.711	18,7%
Osteuropa	13.416	15,0%	15.626	17,5%
Südosteuropa	13.038	14,6%	12.819	14,4%
Asien	1.271	1,4%	1.122	1,3%
Sonstige	1.645	1,8%	1.883	2,1%
Gesamt	89.384	100,0%	89.164	100,0%

Das Kreditobligo wies im Vergleich zum Jahresende 2019 mit € 89.384 Millionen einen Anstieg um € 220 Millionen auf. Der Anstieg in Westeuropa um € 1.259 Millionen auf € 22.901 Millionen resultierte aus Kreditfinanzierungen sowie aus Repo- und Swap-Geschäften. Teilweise kompensiert wurde der Anstieg durch einen Rückgang der gegebenen Garantien und der

Dokumentenakkreditive. Österreich verzeichnete einen Anstieg um € 948 Millionen auf € 17.658 Millionen, welcher auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen war. Der Rückgang in Osteuropa um € 2.210 Millionen auf € 13.416 Millionen resultierte größtenteils aus der Abwertung des russischen Rubels, der ukrainischen Hryvna und des Belarus Rubels.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit der Erstkunden:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Fertigung/Produktion	22.032	24,6%	22.502	25,2%
Groß- und Einzelhandel	19.456	21,8%	20.083	22,5%
Finanzintermediation	10.478	11,7%	9.775	11,0%
Immobilien	10.394	11,6%	9.858	11,1%
Bauwesen	5.533	6,2%	5.767	6,5%
Freie Berufe/technische Dienstleistungen	1.948	2,2%	2.047	2,3%
Transport, Lagerung und Verkehr	3.554	4,0%	3.602	4,0%
Energieversorgung	3.510	3,9%	3.441	3,9%
Sonstige Branchen	12.480	14,0%	12.089	13,6%
Gesamt	89.384	100,0%	89.164	100,0%

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Asset-Klasse Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst.

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Retail-Kunden – Privatpersonen	37.969	92,7%	38.990	92,4%
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	3.011	7,3%	3.194	7,6%
Gesamt	40.980	100,0%	42.185	100,0%

Kreditobligo für Retail-Kunden nach internem Rating:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
0,5 Minimales Risiko	12.271	29,9%	12.314	29,2%
1,0 Exzellente Kreditwürdigkeit	6.649	16,2%	7.066	16,7%
1,5 Sehr gute Kreditwürdigkeit	5.768	14,1%	6.159	14,6%
2,0 Gute Kreditwürdigkeit	4.698	11,5%	4.891	11,6%
2,5 Intakte Kreditwürdigkeit	3.444	8,4%	3.287	7,8%
3,0 Akzeptable Kreditwürdigkeit	1.868	4,6%	1.789	4,2%
3,5 Knappe Kreditwürdigkeit	926	2,3%	927	2,2%
4,0 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	464	1,1%	428	1,0%
4,5 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	488	1,2%	382	0,9%
5,0 Ausfall	1.317	3,2%	1.353	3,2%
NR Nicht geratet	3.089	7,5%	3.588	8,5%
Gesamt	40.980	100,0%	42.185	100,0%

Da die Kundenratings, die sich im Moratorium befinden, angepasst wurden, kam es im dritten Quartal zu geringfügigen Ratingverschiebungen. Zum 30. September 2020 waren rund € 3,2 Milliarden (Summe noch aktiver Moratorien) des Retail-Portfolios (Haushalte und Klein- und Mittelbetriebe) in einem Zahlungsmoratorium, das die EBA-Vorgaben erfüllt. Das entspricht rund

8 Prozent des gesamten Retail-Portfolios. Es ist diesbezüglich auch zu beachten, dass es in einigen Ländern (Ungarn, Serbien) eine sogenannte Opt-Out-Regel gibt. Das bedeutet, dass Kunden auf eigenes Betreiben das Zahlungsmoratorium ablehnen müssen. In den meisten Ländern besteht eine sogenannte Opt-In-Regel. Das bedeutet, dass Kunden das Zahlungsmoratorium beantragen müssen. Des Weiteren gilt es zu beachten, dass nach aktuellem Stand rund 80 Prozent der per 30. September 2020 existierenden Moratorien im vierten Quartal auslaufen. Eine gesetzliche Verlängerung ist zumindest in einigen Ländern möglich oder nicht ausgeschlossen.

Das Kreditobligo für Retail-Kunden nahm im Vergleich zum Jahresende 2019 um € 1.205 Millionen auf € 40.980 Millionen ab. Die Abwertung des russischen Rubels und der tschechischen Krone waren hauptverantwortlich für den Rückgang.

Retail-Forderungen nach Segmenten:

30.9.2020 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden - Privatpersonen	17.916	10.014	4.714	5.325
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.421	794	374	422
Gesamt	19.337	10.808	5.088	5.747
davon notleidendes Obligo	532	485	200	41

31.12.2019 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden - Privatpersonen	18.295	9.748	5.987	4.961
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.499	799	491	406
Gesamt	19.793	10.546	6.478	5.367
davon notleidendes Obligo	655	455	183	36

Volumenbedingte Anstiege von Hypothekarkrediten in Zentral- und Osteuropa wurden durch Währungsabwertungen vor allem des russischen Rubels und der tschechische Krone kompensiert, daher reduzierte sich das Kreditobligo in Zentraleuropa um € 456 Millionen und in Osteuropa um € 1.390 Millionen. Zudem sanken die Verbraucherkredite in Zentral- und Osteuropa aufgrund der Währungsabwertungen.

Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden nach Produkten:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Hypothekarkredite	24.549	59,9%	24.502	58,1%
Verbraucherkredite	8.800	21,5%	9.627	22,8%
Kreditkarten	3.281	8,0%	3.566	8,5%
SME-Finanzierung	2.320	5,7%	2.290	5,4%
Überziehungen	1.540	3,8%	1.676	4,0%
Autokredite	490	1,2%	524	1,2%
Gesamt	40.980	100,0%	42.185	100,0%

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Asset-Klasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (bzw. an beobachtbaren Ausfällen) in den einzelnen Rating-Stufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
1 Minimales Risiko	3.529	14,7%	3.484	15,9%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	3.777	15,7%	7.723	35,1%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	7.684	32,0%	7.742	35,2%
4 Gute Kreditwürdigkeit	6.310	26,3%	1.913	8,7%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	2.239	9,3%	658	3,0%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	269	1,1%	267	1,2%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	139	0,6%	165	0,8%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	63	0,3%	9	0,0%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	0	0,0%	2	0,0%
10 Ausfall	4	0,0%	4	0,0%
NR Nicht geratet	5	0,0%	12	0,1%
Gesamt	24.020	100,0%	21.978	100,0%

Das Kreditobligo betrug € 24.020 Millionen und wies damit gegenüber dem Jahresultimo 2019 einen Anstieg um € 2.042 Millionen auf.

Rating-Klasse 2 verzeichnete einen Rückgang um € 3.946 Millionen auf € 3.777 Millionen, welcher auf Ratingverschlechterungen österreichischer und tschechischer Kreditinstitute zu Rating-Klasse 3 sowie auf einen Exposurerückgang in Tschechien zurückzuführen war. Kompensiert wurde der Anstieg in Rating-Klasse 3 durch einen Rückgang der Repo-Geschäfte in Spanien und Italien sowie durch Ratingverschlechterungen kanadischer, deutscher, französischer und spanischer Kreditinstitute zu Rating-Klasse 4. Steigende Repo-Geschäfte in Frankreich und Italien waren hauptverantwortlich für den Anstieg in Rating-Klasse 5 um € 1.581 Millionen auf € 2.239 Millionen.

Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Repo	8.324	34,7%	7.353	33,5%
Kredite und Forderungen	5.233	21,8%	5.104	23,2%
Anleihen	3.515	14,6%	3.497	15,9%
Geldmarkt	2.854	11,9%	2.149	9,8%
Derivate	2.795	11,6%	2.466	11,2%
Sonstige	1.300	5,4%	1.409	6,4%
Gesamt	24.020	100,0%	21.978	100,0%

Der Anstieg der Repo-Geschäfte resultierte aus Frankreich und Italien, wobei Spanien und Russland (größtenteils bedingt durch die Abwertung des russischen Rubels) Rückgänge verzeichneten. Österreich, Belgien und Deutschland waren hauptverantwortlich für den Anstieg der Geldmarkt-Geschäfte.

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken sowie regionale Gebietskörperschaften und andere staaten-ähnliche Organisationen dar. Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor inkludiert lokale und regionale Regierungen (LRG). Die Zuordnung von LRG-bezogenen Kunden zur jeweiligen internen Ratingkategorie basiert auf dem internen Ratingmodell der RBI für LRG.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating:

in € Millionen		30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
A1	Ausgezeichnete Bonität	1.149	2,5%	898	2,5%
A2	Sehr gute Bonität	20.968	45,0%	13.396	37,5%
A3	Gute Bonität	9.826	21,1%	8.302	23,2%
B1	Solide Bonität	763	1,6%	532	1,5%
B2	Zufriedenstellende Bonität	9.123	19,6%	7.826	21,9%
B3	Adäquate Bonität	2.602	5,6%	2.733	7,6%
B4	Fragliche Bonität	695	1,5%	665	1,9%
B5	Höchst fragliche Bonität	1.420	3,0%	1.392	3,9%
C	Ausfallgefährdet	1	0,0%	3	0,0%
D	Ausfall	2	0,0%	2	0,0%
NR	Nicht geratet	77	0,2%	8	0,0%
Gesamt		46.624	100,0%	35.757	100,0%

Im Vergleich zum Jahresende 2019 stieg das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor um € 10.867 Millionen auf € 46.624 Millionen.

Rating-Klasse A2 verzeichnete einen Anstieg um € 7.572 Millionen auf € 20.968 Millionen, welcher auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank und den Anleihenbestand in Deutschland und Frankreich zurückzuführen war. In Rating-Klasse A3 kam es zu einem Anstieg um € 1.524 Millionen auf € 9.826 Millionen. Dieser resultierte aus einem Anstieg des Anleihenbestands in Tschechien und der Slowakei sowie aus Ratingverbesserungen in Deutschland und Irland von Rating-Klasse B1. Teilweise kompensiert wurde der Anstieg durch einen Rückgang der Mindestreserve der slowakischen Nationalbank. Der Anstieg in Rating-Klasse B2 um € 1.297 Millionen auf € 9.123 Millionen resultierte aus einem Anstieg des Anleihenbestands und der Überziehungsrahmen in Rumänien. Zudem verzeichneten Kroatien und Italien Ratingverschlechterungen von B2 zu B3, während sich das Rating von Ungarn von B3 zu B2 verbesserte. Das Rating von Spanien verbesserte sich von B2 zu B1.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen		30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Kredite und Forderungen		23.061	49,5%	16.089	45,0%
Anleihen		17.202	36,9%	14.350	40,1%
Repo		3.804	8,2%	3.628	10,1%
Geldmarkt		2.403	5,2%	1.513	4,2%
Derivate		91	0,2%	57	0,2%
Sonstige		63	0,1%	121	0,3%
Gesamt		46.624	100,0%	35.757	100,0%

Die Produktgruppe Kredite und Forderungen verzeichnete einen Anstieg um € 6.972 Millionen auf € 23.061 Millionen, welcher im Wesentlichen auf die Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank zurückzuführen war. Teilweise kompensiert wurde der Anstieg durch Rückgänge der Mindestreserve der slowakischen Nationalbank. In der Produktgruppe Anleihen kam es zu einem Anstieg in Frankreich, Tschechien, Deutschland und der Slowakei um € 2.852 Millionen auf € 17.202 Millionen. Steigende

Geldmarkt-Geschäfte in Ungarn, Russland und der Ukraine waren hauptverantwortlich für den Anstieg um € 890 Millionen auf € 2.403 Millionen.

Rating-Klasse B4 und darunter wurde aufgrund einer Aktualisierung der Zuordnung zwischen internen und externen Ratings als Non Investment Grade definiert. Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating B4 und darunter):

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Ukraine	818	37,3%	696	33,7%
Albanien	670	30,5%	638	30,8%
Bosnien und Herzegowina	343	15,7%	396	19,1%
Belarus	175	8,0%	245	11,8%
Sonstige	187	8,5%	94	4,6%
Gesamt	2.194	100,0%	2.069	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade beruhte vor allem auf Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservvorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind.

Der Anstieg in der Ukraine war auf die Zunahme der Geldmarkt-Geschäfte zurückzuführen. Teilweise kompensiert wurde der Anstieg durch die Abnahme der Mindestreserve sowie durch die Abwertung der ukrainischen Hryvna.

Notleidendes Exposure (NPE)

Seit November 2019 wendet die RBI vollständig die neue Ausfalldefinition der CRR sowie die dazugehörigen Anforderungen der EBA (EBA/GL/2016/07) an. Die neue Ausfalldefinition führt zu Änderungen im IRB-Ansatz, welche Banken dazu zwingt, ihre Modelle anzupassen. Diese Anpassungen sind vor Implementierung von den zuständigen Aufsichtsbehörden zu genehmigen (delegierte Verordnung EU 529/2014). Die RBI arbeitet derzeit an diesen Modellanpassungen. Aufgrund des COVID-19-Ausbruchs setzt die RBI auch die neueste EBA-Richtlinie (EBA/GL/2020/02) zu gesetzlichen und nichtlegislativen Moratorien in Zusammenhang mit COVID-19 für Kreditrückführungen um. Diese soll die Gruppeneinheiten bei der Bereitstellung der erforderlichen Entlastungsmaßnahmen für Kreditnehmer, bei der Minderung der potenziellen Auswirkungen auf das Volumen des notleidenden Obligos mit Restrukturierungsmaßnahmen, der ausgefallenen und notleidenden Kredite, sowie auf deren Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung unterstützen.

Notleidendes Obligo nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-Performing Exposures):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.9.2020	31.12.2019	30.9.2020	31.12.2019	30.9.2020	31.12.2019
Regierungen	2	2	0,1%	0,2%	98,5%	98,8%
Kreditinstitute	4	4	0,0%	0,0%	68,8%	100,0%
Sonstige Finanzunternehmen	101	56	0,8%	0,5%	38,6%	58,7%
Nicht-Finanzunternehmen	1.630	1.734	3,7%	3,9%	61,6%	57,4%
Haushalte	1.087	1.141	3,1%	3,2%	70,1%	66,8%
Kredite und Forderungen	2.824	2.938	2,1%	2,4%	64,1%	61,2%
Anleihen	12	11	0,1%	0,1%	–	–
Gesamt	2.837	2.949	1,9%	2,1%	63,8%	61,0%

Entwicklung des notleidenden Obligos nach Asset-Klassen (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	Stand 1.1.2020	Währung	Zugänge	Abgänge	Stand 30.9.2020
Regierungen	2	0	2	-2	2
Kreditinstitute	4	0	0	0	4
Sonstige Finanzunternehmen	56	-1	50	-3	101
Nicht-Finanzunternehmen	1.734	-57	397	-444	1.630
Haushalte	1.141	-67	302	-290	1.087
Kredite und Forderungen (NPL)	2.938	-126	751	-739	2.824
Anleihen	11	0	1	0	12
Gesamt (NPE)	2.949	-126	752	-739	2.837

in € Millionen	Stand 1.1.2019	Währung	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2019
Regierungen	2	0	0	0	2
Kreditinstitute	8	0	0	-5	4
Sonstige Finanzunternehmen	81	-1	33	-58	56
Nicht-Finanzunternehmen	2.080	30	588	-963	1.734
Haushalte	1.228	33	559	-679	1.141
Kredite und Forderungen (NPL)	3.400	62	1.181	-1.704	2.938
Anleihen	9	0	11	-9	11
Gesamt (NPE)	3.409	62	1.192	-1.713	2.949

Das Volumen des notleidenden Obligos reduzierte sich um € 113 Millionen. Organisch ergab sich ein Anstieg um € 13 Millionen. Die allgemeine Währungsentwicklung führte hingegen zu einer Reduktion um € 126 Millionen, insbesondere durch die Abwertungen des russischen Rubels und der ukrainischen Hryvna bedingt. Ebenfalls kam es zu Verkäufen von notleidenden Krediten (€ 122 Millionen) und der Ausbuchung von wirtschaftlich nicht mehr einbringlichen Kreditforderungen (€ 141 Millionen). Diese verteilten sich hauptsächlich auf Zentraleuropa mit € 110 Millionen, Südosteuropa mit € 65 Millionen und Osteuropa mit € 60 Millionen und die RBI AG mit € 25 Millionen. Die NPE Ratio bezogen auf das Gesamtobligo verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 1,9 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 2,8 Prozentpunkte auf 63,8 Prozent.

Der Bereich Nicht-Finanzunternehmen wies seit Jahresbeginn einen Rückgang des notleidenden Obligos um € 104 Millionen auf € 1.630 Millionen auf, hauptsächlich bedingt durch Verkäufe im Segment Group Corporates & Markets von insgesamt € 24 Millionen, in Zentraleuropa von € 20 Millionen und Osteuropa von € 16 Millionen, in Südosteuropa kam es vor allem zu Ausbuchungen von insgesamt € 20 Millionen. Der Anteil des notleidenden Obligos verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 3,7 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 4,2 Prozentpunkte auf 61,6 Prozent.

Im Haushalte-Bereich reduzierte sich das notleidende Obligo um € 54 Millionen auf € 1.087 Millionen, hauptsächlich durch Ausbuchungen in Zentraleuropa in Höhe von € 65 Millionen und Verkäufen in Höhe von € 13 Millionen, Anstiege des notleidenden Obligos in Südosteuropa um € 26 Millionen und Osteuropa um € 15 Millionen wirkten dem entgegen. Der Anteil des notleidenden Obligos am Kreditobligo verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 3,1 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 3,3 Prozentpunkte auf 70,1 Prozent. Im Bereich sonstige Finanzunternehmen stieg das notleidende Obligo um € 45 Millionen auf € 101 Millionen. Die NPE Ratio erhöhte sich um 0,3 Prozentpunkte auf 0,8 Prozent, die Deckungsquote verringerte sich um 20,2 Prozentpunkte auf 38,6 Prozent.

Anteil des notleidenden Obligos (NPE) nach Segmenten (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.9.2020	31.12.2019	30.9.2020	31.12.2019	30.9.2020	31.12.2019
Zentraleuropa	820	989	1,9%	2,4%	65,0%	58,6%
Südosteuropa	751	747	2,7%	3,0%	71,0%	69,9%
Osteuropa	432	438	2,3%	2,0%	56,3%	60,0%
Group Corporates & Markets	830	771	1,7%	1,7%	60,0%	55,9%
Corporate Center	5	5	0,0%	0,0%	56,6%	47,0%
Gesamt	2.837	2.949	1,9%	2,1%	63,8%	61,0%

In Zentraleuropa verringerte sich das notleidende Obligo um € 169 Millionen auf € 820 Millionen, vor allem aufgrund von Rückgängen in Polen im Bereich Nicht-Finanzunternehmen um € 64 Millionen und Haushalte um € 57 Millionen. Die NPE Ratio verringerte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 1,9 Prozent, die Deckungsquote stieg um 6,4 Prozentpunkte auf 65,0 Prozent.

In Südosteuropa kam es zu einem Anstieg des notleidenden Obligos um € 4 Millionen auf € 751 Millionen, im Wesentlichen durch Anstiege im Bereich Haushalte in Höhe von € 26 Millionen, dem entgegen wirkten Ausbuchungen vor allem in Rumänien in Höhe von € 31 Millionen. Die NPE Ratio sank um 0,2 Prozentpunkte auf 2,7 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich seit Jahresbeginn um 1,0 Prozentpunkte auf 71,0 Prozent.

Das Segment Osteuropa verzeichnete einen Rückgang des notleidenden Obligos um € 6 Millionen auf € 432 Millionen, hervorgerufen durch die Ukraine mit einem Rückgang um insgesamt € 34 Millionen, hauptsächlich bedingt durch eine starke Währungsabwertung der ukrainischen Hryvna und Verkäufe und Ausbuchungen in Höhe von insgesamt € 24 Millionen. In Russland kam es hingegen zu einem Anstieg um insgesamt € 28 Millionen, im Bereich Haushalte um € 13 Millionen und Nicht-Finanzunternehmen um € 16 Millionen, teilweise kompensiert durch die Währungsabwertung des russischen Rubels. Der Anteil des notleidenden Obligos am Kreditobligo in Osteuropa erhöhte sich um 0,3 Prozentpunkte auf 2,3 Prozent, die Deckungsquote verringerte sich um 3,7 Prozentpunkte auf 56,3 Prozent.

Das notleidende Obligo im Segment Group Corporates & Markets erhöhte sich seit Jahresbeginn um € 59 Millionen auf € 830 Millionen. In der Berichtsperiode stieg das notleidende Obligo in der RBI AG um € 54 Millionen, in der Raiffeisen Leasing-Gruppe blieb es unverändert zum Jahresbeginn bei € 98 Millionen. Die NPE Ratio blieb seit Jahresbeginn konstant bei 1,7 Prozent, die Deckungsquote lag bei 60,0 Prozent, um 4,1 Prozentpunkte über dem Wert zu Jahresbeginn.

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen:

in € Millionen	Refinanzierung		Instrumente mit geänderter Laufzeit und geänderten Konditionen		Gesamt	
	30.9.2020	31.12.2019	30.9.2020	31.12.2019	30.9.2020	31.12.2019
Regierungen	0	0	2	0	2	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	7	7	32	28	39	35
Nicht-Finanzunternehmen	28	35	837	864	865	899
Haushalte ¹	7	16	238	254	246	271
Gesamt	42	58	1.109	1.147	1.151	1.205

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte

Das von Restrukturierungsmaßnahmen begleitete Portfolio hat sich im dritten Quartal 2020 weiter reduziert.

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen nach Segmenten:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019 ¹	Anteil
Zentraleuropa	197	17,1%	275	22,8%
Südosteuropa	268	23,3%	271	22,5%
Osteuropa	205	17,8%	213	17,7%
Group Corporates & Markets	481	41,8%	446	37,0%
Gesamt	1.151	100,0%	1.205	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte

Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist.

Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den europäischen Märkten des Konzerns wider.

Kreditobligo aller Forderungsklassen gegliedert nach dem Risikoland und gruppiert nach Regionen:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Zentraleuropa	51.716	25,7%	50.670	26,8%
Tschechien	21.677	10,8%	21.539	11,4%
Slowakei	17.419	8,7%	16.672	8,8%
Ungarn	7.735	3,8%	7.338	3,9%
Polen	4.464	2,2%	4.728	2,5%
Sonstige	421	0,2%	393	0,2%
Österreich	46.894	23,3%	38.381	20,3%
Übrige Europäische Union	38.011	18,9%	32.837	17,4%
Deutschland	11.332	5,6%	10.454	5,5%
Großbritannien	9.297	4,6%	8.192	4,3%
Frankreich	5.918	2,9%	4.191	2,2%
Luxemburg	2.963	1,5%	2.339	1,2%
Spanien	1.852	0,9%	1.990	1,1%
Niederlande	1.734	0,9%	1.308	0,7%
Italien	1.336	0,7%	1.305	0,7%
Sonstige	3.579	1,8%	3.058	1,6%
Südosteuropa	31.736	15,8%	30.497	16,1%
Rumänien	12.059	6,0%	11.581	6,1%
Bulgarien	5.639	2,8%	5.247	2,8%
Kroatien	5.345	2,7%	5.417	2,9%
Serbien	3.883	1,9%	3.503	1,9%
Bosnien und Herzegowina	2.198	1,1%	2.262	1,2%
Albanien	1.646	0,8%	1.600	0,8%
Sonstige	967	0,5%	887	0,5%

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Osteuropa	23.615	11,7%	27.455	14,5%
Russland	18.410	9,2%	21.425	11,3%
Ukraine	3.115	1,5%	3.612	1,9%
Belarus	1.855	0,9%	2.184	1,2%
Sonstige	234	0,1%	235	0,1%
Nordamerika	2.966	1,5%	2.740	1,4%
Schweiz	2.302	1,1%	2.691	1,4%
Asien	2.128	1,1%	2.269	1,2%
Restliche Welt	1.640	0,8%	1.543	0,8%
Gesamt	201.008	100,0%	189.084	100,0%

Das Kreditobligo aller Forderungsklassen wies im Vergleich zum Jahresende 2019 einen Anstieg um € 11.924 Millionen auf € 201.008 Millionen auf. Der Anstieg in Zentraleuropa um € 1.046 Millionen auf € 51.716 Millionen resultierte im Wesentlichen aus Kreditfinanzierungen und Geldmarkt-Geschäften in Ungarn sowie aus dem Anleihenbestand und Kreditfinanzierungen in der Slowakei. Kompensiert wurde der Anstieg durch die Abwertung der tschechischen Krone, des ungarischen Forints, des polnischen Zloty sowie die Abnahme der Mindestreserve der slowakischen Nationalbank und der Rahmenfinanzierungen in Ungarn. Österreich verzeichnete einen Anstieg um € 8.513 Millionen auf € 46.894 Millionen, welcher auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank (€ 6.255 Millionen) und auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen war. Der Anstieg in der übrigen Europäischen Union um € 5.174 Millionen auf € 38.011 Millionen war im Wesentlichen auf Anleihen und Repo-Geschäfte in Frankreich, Deutschland und Großbritannien zurückzuführen. Darüber hinaus kam es zu einem Anstieg der Swap-Geschäfte in Großbritannien. Der Rückgang in Russland war hauptverantwortlich für die Abnahme in Osteuropa um € 3.840 Millionen auf € 23.615 Millionen. Neben der Abwertung des russischen Rubels kam es zu einem Rückgang der Repo-Geschäfte und der gegebenen Garantien. Zudem wurde der Rückgang in Osteuropa durch die Abwertung der ukrainischen Hryvna und des Belarus Rubels verstärkt.

Kreditobligo aller Forderungsklassen nach Währungen:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Euro (EUR)	114.795	57,1%	100.663	53,2%
Tschechische Krone (CZK)	19.250	9,6%	19.376	10,2%
US-Dollar (USD)	18.934	9,4%	18.008	9,5%
Russischer Rubel (RUB)	13.842	6,9%	17.261	9,1%
Rumänischer Leu (RON)	8.086	4,0%	7.509	4,0%
Ungarischer Forint (HUF)	5.970	3,0%	5.805	3,1%
Bulgarische Lewa (BGN)	3.562	1,8%	3.256	1,7%
Kroatische Kuna (HRK)	3.075	1,5%	3.086	1,6%
Schweizer Franken (CHF)	2.709	1,3%	2.917	1,5%
Ukrainische Hryvna (UAH)	2.531	1,3%	2.806	1,5%
Bosnische Marka (BAM)	2.197	1,1%	2.251	1,2%
Serbischer Dinar (RSD)	1.733	0,9%	1.549	0,8%
Albanischer Lek (ALL)	1.165	0,6%	1.121	0,6%
Andere Fremdwährungen	3.160	1,6%	3.476	1,8%
Gesamt	201.008	100,0%	189.084	100,0%

Der Obligoanstieg in Euro um € 14.131 Millionen auf € 114.795 Millionen war auf Einlagen bei der Oesterreichischen Nationalbank, den Anleihenbestand der Republik Österreich sowie auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen. Der Obligoanstieg in US-Dollar um € 926 Millionen auf € 18.934 Millionen resultierte im Wesentlichen aus Kreditfinanzierungen sowie Repo- und Swap-Geschäften. Der Rückgang des russischen Rubels war auf die Währungsabwertung zurückzuführen. Die Währungsabwertung der

tschechischen Krone wurde durch einen Anstieg des Anleihenbestands kompensiert. Die Währungsabwertung des ungarischen Forints wurde durch den Anstieg der Geldmarkt-Geschäfte und Kreditfinanzierungen mehr als kompensiert.

Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit der Erstkunden:

in € Millionen	30.9.2020	Anteil	31.12.2019	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	60.632	30,2%	50.884	26,9%
Private Haushalte	38.089	18,9%	39.134	20,7%
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	17.512	8,7%	13.771	7,3%
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	13.750	6,8%	14.806	7,8%
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	16.729	8,3%	16.565	8,8%
Grundstücks- und Wohnungswesen	10.571	5,3%	10.183	5,4%
Baugewerbe	5.930	3,0%	6.169	3,3%
Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	2.245	1,1%	2.313	1,2%
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	5.621	2,8%	5.099	2,7%
Energieversorgung	3.645	1,8%	3.684	1,9%
Metallerzeugung und -bearbeitung	2.700	1,3%	2.788	1,5%
Sonstiges Transportgewerbe	1.794	0,9%	1.764	0,9%
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	2.191	1,1%	2.233	1,2%
Ernährungsgewerbe	2.211	1,1%	2.451	1,3%
Maschinenbau	1.758	0,9%	1.864	1,0%
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	1.185	0,6%	1.301	0,7%
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	1.097	0,5%	1.103	0,6%
Sonstige Branchen	13.348	6,6%	12.971	6,9%
Gesamt	201.008	100,0%	189.084	100,0%

Die COVID-19-Krise wirkte sich am stärksten in der Tourismus-, Automobil-, Flugreisen-, Öl- und Gas-, Immobilien- und Konsumgüter-industrie aus.

(47) Marktrisiko

Das Marktrisikomanagement basiert auf den Zahlen eines internen Modells, das den Value-at-Risk (VaR) für die Veränderung der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads, implizite Volatilität, Aktienindizes und Basis Spreads errechnet. Das Modell ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses für Marktrisiken zugelassen.

Die nachstehende Tabelle stellt diese Risikokennzahlen für das Gesamtmarktrisiko im Handels- und Bankbuch je Risikoart dar. Die in Fremdwährung gehaltenen Kapitalpositionen und offene Devisenpositionen, die strukturellen Zinsrisiken sowie Spread-Risiken aus Anleihebüchern (häufig als Liquiditätspuffer gehalten) sind die wesentlichen Treiber des VaR-Ergebnisses.

Gesamt VaR 99% 1d in € Millionen	VaR per 30.9.2020	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2019
Währungsrisiko	7	15	7	38	9
Zinsrisiko	15	30	13	77	20
Credit-Spread-Risiko	36	44	21	116	22
Aktienpreisisiko	1	0	0	1	0
Vega Risiko ¹	4	5	3	13	3
Basis Risiko	2	5	2	15	3
Gesamt	40	59	30	148	31

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund einer Änderung der Vega-Simulation

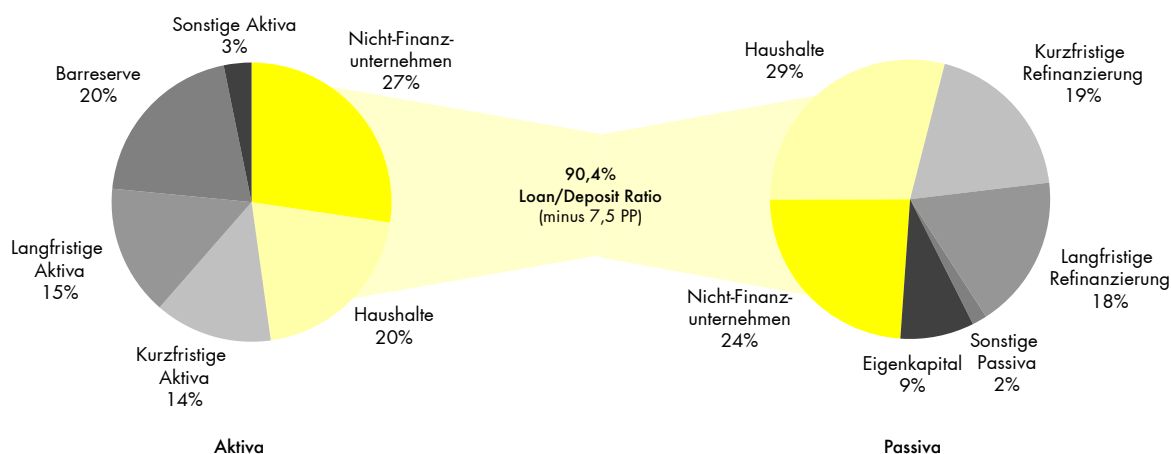
Der Anstieg des VaR ist vor allem auf die deutliche Erhöhung des Credit-Spread-Risikos aufgrund von COVID-19 auf den Euro-Finanzsektor und auf die Spreads der slowakischen und tschechischen Staatsanleihen zurückzuführen. Durch die Einführung neuer Rubel-Hedges konnten die negativen Kursentwicklungen von anderen Währungen wie zum Beispiel der tschechischen Krone ausgeglichen werden. Die Abnahme des Zinsrisikos war vor allem auf die Euro-Zinskurve zurückzuführen.

Folgende Maßnahmen werden von Marktrisikomanagement ergriffen, um der COVID-19-Krise entgegenzusteuern. Es erfolgt eine verstärkte Überwachung von Marktbewegungen und Positionsänderungen für die RBI AG und die Konzerneinheiten. Zudem wird die Entwicklung auf den lokalen Märkten täglich aktualisiert und das Risikomanagement aktiv gesteuert, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können. Ziel ist es, Limite an den Risikoappetit anzupassen, Positionen, wenn nötig zu schließen, bei günstigeren Marktbedingungen Liquiditätspuffer aufzubauen und Modelle bei Bedarf an lokale sowie globale Maßnahmen (Moratorien) anzupassen.

(48) Liquiditätsmanagement

Fundingstruktur

Die Fundingstruktur des Konzerns basiert auf einer starken Ausrichtung auf das Retail-Geschäft in Zentral- und Osteuropa. Darüber hinaus profitiert der Konzern aufgrund der starken Präsenz der österreichischen Raiffeisengruppe im lokalen Markt auch vom Funding durch die Raiffeisen Landesbanken. Gemäß dem Prinzip der Diversifikation werden verschiedene Finanzierungsquellen erschlossen. Diese umfassen die Ausgabe von internationalen Anleihen durch die RBI AG, die Ausgabe von lokalen Anleihen durch die Konzerneinheiten sowie die Nutzung von Finanzierungsdarlehen von Dritten (inklusive supranationaler Institutionen). Die Konzerneinheiten nutzen auch Interbankkredite mit Drittbanken, teils aufgrund knapper Länderlimite und teils aufgrund vorteilhafter Preisgestaltung.



Liquiditätsposition

Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, welche den Konzern in einem normalen Geschäftsmodell (Business as Usual) belasten könnten. Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberhang und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

in € Millionen	30.9.2020		31.12.2019	
Laufzeit	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Liquiditätsüberhang	30.279	31.966	23.374	27.931
Liquiditätsquote	163%	133%	146%	128%

Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR)

Die kurzfristige Belastbarkeit von Banken erfordert eine entsprechende Liquiditätsdeckung in Form einer Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR). Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten erstklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen können, decken zu können. HQLAs können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstressszenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse sowie der HQLAs basiert auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische LCR Limit beträgt 100 Prozent.

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Durchschnittliche liquide Aktiva	35.687	29.168
Netto-Abflüsse	21.052	20.777
Zuflüsse	14.714	12.079
Abflüsse	35.766	32.856
Liquidity Coverage Ratio in Prozent	170%	140%

Aufgrund eines signifikanten Anstiegs an Kundeneinlagen innerhalb der RBI sind sowohl die liquiden Aktiva als auch die Abflüsse von Kundeneinlagen gestiegen. Das Wachstum an Zuflüssen stammte vorwiegend aus Reverse-Repo-Geschäften der RBI AG.

Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Ab 28. Juni 2021 treten die neuen regulatorischen Vorschriften in Kraft und das regulatorische Limit von 100 Prozent ist zu erfüllen. Verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als jener Teil der Eigen- und Fremdmittel, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle darstellt. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig. Ziel der RBI ist eine ausgewogene Funding-Position.

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Erforderliche strukturelle Liquidität	107.255	109.882
Vorhandene strukturelle Liquidität	130.869	122.986
Net Stable Funding Ratio in Prozent	122%	112%

Während der COVID-19-Krise wurde innerhalb der RBI eine stabile Liquiditätssituation beobachtet. Die Krise bestätigte im Großen und Ganzen die starke Liquiditätsposition der RBI und die Fähigkeit, im Falle von fehlender marktsensitiver Refinanzierungsquellen, rasch zu reagieren. Die Meldefrequenz signifikanter Berichte wurde innerhalb von wenigen Tagen massiv erhöht. Dies zeigt, dass

die Infrastruktur in Krisenzeiten schnell angepasst werden kann. Bei Firmenkunden wurde ein Anstieg der Ziehung von Linien von etwa 10 Prozent beobachtet. Bei Linien an Finanzkunden gab es keinen signifikanten Anstieg. Seit Beginn der COVID-19-Krise konnte innerhalb der Konzerneinheiten aufgrund des starken Markennamens ein signifikanter Anstieg an Kundeneinlagen beobachtet werden. Termineinlagen von Firmenkunden haben sich während der Krise als starke Refinanzierungsquelle erwiesen.

Sonstige Angaben

(49) Offene Rechtsfälle

Die RBI ist an diversen Gerichts-, Regierungs- oder Schiedsverfahren vor verschiedenen Gerichten und Regierungsbehörden beteiligt, die sich in der Regel aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in vertraglichen, arbeitsrechtlichen und anderen Angelegenheiten ergeben.

Eine Rückstellung wird nur dann gebildet, wenn eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, die Zahlung wahrscheinlich ist und der Betrag zuverlässig geschätzt werden kann. Eine Eventualverbindlichkeit, die aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, wird offengelegt, es sei denn die Zahlungen sind höchst unwahrscheinlich. Eine Eventualforderung aufgrund eines vergangenen Ereignisses wird ausgewiesen, wenn eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit gegeben ist. In der nachfolgenden Beschreibung wird in jenen Fällen kein Betrag genannt, in denen in Übereinstimmung mit IAS 37, dies schwerwiegend nachteilig wäre. Die Berechnung der Rückstellung findet in bestimmten Fällen auf einer Portfoliobasis statt, weil die Schätzung der Verpflichtung damit eine höhere Verlässlichkeit aufweist. Die RBI hat ihre Rückstellungen, Eventualforderungen und -verbindlichkeiten in die Gruppen Konsumentenschutz, Bankgeschäfte, Durchsetzung durch Regulierungsbehörden und Steuerfälle eingeteilt.

Konsumentenschutz

Die RBI ist mit Klagen von Kunden im Zusammenhang mit Themen des Konsumentenschutzes konfrontiert. Die meisten Forderungen betreffen Vertragsbedingungen, die vermeintlich den Konsumentenschutz oder andere Gesetze verletzen. Das rechtliche Risiko in Verbindung mit diesen Forderungen wird durch die Gefahr von politisch motivierten Gesetzen, welche den Grad der Unvorhersehbarkeit steigern, erhöht.

Kroatien

In Kroatien wurden in einem von einer Konsumentenschutzorganisation gegen die Raiffeisenbank Austria, d.d., Croatia (RBHR) und andere kroatische Banken angestregten Verfahren zwei Klauseln für nichtig befunden, die in den Jahren zwischen 2003/2004 und 2008 in Kreditverträgen mit Konsumenten verwendet wurden. Dabei handelt es sich um eine Zinsanpassungs- und eine CHF-Index-Klausel. Gegen den Entscheid über die Zinsanpassungsklausel kann kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Das Urteil, wonach die CHF-Index-Klauseln unwirksam sind, wurde vom Obersten Gerichtshof des Landes bestätigt, doch die RBHR hat Verfassungsbeschwerde beim kroatischen Verfassungsgericht eingelegt. Eine endgültige Entscheidung dieses Gerichts kann Einfluss auf die CHF-Index-Klauseln haben. Auf Grundlage der bereits zur Unwirksamkeit der Zinsanpassungs- und/oder der CHF-Index-Klausel ergangenen Entscheidungen machen Kreditnehmer – vorbehaltlich der gesetzlichen Verjährungsfristen – jedoch bereits jetzt Ansprüche gegen die RBHR geltend. Angesichts der gegenwärtigen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Verjährung, der Wirksamkeit der CHF-Index-Klausel, der weiteren Vorgehensweise, des endgültigen Urteils über die Klage beim Verfassungsgericht und die Anzahl der Kreditnehmer, die diese Ansprüche geltend machen, lassen sich die Auswirkungen und der mögliche Schaden zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht endgültig beziffern, da die endgültige rechtliche Beurteilung der Kreditvertragsklauseln jedenfalls auf Einzelbasis zu erfolgen hat. In diesem Zusammenhang wurde die Rückstellung auf Portfoliobasis aufgrund aktualisierter Parameter auf € 31 Millionen erhöht.

Polen

In Polen ist eine erhebliche Anzahl zivilrechtlicher Klagen hinsichtlich bestimmter vertraglicher Regelungen im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten an Konsumenten, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, anhängig und die Anzahl dieser Verfahren steigt weiter. Ende September 2020 lag der Gesamtstreitwert dieser Verfahren bei rund PLN 600 Millionen (€ 132 Millionen). In diesem Zusammenhang hat sich ein polnisches Gericht an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) gewandt, um klären zu lassen, ob bestimmte Klauseln dieser Verträge gegen europäisches Recht verstoßen und missbräuchlich verwendet wurden. Die am 3. Oktober 2019 dazu in einem Vorabentscheidungsverfahren ergangene Entscheidung des EuGHs gibt keine Antwort bezüglich einer gänzlichen oder teilweisen Nichtigkeit der Kreditverträge, sondern lediglich eine Orientierungshilfe für die Interpretation, nach welchen Grundsätzen nationale Gerichte auf Einzelfallbasis zu entscheiden haben. Demnach soll ein Kreditvertrag ohne missbräuchliche Klauseln wirksam bleiben, solange dies mit nationalem Recht im Einklang steht. Sofern der Kreditvertrag allerdings ohne die missbräuchliche Klausel nicht mehr aufrechterhalten werden kann, würde der Vertrag insgesamt

unwirksam. Sollte die Unwirksamkeit des gesamten Kreditvertrags mit wesentlichen negativen materiellen Konsequenzen für den Kreditnehmer verbunden sein, so kann die missbräuchliche Klausel von polnischen Gerichten im Einklang mit nationalem Recht durch eine wirksame Klausel ersetzt werden. Die Konsequenzen einer Unwirksamkeit des Vertrags müssen sorgfältig untersucht werden, sodass der Kreditnehmer alle potenziell negativen Folgen einer Unwirksamkeit bedenken kann. Die Folgen einer Rückabwicklung eines nichtigen Kreditvertrags bleiben allerdings unklar und sind – beispielsweise aufgrund der Verpflichtung zur sofortigen Rückzahlung samt Kosten der Nutzung des Kreditbetrags – potenziell schwerwiegend für den Kreditnehmer. Es bleibt abzuwarten, wie die vom EuGH entwickelten Grundsätze nach nationaler Rechtsprechung auf Einzelfallbasis angewendet werden.

Ein beträchtlicher Anstieg an neuen Fällen konnte seit Beginn 2020 beobachtet werden, hervorgerufen durch die Entscheidung des EuGH und die gestiegenen Marketingaktivitäten von Anwaltskanzleien, die für Kreditnehmer tätig sind. Dieser Anstieg wurde nicht nur von der polnischen Filiale der RBI beobachtet, sondern von allen Banken, die mit Fremdwährungskreditportfolios in Polen befasst sind.

Darüber hinaus haben sich polnische Gerichte in drei anderen zivilrechtlichen Verfahren mit der Bitte um eine Entscheidung in einem Vorabentscheidungsverfahren an den EuGH gewandt. Diese Entscheidung könnte zu weiteren Klärstellungen führen und einen Einfluss darauf haben, wie gerichtsanhängige Verfahren im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten von nationalen polnischen Gerichten entschieden werden. Die Verfahren vor dem EuGH befinden sich in einem sehr frühen Stadium. RBI ist in eines dieser Verfahren direkt involviert.

Einfluss auf die Folgenabschätzung für Kreditverträge, die an eine Fremdwährung gekoppelt sind oder auf eine Fremdwährung lauten, können auch Untersuchungen haben, die durch den Präsidenten des Amts für Wettbewerb und Verbraucherschutz (UOKiK) gegen die polnische Zweigstelle der RBI eingeleitet wurden. Verfahrensgegenstand sind bestimmte Standardklauseln in Fremdwährungskreditverträgen und eine damit in Zusammenhang geübte Praxis, die angeblich gegen kollektive Interessen von Konsumenten verstoßen haben könnte.

Abgesehen von dem zuvor genannten Verfahren gibt es eine Anzahl weiterer Verwaltungsverfahren im Zusammenhang mit Vereinbarungen zu Krediten, die in Fremdwährung denominated oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, die vom Präsidenten des UOKiK gegen die polnische Filiale der RBI geführt werden. Diese Verfahren basieren auf der behaupteten Praxis der Verletzung von Konsumenteninteressen und der Klassifizierung von Klauseln in Standardverträgen als missbräuchlich. Derartige Verfahren können zu Verwaltungsstrafen und – im Fall der Erhebung von Rechtsmitteln – zu Verfahren vor einem Verwaltungsgerichtshof führen.

Da die Klagen von einer Reihe von Kunden eingebracht wurden, basiert die Rückstellung auf einem statistischen Ansatz, welcher sowohl statische Daten, soweit diese relevant sind, als auch Expertenmeinungen berücksichtigt. Mögliche Beschluss-Szenarien und die erwarteten Verlustraten pro Szenario wurden geschätzt. Die erwartete Belastung gründet sich auf Kredite von Kunden, welche die Bank klagten oder eine solche angekündigt haben. Um die finanziellen Auswirkungen pro Szenario zu berechnen, wird der Forderungsbetrag mit dem geschätzten finanziellen Abfluss im Szenario und der Wahrscheinlichkeit multipliziert, dass die Bank letztendlich eine Entschädigung an den Kunden zahlen muss. Für Abflüsse, für die angenommen wird, dass diese nicht innerhalb eines Jahres erfolgen werden, wird ein angemessener Abzinsungssatz angewendet. Die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Szenarien werden anhand von Expertenmeinungen gewichtet. Die sich daraus ergebende Rückstellung wurde aufgrund aktualisierter Parameter auf € 76 Millionen erhöht.

Rumänien

Im Oktober 2017 hat die Verbraucherschutzbehörde (ANPC) die rumänische Netzwerkbank der Emittentin, Raiffeisen Bank SA, Bukarest, angewiesen, ihre angebliche Praxis, ihre Kunden nicht über künftige Änderungen des den Kunden verrechneten Zinssatzes zu informieren, einzustellen. Die Anordnung impliziert keine Geldrückerstattung oder Zahlung von Raiffeisen Bank SA, Bukarest. Mögliche Geldrückerstattungsansprüche, die von Kunden erhoben werden, können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die rumänische Netzwerkbank der Emittentin, Raiffeisen Bank SA, Bukarest, hat diese Anordnung bekämpft und eine Aussetzung des Vollzugs erwirkt. Diese Verfahren befinden sich derzeit in der Berufungsphase, wobei die erste Entscheidung zugunsten von ANPC getroffen wurde. Angesichts der gegenwärtigen Unsicherheiten ist eine genaue Quantifizierung der negativen finanziellen Auswirkungen nicht möglich. Die Einschätzung von Raiffeisen Bank SA, Bukarest, auf der Grundlage der derzeit bekannten Faktoren ist jedoch, dass diese Auswirkungen voraussichtlich € 20 Millionen nicht überschreiten werden.

Im Juli 2014 hat die Verbraucherschutzbehörde (ANPC) eine für die rumänische Netzwerkbank geltende Entscheidung erlassen, in der die Bank aufgefordert wurde, die Einbeziehung der Bearbeitungsgebühren in die Zinsmarge anlässlich der Umstrukturierung von Verbraucher krediten einzustellen. Obwohl Bestimmungen, die diese Methode beschreiben, in den jeweiligen Vereinbarungen enthalten waren, ist ANPC der Ansicht, dass diese Bestimmungen nicht klar genug waren. Zunächst war nicht klar, wie die ANPC-Entscheidung umgesetzt werden sollte. Nach einem Gerichtsstreit, den die rumänische Netzwerkbank im Juni 2020 verloren hatte, ist nun entschieden, dass die Umsetzung die Rückgabe eines Teils des Zinssatzes bedeuten würde und zwar an alle Verbraucher, auf die eine solche Praxis angewendet wurde, zumindest für den Zeitraum von Juli 2014 bis entweder zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Kreditnehmer eine neue Vereinbarung über den Zinssatz getroffen haben oder zu dem Zeitpunkt, zu dem die rumänische Netzwerkbank das Gerichtsurteil tatsächlich umsetzt. Dies gilt auch für ursprünglich betroffene Kredite, die zwischenzeitlich

zurückgezahlt wurden. Nach Einholung eines externen Gutachtens hinsichtlich der konkreten Umsetzung des Gerichtsurteils hat die rumänische Netzwerkbank ihre Einschätzung der negativen finanziellen Auswirkung von einem ursprünglich erwarteten Betrag von € 17 Millionen auf € 3,5 Millionen reduziert. Eine genaue Quantifizierung ist jedoch nach wie vor nicht möglich, da ANPC gegen die besagte Umsetzung des Gerichtsurteils Einspruch erheben könnte.

Bankgeschäfte

Die RBI und ihre Tochterunternehmen erbringen Dienstleistungen für Firmenkunden, welche auf operativer Ebene das Risiko von Rechtsstreitigkeiten erhöhen. Die wesentlichsten Fälle sind:

Nach der Insolvenz der Alpine Holding GmbH (Alpine) im Jahr 2013 reichten Kleinanleger in Österreich eine Reihe von Klagen im Zusammenhang mit einer von der Alpine im Jahr 2012 begebenen Anleihe im Gesamtnennbetrag von € 100 Millionen gegen die RBI und ein weiteres Kreditinstitut ein. Die Ansprüche gegen die RBI wurden entweder direkt durch einzelne Anleger oder mittels gesammelter Anlegeransprüche geltend gemacht und belaufen sich auf etwa € 10 Millionen. Vorgebracht wird unter anderem, dass die Banken als Joint Lead Manager der Anleiheemission gehandelt hätten und zum Zeitpunkt der Emission Kenntnis von den finanziellen Problemen der Alpine hatten oder zumindest Kenntnis davon hätten haben müssen. Ihnen sollte daher bekannt gewesen sein, dass die Alpine nicht imstande gewesen sei, die Anleihen gemäß den Anleihebedingungen zurückzuzahlen. Die Kläger behaupten, dass der Kapitalmarktprospekt in Bezug auf die Anleihe irreführend und unvollständig gewesen sei und die Joint Lead Manager einschließlich der RBI, die auch an der Erstellung des Prospekts beteiligt waren, dies gewusst hätten.

Gerichtliche Schritte wurden in New York gegen die Raiffeisen Zentralbank (vor der Fusion mit der RBI im Jahr 2010) und die Raiffeisen Investment AG (RIAG) eingeleitet. Der Kläger behauptet, dass die RBI, in ihrer Funktion als Nachfolger der Raiffeisen Zentralbank, widerrechtlich USD 150 Tausend (€ 137 Tausend) auf eine Bietergarantie gezahlt hat und dass die RIAG an einem Betrug, der von einer serbischen Privatisierungsagentur verübt wurde, mit einem Schaden zwischen USD 31 Millionen bis USD 52 Millionen (€ 28 Millionen bis € 47 Millionen), involviert ist. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde der behauptete Schaden auf USD 30,5 Millionen (€ 27 Millionen) reduziert. Die Klage ist nach Einschätzung der RBI unbegründet und hat kaum Aussicht auf Erfolg. Die Klage wurde im Februar 2014 abgewiesen, und der Kläger reichte einen Antrag zur Überprüfung bei Gericht ein, welche seit einigen Jahren anhängig ist. 2018 wurde dieser Fall einem neuen Richter übertragen und ist nun wieder in New York anhängig. Die Einschätzung der RBI hat sich nicht geändert.

Der RBI wurde im Mai 2017 eine Klage des rumänischen Verkehrsministeriums gegen die RBI und die Banca de Export Import a Romaniei Eximbank SA (EximBank) hinsichtlich einer Zahlung von € 10 Millionen zugestellt. Der Klageschrift zufolge soll die RBI 2013 auf Verlangen eines rumänischen Kunden der im indirekten Eigentum der RBI stehenden rumänischen Raiffeisen Bank S.A., Bukarest, ein Akkreditiv in Höhe von € 10 Millionen zugunsten des rumänischen Verkehrsministeriums ausgestellt haben. Die EximBank handelte als avisierende Bank der RBI in Rumänien. Das rumänische Verkehrsministerium sandte im März 2014 unter Bezugnahme auf das genannte Akkreditiv eine Zahlungsaufforderung, die von der RBI wegen Eingangs nach dem Beendigungsdatum des Akkreditivs zurückgewiesen wurde. Im April 2018 wurde die Klage vom erstinstanzlichen Gericht als unbegründet abgewiesen, was vom Bukarester Berufungsgericht im Oktober 2019 bestätigt wurde.

Im Mai 2017 wurde eine Tochtergesellschaft der RBI in Österreich auf Zahlung von € 12 Millionen wegen Nichteinhaltung von Gewährleistungen aus einem Anteilskaufvertrag verklagt, der ein Immobilienbesitzunternehmen betraf. Der Kläger, d. h. der Käufer unter dem Anteilskaufvertrag, macht einen Gewährleistungsanspruch geltend. Konkret behauptete dieser, die Beklagte habe zugesichert, dass das im Rahmen des Anteilskaufvertrags veräußerte Unternehmen nicht auf Mieterhöhungen verzichtet habe, zu denen es möglicherweise berechtigt gewesen wäre.

Im Dezember 2017 reichte ein französisches Unternehmen beim Handelsgericht in Warschau gegen die Raiffeisen Bank Polska S.A. (RBPL), die ehemalige polnische Tochtergesellschaft der RBI, und die RBI eine Klage ein. Das französische Unternehmen verlangte von beiden Banken Schadensersatz in Höhe von insgesamt € 15,3 Millionen wegen der behaupteten Verletzung der Sorgfaltspflichten seitens der RBPL im Rahmen der Eröffnung eines Kontos für einen bestimmten Kunden und Ausführung von Überweisungen über dieses Konto und seitens der als Korrespondenzbank handelnden RBI im Rahmen ihrer Korrespondenzbank-tätigkeit. Hinsichtlich der Klage gegen die RBI erklärte sich das Handelsgericht in Warschau im Mai 2019 für unzuständig. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Im Zuge des Verkaufs des Kernbankgeschäfts der RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. wurde die Klage gegen die RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. übertragen. Trotzdem sind allfällige negative finanzielle Konsequenzen im Zusammenhang mit diesem Verfahren weiterhin von der RBI zu tragen.

Im Juni 2012 stellte ein Kunde (der slowakische Kläger) der Tatra banka, a.s. (Tatra banka), einen Antrag auf Schadenersatz für entgangene Gewinne in Höhe von rund € 71 Millionen. Die Klage steht in Verbindung mit bestimmten Kreditfazilitäten zwischen der Tatra banka und dem slowakischen Kläger. Der slowakische Kläger beanstandete, dass die Tatra banka gegen ihre vertraglichen Verpflichtungen verstoßen hat, weil sie sich ohne Grund geweigert hat, Zahlungen vom Konto des slowakischen Klägers durchzuführen und auch die Verlängerung der Kreditfazilitäten trotz vorheriger Zusage nicht erfolgt ist. Dies hatte zur Folge, dass Zahlungen des slowakischen Klägers gegenüber seinen Geschäftspartnern nicht durchgeführt wurden und die Geschäftsaktivitäten des slowakischen Klägers beendet wurden. Im Februar 2016 stellte der slowakische Kläger einen Antrag auf Erhöhung des Schadensersatzes um € 50 Millionen, welcher vom Gericht abgelehnt wurde. Es wurde eine Verfassungsbeschwerde bezüglich

dieser Entscheidung eingereicht. Das Verfassungsgericht lehnte diesen Einspruch ebenso ab wie die geforderte Erhöhung des Schadenersatzes. Im Dezember 2017 wurde mit derselben Begründung, die dem Antrag im Februar 2016 zugrunde lag, eine neue Klage über € 50 Millionen an die Tatra banka übermittelt. Diese neue Klage wurde mit der Originalklage verbunden. Somit forderte der slowakische Kläger im Rahmen dieser Klage Schadenersatz und Ersatz für entgangene Gewinne in Höhe von insgesamt schätzungsweise € 121 Millionen. Im Februar 2018 hat das Gericht erster Instanz die Klage zur Gänze abgewiesen. Der slowakische Kläger, bei dem es sich aufgrund des Konkurses des slowakischen Klägers nach dem Gesetz nunmehr um den Verwalter des Konkursverfahrens des slowakischen Klägers handelt, hat Berufung gegen die Ablehnung eingelegt. Im September 2018 hat das Berufungsgericht die Entscheidung des Gerichts erster Instanz sowie die Abweisung der Klage im vollen Umfang bestätigt. Im Jänner 2019 hat der slowakische Kläger eine außerordentliche Revision beim obersten Gerichtshof der Slowakischen Republik eingereicht, diese Revision wurde jedoch im April 2019 vom obersten Gerichtshof abgelehnt. Der slowakische Kläger reichte im Juli 2019 eine Verfassungsbeschwerde in Bezug auf das Urteil des obersten Gerichtshofes ein. Das Verfassungsgericht lehnte die Beschwerde jedoch endgültig ab und der Rechtsstreit ist endgültig beendet.

Weiters reichte ein zypriotisches Unternehmen (der zypriotische Kläger) eine gesonderte Schadenersatzklage in Höhe von rund € 43,1 Millionen ein. Im Jänner 2016 stellte der zypriotische Kläger einen Antrag auf Erhöhung der Klagesumme um € 84 Millionen, und das Gericht genehmigte diesen Antrag. Das bedeutet, dass die Klagesumme in diesem Verfahren insgesamt rund € 127 Millionen beträgt. Dieses Verfahren steht im Zusammenhang mit dem oben beschriebenen Verfahren des slowakischen Klägers, da der zypriotische Kläger, der die Klage eingereicht hat, die Forderung von einem Anteilseigner der Holding des slowakischen Klägers übernommen hat. Der Inhalt der Klage gleicht dem Klagsvorbringen im oben beschriebenen Verfahren. Laut dem zypriotischen Kläger hat der Schaden des slowakischen Klägers durch den Wertverlust der Geschäftsanteile auch Auswirkungen auf den Anteilseigner der Holding. In der Folge übertrug besagter Anteilseigner diese Forderung an den zypriotischen Kläger. Der zypriotische Kläger argumentiert, dass die Tatra banka gegen die guten Sitten verstoßen und entgegen fairen unternehmerischen Handelns agiert hat und fordert die Tatra banka auf, eine Entschädigung entsprechend dem Wertverlust der Geschäftsanteile der Holding zu zahlen. Im November 2019 wurde die Klage in vollem Umfang abgewiesen. Der zypriotische Kläger hat gegen das Urteil im Jänner 2020 Berufung erhoben.

Nach der Abtretung der Forderung der Tatra banka (rund € 3,5 Millionen) gegenüber einem Firmenkunden an einen Zessionar wurden von den ursprünglichen Anteilseignern des Firmenkunden zwei Klagen in einer Gesamthöhe von rund € 18,6 Millionen gegen die Tatra banka eingereicht. Ihre Geschäftsbeteiligung am Firmenkunden wurde als Sicherheit für eine dem Firmenkunden von der Tatra banka zur Verfügung gestellte Finanzierung verpfändet. Es handelt sich um Klagen auf Schadenersatz für Verluste, die den ursprünglichen Anteilseignern infolge einer angeblich verspäteten Mitteilung über die Abtretung an die ursprünglichen Anteilseigner, der Tatsache, dass der Zessionar seinen Anspruch auf die verpfändeten Aktien geltend gemacht hat und die ursprünglichen Anteilseigner in der Folge nicht mehr Anteilseigner des Firmenkunden sind, sowie der Tatsache, dass der Zessionar eine Hypothek auf Immobilien des Kunden (die ebenfalls als Sicherheit für die dem Firmenkunden von der Tatra banka gewährte Finanzierung geschaffen wurden) verwertet hat, entstanden sind. Die ursprünglichen Anteilseigner argumentierten, dass sich der Wert des Firmenkunden auf € 18,6 Millionen beliefe und dass dieser Betrag den Schaden darstellt, der ihnen durch die Abtretung der Forderung der Tatra banka gegenüber dem Firmenkunden entstanden ist. In der Folge traten die ursprünglichen Anteilseigner ihre Ansprüche im Rahmen der oben erwähnten Verfahren an eine panamaische Gesellschaft ab, die nun den Kläger darstellt. Der Kläger argumentiert, dass die Tatra banka gegen die Grundsätze von Treu und Glauben gehandelt und eine Verpflichtung aus dem slowakischen Zivilgesetzbuch verletzt habe. Im Juni 2019 wies das Gericht die Klage in vollem Umfang ab. Der Kläger legte im August 2019 Berufung gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz ein.

2011 reichte ein Kunde der Raiffeisenbank Austria, d.d., Kroatien (RBHR) eine Schadenersatzklage in Höhe von rund HRK 143,5 Millionen (€ 19 Millionen) ein. Der Verlust sei dem Kläger nach durch eine ungerechtfertigte Kündigung des Kredits entstanden. Im Februar 2014 erließ das Handelsgericht in Zagreb ein Urteil, mit dem die Klage abgelehnt wurde. Gegen dieses Urteil legte der Kläger Berufung ein, welche noch nicht abschließend entschieden wurde. In der Zwischenzeit hat der Kläger ein Insolvenzverfahren durchlaufen, und der Insolvenzverwalter hat beim Handelsgericht einen Antrag auf Zurücknahme der Klage gestellt. Eine Entscheidung über die Beendigung der Klage gegen RBHR wurde vom Handelsgericht in Zagreb noch nicht erlassen.

2015 wurde die RBHR von einem ehemaligen Kunden auf Schadenersatz in Höhe von rund HRK 181 Millionen (€ 24 Millionen) verklagt, basierend auf dem Vorwurf, die RBHR habe betrügerisch gehandelt, indem sie Kredite, die zur Finanzierung des Hotelgeschäfts des Kunden gewährt worden waren, ohne Begründung gekündigt habe. In vorangegangenen Gerichtsverfahren bezüglich der Kündigung der Kredite sowie der Vollstreckung der Immobilien fielen alle endgültigen Urteile zugunsten der RBHR aus. Es fanden mehrere Anhörungen statt, und es wurden Stellungnahmen ausgetauscht. Bislang wurde kein Urteil gefällt.

Ab 2014 reichte eine Gruppe ehemaliger Kunden der RBHR mehrere Schadenersatzklagen in Höhe von rund HRK 120,7 Millionen (€ 16 Millionen) ein, basierend auf dem Vorwurf, die RBHR habe betrügerisch gehandelt, indem sie Kredite gekündigt und eingetrieben habe. In einigen der Gerichtsverfahren wurden endgültige Gerichtsurteile erlassen, durch die die Forderungen in Höhe von rund HRK 20 Millionen (€ 3 Millionen) abgelehnt wurden.

2015 strengte ein ehemaliger Kunde der Raiffeisenbank a.s. (RBCZ) ein Gerichtsverfahren gegen die RBCZ an, in dem dieser Schadenersatz in Höhe von rund CZK 371 Millionen (€ 14 Millionen) forderte, basierend auf der Anschuldigung, ihm seien Verluste dadurch entstanden, dass die RBCZ ihm keine weitere Finanzierung gewährt habe. Aufgrund der Nichtzahlung der

Gerichtsgebühren durch den Kläger wurde ein Gerichtsbeschluss über die Abweisung der Klage erlassen, gegen den der Kläger Berufung eingelegt hat. In der Zwischenzeit hat das Gericht zwei vom Kläger gegen die RBCZ eingeleitete Verfahren zusammengelegt, sodass sich die Klagesumme auf rund CZK 494 Millionen (€ 18 Millionen) erhöht. Nachdem das Urteil des Gerichts erster Instanz vom obersten Gerichtshof revidiert wurde und der Kläger schließlich die Gerichtsgebühren entrichtet hatte, war das erstinstanzliche Gericht in der Lage, ein Urteil zum Kernthema des Rechtsstreits zu erlassen, in dem das Gericht die Forderungen des Klägers im September 2019 abwies. Der Kläger hat Berufung gegen diese Entscheidung eingelegt. Im Juni 2020 wurde die Klage vom Gericht zweiter Instanz abgewiesen. Der Kläger hat gegen diese Entscheidung berufen.

Im April 2018 wurde die Raiffeisen Bank Polska S.A. (RBPL), die ehemalige polnische Tochtergesellschaft der RBI, von einem ehemaligen Kunden auf rund PLN 203 Millionen (€ 45 Millionen) verklagt. Laut der Klageschrift hat die RBPL den Überziehungsrahmen des Kreditkontos eines Kunden 2014 für sechs Kalendertage ohne förmliche Begründung gesperrt. Der Kläger argumentierte, dass die Sperre des Kontos zu Verlusten und entgangenen Gewinnen geführt hat, weil die finanzielle Liquidität des Kunden regelmäßig unterbrochen wurde und es ihm nicht möglich war, kreditbasierte Finanzierungsquellen auf dem gesperrten Konto durch Mittelströme aus anderen Quellen zu ersetzen. Damit einher gingen ein Rückgang der Bestände und der zur Verfügung stehenden Handelskredite sowie eine allgemeine Verschlechterung der Finanzergebnisse und des geschäftlichen Ansehens des Kunden. Die RBPL argumentierte, dass die Sperre juristisch gerechtfertigt und anhand der vorliegenden Informationen vorgenommen worden sei. Im Zuge des Verkaufs des Kernbankgeschäfts der RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. wurde die Klage gegen die RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. übertragen. Trotzdem sind allfällige negative finanzielle Konsequenzen im Zusammenhang mit diesem Verfahren weiterhin von der RBI zu tragen.

Ein deutscher Kunde hatte die RBI mit der Ausstellung von Garantien zugunsten eines polnischen Rechtsträgers und einer polnischen Gemeinde (zusammen die Kläger) beauftragt. Die RBI beauftragte die RBPL mit der derartigen Ausstellung in Polen und gewährte der RBPL entsprechende Rückgarantien. Die RBI selbst hatte vom deutschen Kunden eine Erklärung über die vollständige Entschädigung erhalten. Die Kläger forderten Zahlungen im Rahmen der Garantien von der Bank BGZ BNP Paribas SA (BNP), die in Bezug auf diese Garantien der Rechtsnachfolger der RBPL ist. BNP lehnte diese Forderung wegen missbräuchlicher Ausübung ab. Im März 2019 wurde BNP eine Klage auf Zahlung von rund PLN 50 Millionen (€ 11 Millionen) zuzüglich Zinsen gegen BNP durch das Handelsgericht Warschau zugestellt. Die RBI bleibt wirtschaftlich für die negativen finanziellen Folgen im Zusammenhang mit diesem Verfahren verantwortlich. Ihr wurde von BNP im November 2019 der Streit verkündet.

Im Juli 2019 reichte ein ehemaliger Firmenkunde (der Kläger) der RBI einen Antrag auf Schlichtung beim Internationalen Schiedsgerichtshof der Internationalen Handelskammer ein, in dem dieser von der RBI eine Zahlung in Höhe von rund USD 25 Millionen (€ 23 Millionen) zuzüglich der Aufwendungen für Schaden, Zinsen und weitere Kosten verlangt. Streitgegenstand ist die Garantie einer Drittpartei, die als Sicherheit für einen Kredit diente, den die RBI dem Kläger im Jahr 1998 gewährt hatte. Der Kläger geriet in Zahlungsverzug, woraufhin die RBI die Garantie in Anspruch nahm. 2015 wurde eine Einigung zwischen der RBI und dem Garantiegeber bezüglich der unter die Garantie fallenden Ansprüche der RBI erzielt. Die RBI verwendete sämtliche vom Garantiegeber erhaltenen Gelder für die Zahlung des Kredits durch den Kläger. Der Kläger behauptet in seinem Schlichtungsantrag (unter anderem), dass die Einigung für ihn nachteilig gewirkt habe und dass die RBI verpflichtet gewesen sei, die vom Garantiegeber erhaltenen Gelder an den Kläger zu überweisen. Nach Ansicht der RBI sind die vom Kläger erhobenen Forderungen unbegründet. Im Juni 2020 stellte das Schiedsgericht fest, dass es für die vorgebrachten Klagen nicht zuständig sei. Dieser Schiedsspruch könnte noch vor englischen Gerichten angefochten werden.

Im Februar 2020 wurde der Raiffeisen-Leasing GmbH (RL) in Österreich eine Klage in Höhe von rund € 43 Millionen zugestellt. Der Kläger macht Schadensersatz unter der Behauptung geltend, dass RL ihre Verpflichtungen aus einem Immobilienentwicklungsvertrag verletzt habe. Nach Einschätzung von RL und ihrer Anwälte ist es sehr unwahrscheinlich, dass diese Klage erfolgreich ist, insbesondere angesichts der Tatsache, dass eine ähnliche Forderung des Klägers vom österreichischen Obersten Gerichtshof in einem früheren Rechtsstreit zurückgewiesen wurde. In diesem Fall wurden bereits zwei vom Kläger eingereichte Anträge auf Verfahrenshilfe vom Handelsgericht Wien wegen mutwilligen Rechtsmissbrauchs abgelehnt.

Eine Klage gegen die RBI Leasing GmbH (RBIL) auf Schadensersatz in Höhe des ursprünglichen vorläufigen Betrags von € 70 Tausend zuzüglich Zinsen im August 2019 wurde im März 2020 auf einen Betrag von rund € 16 Millionen erhöht. Der Kläger behauptet, dass ein von RBIL finanziertes Objekt nach Beendigung der Finanzierungsvereinbarung unter seinem Marktwert an eine dritte Partei verkauft wurde, während er einen erheblich höheren Preis hätte erzielen können. RBIL macht geltend, dass das finanzierte Objekt dem Kläger vor Abschluss des endgültigen Kaufvertrags mit der dritten Partei angeboten worden sei.

Im September 2020 wurde Raiffeisen-Leasing Immobilienmanagement GmbH (RIM), einer 100 Prozent Tochtergesellschaft der Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., eine Klageschrift zugestellt, die von einer italienischen Gesellschaft beim Gericht in Brescia, Italien, eingebracht worden war. Der Kläger fordert Schadensersatz in der Höhe von rund € 30 Millionen aufgrund einer behaupteten Verletzung eines Syndikatsvertrags im Zusammenhang mit der gemeinsamen Entwicklung eines Factory Outlet Centers in Italien. Der Syndikatsvertrag zwischen RIM und dem Kläger wurde im Jahr 2011 anlässlich der Gründung einer gemeinsamen Projektgesellschaft geschlossen. Im Jahr 2012 stellte sich jedoch heraus, dass verschiedene Bedingungen für die Umsetzung des Projekts nicht erfüllt werden konnten. Daher nahm RIM von der Projektumsetzung Abstand und verkaufte ihren Anteil an der Projektgesellschaft an den Kläger. Der Kläger behauptet nun, dass RIM durch die Abstandnahme von der Fortführung des Projekts den ursprünglichen Syndikatsvertrag verletzt habe.

Durchsetzung durch Regulierungsbehörden

Die RBI und ihre Tochterunternehmen unterliegen zahlreichen nationalen und internationalen Regulierungsbehörden.

Nach einer Rechnungsprüfung durch den rumänischen Rechnungshof (Court of Auditors) in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der Aedificium Banca Pentru Locuinte S.A. (vormals Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.) (RBL), einer Bausparkasse und Tochter der Raiffeisen Bank S.A., Bukarest, erklärte der Rechnungshof, dass einige Mängel festgestellt und die Bedingungen für die Auszahlung durch RBL von staatlichen Bausparförderungen nicht erfüllt worden seien. Angeblich müssen diese Fördergelder daher möglicherweise zurückgezahlt werden. Sollte es der RBL nicht gelingen, diese Beträge von ihren Kunden zurückzufordern oder eine zufriedenstellende Dokumentation vorzulegen, kann sie für die Zahlung der Gelder in Anspruch genommen werden. Die RBL hat die Überprüfungsergebnisse des rumänischen Rechnungshofs in einem Gerichtsverfahren angefochten und hinsichtlich der relevantesten behaupteten Mängel obsiegt. Der Fall liegt dem Obersten Gerichts- und Kassationshof zur Entscheidung vor. Angesichts der derzeitigen Unwägbarkeiten lassen sich die negativen finanziellen Auswirkungen nicht genau beziffern, die Rückzahlung der Fördergelder und mögliche Strafzahlungen dürften jedoch € 48 Millionen nicht übersteigen. In diesem Zusammenhang wurde eine Rückstellung von € 10 Millionen gebildet.

Im März 2018 wurde im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens gegen die RBI eine Verwaltungsstrafe in Höhe von € 2,7 Millionen (die auf der Grundlage des konsolidierten Jahresumsatzes der RBI berechnet wurde und sich auf 0,06 Prozent des letzten verfügbaren konsolidierten Jahresumsatzes beläuft) für eine angebliche Nichteinhaltung der formalen Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit dem Know-your-Customer-Prinzip verhängt. Nach Auslegung der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) hatte die RBI in einigen wenigen Einzelfällen diese administrativen Verpflichtungen nicht eingehalten. Die FMA behauptete nicht, dass Geldwäsche oder ein anderes Verbrechen stattgefunden hat oder dass ein Verdacht auf eine kriminelle Handlung oder ein Zusammenhang mit einer solchen besteht. Die RBI vertrat die Auffassung, dass sie allen Sorgfaltspflichten in Bezug auf die Know-your-Customer-Anforderungen ordnungsgemäß nachgekommen sei, und legte gegen den Bußgeldbescheid in seiner Gesamtheit Einspruch ein. Das Verwaltungsgericht bestätigte in erster Instanz die Entscheidung der FMA, und die RBI legte gegen diese Entscheidung erneut in vollem Umfang Berufung ein. Im Dezember 2019 hob der österreichische Verwaltungsgerichtshof die Entscheidung der unteren Verwaltungsinstanzen auf und verwies den Fall an das Verwaltungsgericht der ersten Instanz zurück.

Im September 2018 wurden im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens zwei Verwaltungsstrafen in Höhe von insgesamt PLN 55 Millionen (€ 12 Millionen) gegen die RBPL verhängt, da sie ihren Pflichten als Verwahrstelle und Konkursverwalter bestimmter Anlagefonds angeblich nicht nachgekommen ist. Die RBPL als Verwahrstelle von Anlagefonds hat im Frühjahr 2018 die Rolle des Liquidators für bestimmte Fonds übernommen. Nach Einschätzung der polnischen Finanzaufsichtsbehörde (KNF) ist die RBPL bestimmten Verpflichtungen in ihrer Funktion als Depotbank und Liquidator der Fonds nicht nachgekommen. Im Zuge der Transaktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf der RBPL hat die RBI die Verantwortung für die dargelegten Verwaltungsverfahren und die damit verbundenen Strafen übernommen. Die RBI hat gegen sämtliche Strafen Berufung eingelegt. Im September 2019 hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft der Berufung der RBI in Bezug auf die Strafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) bezüglich der Pflichten der RBPL als Depotbank stattgegeben und die Entscheidung der KNF vollständig aufgehoben. Die KNF hat diese Entscheidung allerdings angefochten. Im Hinblick auf die Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 11 Millionen) in Bezug auf die Funktion der RBPL als Liquidator hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft die Berufung zurückgewiesen und die Entscheidung der KNF vollständig bestätigt. Die RBI hat beim Obersten Verwaltungsgericht Berufung eingelegt, da sie der Ansicht ist, dass die RBPL all ihren Pflichten vollumfänglich nachgekommen ist.

Steuerfälle

Die RBI ist in verschiedene Betriebsprüfungen, Steuerprüfungen und Steuerverfahren involviert oder wird voraussichtlich darin involviert sein. Die RBI ist unter anderem in folgende wesentliche Steuerverfahren involviert:

In Deutschland kam oder kommt es in Zusammenhang mit Grunderwerbssteuern voraussichtlich zu einer außerordentlichen Steuerzahlung in Höhe von insgesamt € 27 Millionen, wofür entsprechend Vorsorge getroffen wurde. Zusätzlich können Zins- und Strafzahlungen für verspätete Zahlungen verhängt werden.

In Rumänien kam es insbesondere im Zusammenhang mit Kreditverkäufen zu Steuerfestsetzungen durch die rumänische Steuerbehörde, welche eine außerordentliche Steuerbelastung von rund € 30 Millionen zuzüglich rund € 22 Millionen Strafzahlungen zur Folge haben könnte.

Bei der überwiegenden Mehrheit der oben genannten Beträge ist oder wird die Entscheidung der jeweiligen Steuerbehörden angefochten.

(50) Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen mit einem maßgeblichen Einfluss sind im Wesentlichen die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, Wien, als größter Einzelaktionär und ihre Muttergesellschaft, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien. Unter verbundenen Unternehmen sind wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierte verbundene Unternehmen dargestellt.

Die Beziehungen zu nahestehenden Personen beschränken sich auf Bankgeschäfte, die prinzipiell zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden. Darüber hinaus besitzen die Vorstände Aktien der RBI AG. Detaillierte Informationen dazu sind auf der RBI-Homepage ersichtlich.

30.9.2020	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	18	502	1.099	620
Eigenkapitalinstrumente	0	229	697	214
Schuldverschreibungen	14	0	166	12
Kredite und Forderungen	3	274	236	394
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.323	81	5.311	546
Einlagen	2.323	80	5.311	546
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1	0	0
Sonstige Posten	158	17	328	107
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	144	17	300	107
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	15	0	28	0

31.12.2019	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	9	558	1.146	669
Eigenkapitalinstrumente	0	270	836	229
Schuldverschreibungen	6	0	56	12
Kredite und Forderungen	3	288	254	428
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.134	94	4.375	528
Einlagen	2.134	94	4.375	528
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Sonstige Posten	169	60	251	125
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	162	60	222	125
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	7	0	30	0

1.1.-30.9.2020				
in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Zinserträge	6	2	9	4
Zinsaufwendungen	-13	-1	-22	-1
Dividendenerträge	0	6	0	11
Provisionserträge	5	4	10	4
Provisionsaufwendungen	-2	0	-6	-13

1.1.-30.9.2019				
in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Zinserträge	2	4	6	5
Zinsaufwendungen	-6	-1	-21	-2
Dividendenerträge	0	13	41	2
Provisionserträge	2	4	9	4
Provisionsaufwendungen	-2	-11	-5	-1

(51) Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter

in Vollzeitäquivalenten	1.1.-30.9.2020	1.1.-30.9.2019
Angestellte	45.990	46.615
Arbeiter	622	607
Gesamt	46.612	47.222

Regulatorische Angaben

Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Die EZB schreibt der RBI auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) per Bescheid vor, zusätzliches Kapital zu halten, um jene Risiken abzudecken, welche in der Säule 1 nicht oder nicht ausreichend abgedeckt sind. Im April 2020 erhielt die RBI diesbezüglich eine Änderung in der Form eines Bescheids, welche rückwirkend mit März 2020 zur Anwendung kam. Diese sogenannte Pillar-2-Anforderung ist nun mit hartem Kernkapital (CET1), zusätzlichem Kernkapital (AT1) und Ergänzungskapital (T2) erfüllbar, bisher war dies nur mit CET1 möglich. Die Pillar-2-Anforderung wird z.B. anhand des Geschäftsmodells, des Risikomanagements oder der Kapitalsituation berechnet. Außerdem unterliegt die RBI den Mindestvorschriften der CRR sowie dem kombinierten Kapitalpuffererfordernis. Das kombinierte Kapitalpuffererfordernis beinhaltet für die RBI aktuell einen Kapitalerhaltungspuffer, einen systemischen Risikopuffer und einen antizyklischen Kapitalpuffer. Für den Stichtag 30. September 2020 ergibt sich somit ein Erfordernis bei der CET1 Quote (inkl. kombiniertem Kapitalpuffererfordernis) im Ausmaß von 10,4 Prozent für die RBI. Eine Verletzung des kombinierten Kapitalpuffererfordernisses würde zu Einschränkungen von z. B. Dividendenausschüttungen und Kuponzahlungen für bestimmte Kapitalinstrumente führen. Die im Jahresverlauf gültigen Kapitalanforderungen wurden inklusive eines ausreichenden Puffers auf konsolidierter Basis und Einzelbasis eingehalten.

Nationale Aufseher können grundsätzlich systemische Risikopuffer (bis 5 Prozent) sowie zusätzliche Kapitalaufschläge für systemrelevante Banken (bis 3,5 Prozent) bestimmen. Sofern sowohl systemische Risikopuffer als auch Aufschläge für systemrelevante Banken für ein Institut festgelegt werden, findet nur der höhere der beiden Werte Anwendung. Im September 2015 hat das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer (SRB) für gewisse Banken zu verordnen, darunter auch für die RBI. Dieser wurde durch die FMA via Kapitalpuffer-Verordnung mit Jahresbeginn 2016 in Kraft gesetzt und beträgt für die RBI nach einer schrittweisen Erhöhung seit 2019 2 Prozent.

Die Festlegung eines antizyklischen Kapitalpuffers obliegt ebenfalls den nationalen Aufsehern und ergibt auf Ebene der RBI einen gewichteten Durchschnitt, um zu starkes Kreditwachstum einzudämmen. Dieser Puffer wurde aufgrund des zurückhaltenden Kreditwachstums in Österreich aktuell mit 0 Prozent festgesetzt. Jene Pufferraten, welche in anderen Mitgliedsstaaten festgelegt wurden, finden auf Ebene der RBI Anwendung (auf Basis einer gewichteten Durchschnittsberechnung). Weitere zu erwartende regulatorische Veränderungen bzw. Entwicklungen werden von Group Regulatory Affairs laufend beobachtet, in Szenarioberechnungen dargestellt und analysiert. Potenzielle Effekte werden, sofern Ausmaß und Implementierung absehbar sind, in der Planung und Steuerung berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie verabschiedeten sowohl die EZB als auch die EBA regulatorische Erleichterungen, damit die von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute weiterhin ihrer wichtigen Rolle bei der Finanzierung von Haushalten und Unternehmen nachkommen können. Den von der EZB beaufsichtigten Kreditinstituten wird demnach gestattet, die Säule-2-Empfehlung, den Kapitalerhaltungspuffer und die Liquiditätsdeckungsquote zu unterschreiten. Den Kreditinstituten wird zudem ermöglicht, die Eigenmittelquote neben dem harten Kernkapital auch mit anderen Kapitalinstrumenten zu erfüllen. Diese Maßnahme wäre eigentlich erst mit Anfang 2021 durch die Umsetzung der CRD V (Capital Requirements Directive) in Kraft getreten. Außerdem ist die EZB der Ansicht, dass diese Maßnahmen durch eine angemessene Lockerung des antizyklischen Kapitalpuffers durch die nationalen Aufsichtsbehörden unterstützt werden sollen.

Eigenmittelrechnung

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

Das harte Kernkapital (CET1) betrug nach Abzugsposten € 10.055 Millionen, was eine Reduktion um € 807 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2019 bedeutet. Hauptverantwortlich waren Währungseffekte direkt im Kapital und die Neudotierung von Kreditrisikovorsorgen. Der ursprünglich kommunizierte Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2019 (€ 1 pro Aktie) als auch der budgetierte Dividendenvorschlag für 2020 bleiben weiterhin vom harten Kernkapital abgezogen. Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten reduzierte sich um € 314 Millionen auf € 11.778 Millionen. Während die Reduktion ihre Ursache in der negativen Entwicklung des harten Kernkapitals hatte, wirkte sich die Emission einer neuen Anleihe in Höhe von € 500 Millionen im Juli positiv aus. Bei den ergänzenden Eigenmitteln gab es eine Erhöhung um € 210 Millionen auf € 2.150 Millionen. Der Anstieg basierte auf der Emission einer Tier-2-Anleihe im Juni, der die regulatorischen Amortisationen von ausstehenden Emissionen gegenüberstand. Die gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 13.928 Millionen. Dies entspricht einer Reduktion um € 104 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2019.

Die gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) erhöhten sich seit Ende 2019 um € 2.180 Millionen auf € 80.146 Millionen. Wesentliche Treiber dafür waren das Kredit-Neugeschäft bzw. die Geschäftsentwicklung in der Konzernzentrale, in Russland und in Tschechien. Dem (organischen) Auftrieb standen negative Währungseffekte, insbesondere bedingt durch den russischen Rubel, die ukrainische Hryvna und die tschechische Krone, und die Auswirkungen von Rating-Herabstufungen gegenüber. Zudem führten eine

Erhöhung beim Marktrisiko, hauptsächlich bedingt durch die COVID-19-Pandemie und damit erhöhte Volatilitäten zu einem Anstieg der RWA. Daraus ergab sich (fully loaded) eine harte Kernkapitalquote von 12,5 Prozent, eine Kernkapitalquote von 14,6 Prozent und eine Eigenmittelquote von 17,3 Prozent. Unter Berücksichtigung des Periodenergebnisses aus dem dritten Quartal ergaben sich (fully loaded) folgende Quoten: Die harte Kernkapitalquote fiel um 0,9 Prozentpunkte auf 13,1 Prozent, die Kernkapitalquote lag bei 15,1 Prozent (minus 0,3 Prozentpunkte) und die Eigenmittelquote erreichte 17,8 Prozent (minus 0,1 Prozentpunkte).

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	5.974	5.974
Einbehaltene Gewinne	8.287	7.986
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	-3.641	-2.801
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	399	499
Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	11.019	11.659
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-57	-55
Abzugsposten für neu gebildete Wertberichtigungen	-189	0
Immaterielle Vermögenswerte (verringert um eventuelle Steuerschulden) (negativer Betrag)	-723	-762
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-10	-16
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	1	-1
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	42	56
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250% zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-27	-18
davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-27	-18
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) gesamt	-964	-797
Hartes Kernkapital (CET1)	10.055	10.862
Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	88	90
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	1.635	1.139
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.723	1.230
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	11.778	12.092
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	1.892	1.679
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	-3	19
Kreditrisikoanpassungen	261	242
Ergänzungskapital (T2)	2.150	1.940
Eigenmittel gesamt (TC = T1 + T2)	13.928	14.032
Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	80.146	77.966
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	80.146	77.966

Eigenmittelerfordernis und risikogewichtete Aktiva

in € Millionen	30.9.2020		31.12.2019	
	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	80.146	6.412	77.966	6.237
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kredit-, Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	66.801	5.344	65.851	5.268
Standardansatz (SA)	23.130	1.850	25.281	2.023
Risikopositionsklassen exklusive Verbriefungspositionen	23.130	1.850	25.281	2.023
Zentralstaaten und Zentralbanken	1.008	81	956	76
Regionale und lokale Gebietskörperschaften	97	8	101	8
Öffentliche Stellen	32	3	28	2
Institute	210	17	227	18
Unternehmen	4.823	386	5.506	440
Mengengeschäft	5.040	403	5.718	457
Durch Immobilien besicherte Forderungen	7.148	572	7.455	596
Ausgefallene Forderungen	416	33	479	38
Mit besonders hohem Risiko verbundene Risikopositionen	143	11	139	11
Gedeckte Schuldverschreibungen	11	1	13	1
Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	18	1	75	6
Beteiligungen	1.568	125	1.816	145
Sonstige Positionen	2.617	209	2.770	222
Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (IRB)	43.671	3.494	40.570	3.246
IRB-Ansätze, wenn weder eigene Schätzungen der LGD noch Umrechnungsfaktoren genutzt werden	36.487	2.919	33.561	2.685
Zentralstaaten und Zentralbanken	2.160	173	1.817	145
Institute	2.507	201	1.457	117
Unternehmen - KMU	3.935	315	5.086	407
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	3.229	258	3.261	261
Unternehmen - sonstige	24.658	1.973	21.940	1.755
IRB-Ansätze, wenn eigene Schätzungen der LGD bzw. Umrechnungsfaktoren genutzt werden	6.770	542	6.547	524
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, KMU	195	16	168	13
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, keine KMU	2.595	208	2.558	205
Mengengeschäft - qualifiziert revolving	277	22	296	24
Mengengeschäft - sonstige KMU	516	41	521	42
Mengengeschäft - sonstige, keine KMU	3.187	255	3.004	240
Beteiligungen	414	33	462	37
Einfacher Risikogewichtungsansatz	0	0	0	0
Sonstige Beteiligungspositionen	0	0	0	0
PD-/LGD-Ansatz	0	0	0	0

in € Millionen	30.9.2020		31.12.2019	
	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittelerfordernis
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	64	5	44	4
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Anlagebuch	61	5	44	3
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Handelsbuch	3	0	0	0
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	4.908	393	3.393	271
Risikopositionsbetrag für Positions- Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach Standardansätzen (SA)	2.151	172	2.108	169
Börsegehandelte Schuldtitel	1.702	136	1.651	132
Beteiligungen	145	12	158	13
Besonderer Ansatz für Positionsrisiken in OGA	4	0	1	0
Fremdwährungen	298	24	289	23
Warenpositionen	3	0	8	1
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach internen Modellen (IM)	2.757	221	1.285	103
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (OpR)	7.647	612	7.802	624
Standardansatz (STA) bzw. alternativer Standardansatz (ASA) für operationelle Risiken (OpR)	3.361	269	3.694	296
Fortgeschrittene Messansätze (AMA) für operationelle Risiken (OpR)	4.286	343	4.108	329
Gesamtrisikobetrag für Anpassung der Kreditbewertung	201	16	223	18
Standardisierte Methode	201	16	223	18
Sonstige Risikopositionsbeträge	526	42	653	52
davon risikogewichtete Positionsbeträge für Kreditrisiko: Verbriefungspositionen (überarbeitete Verbriefungsregeln)	526	42	653	52

Eigenkapitalquoten¹

in Prozent	30.9.2020	31.12.2019
Harte Kernkapitalquote	12,5%	13,9%
Kernkapitalquote	14,6%	15,4%
Eigenmittelquote	17,3%	17,9%

¹ Fully loaded

Verschuldungsquote

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist im Teil 7 der CRR definiert. Diese stellte per 30. September 2020 noch keine rechtsverbindliche quantitative Anforderung dar und dient bis dahin lediglich der Information:

in € Millionen	30.9.2020	31.12.2019
Gesamtrisikoposition	191.794	178.226
Kernkapital	11.778	12.092
Verschuldungsquote in Prozent¹	6,1%	6,7%

¹ Fully loaded

Kennzahlen

Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlusspositionen ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

Betriebsergebnis – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Sind primär Ertragsbestandteile des laufenden operativen Geschäftsbetriebs (vor Wertminderungen), sie bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträge, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Cost/Income Ratio – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit jener anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Betriebserträgen. Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträge, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Effektive Steuerquote – Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Ergebnis vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

Loan/Deposit Ratio – Gibt Auskunft über die Fähigkeit einer Bank, ihre Kredite durch Einlagen anstatt durch Wholesale Funding zu refinanzieren; errechnet sich aus den Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten.

Nettozinsspanne – Wird für den Vergleich mit anderen Banken und als interne Kennzahl für die Rentabilität von Produkten und Segmenten verwendet; errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtaktiva abzüglich Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte, Steuerrforderungen und sonstige Aktiva).

Neubildungsquote – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Wertminderungen und -aufholungen auf finanzielle Vermögenswerte (Kundenforderungen) in Relation zu den durchschnittlichen Kundenforderungen (Kategorien: finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost und finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income).

NPE/Non-performing Exposure, notleidendes Obligo – Beinhaltet alle notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPL/Non-performing Loans, notleidende Kredite – Beinhaltet alle notleidenden Kredite nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPE Ratio – Anteil der notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPL Ratio – Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPE Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite und Schuldverschreibungen durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPE zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen.

NPL Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute.

Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite) – Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme; durchschnittlich bezeichnet den Mittelwert der Jahresendzahl und der entsprechenden Monatswerte).

Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite) – Rentabilitätskennzahl für Management und Investoren, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum jeweiligen Basiswert (Eigenkapital oder gesamte Aktiva) berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionären investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital nicht beherrschender Anteile, ohne Ergebnis).

Konzern-Return-on-Equity – Berechnet sich aus dem Konzernergebnis abzüglich des Dividendenanspruchs auf das zusätzliche Kernkapital im Verhältnis zum durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital. Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionären der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital nicht beherrschender Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) – Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

Eigenmittelspezifische Kennzahlen

Harte Kernkapitalquote – Hartes Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

Eigenmittelquote – Gesamte Eigenmittel in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Verschuldungsquote (Leverage Ratio) – Verhältnis des Kernkapitals zu bestimmten Aktivposten in der Bilanz und außerbilanziellen Posten, berechnet gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationelles Risiko.

Kernkapitalquote – Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode

Es liegen keine wesentlichen Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode vor.

Impressum/Disclaimer

Impressum

Herausgeber, Medieninhaber: Raiffeisen Bank International AG, Am Stadtpark 9, 1030 Wien, Österreich

Redaktion: Group Investor Relations

Redaktionsschluss: 10. November 2020

Produktion: Hausintern produziert mit Redaktionssystem Firesys

Herstellungsort: Wien

Internet: www.rbinternational.com

Der Bericht ist auch auf Englisch erhältlich.

Anfragen an Group Investor Relations:

E-Mail: ir@rbinternational.com

Internet: www.rbinternational.com → Investoren

Telefon: +43- 1- 71 707- 2089

Anfragen an Group Communications:

E-Mail: communications@rbinternational.com

Internet: www.rbinternational.com → Medien

Telefon: +43- 1- 71 707- 1298

Disclaimer

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekannten Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Bericht dient ausschließlich zur Information und stellt weder eine Kauf- oder Verkaufsempfehlung noch ein Angebot zum Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wertpapieren dar.

Dieser Bericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Bericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Seine englische Version ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung. Raiffeisen Bank International AG haftet in keinem Fall für Verluste oder Schäden gleich welcher Art, die durch oder im Zusammenhang mit der Benutzung dieses Berichts entstehen könnten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in diesem Bericht alle Personenbezeichnungen in der männlichen Form verwendet. Darunter soll auch die weibliche Form verstanden werden.

